

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis: 3.00 Mk. monatlich 1.10 Mk. vierteljährlich 3.00 Mk. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pfg. Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1.10 Mk. pro Monat. Eintragungen in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Dänisch-Norwegen, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Interaktions-Gebühr
 beträgt für die sechsgeleitete Kolonelle oder deren Raum 50 Pfg. für politische und geschäftliche Berichte und Veranlassungs-Anzeigen 50 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (teilgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengedichte und Schlußstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 25 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inletzte für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Ercheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 12. Januar 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Eröffnung der Parlamente.

Am 12. Januar treten Reichstag und preussischer Landtag wiederum zusammen. Fragen von allerhöchster Bedeutung gelangen in den nächsten Wochen und Monaten zur Entscheidung. Wenn je die Verhandlungen der gesetzgebenden Körperschaften des Reiches und des größten deutschen Bundesstaates geeignet sein konnten, das Volk über die Laftache aufzuklären, wie die Vertreter der bestehenden Klassen mit den wichtigsten Geschäften und Lebensinteressen des Volkes schalten, so werden die bevorstehenden parlamentarischen Beratungen überaus lehrreich dafür sein.

Da wird im Reiche die Frage des persönlichen Regiments abermals in ihrem vollen Umfange aufgerollt werden müssen. Sie ist brennender denn je geworden durch das Bronzementale der Generale. Die läppische Ausschweifung der Offiziere, daß es sich ja wiederum nur um „akademische Erörterungen“ gehandelt habe, zeugt nur von der heillosen Verlegenheit der Prügelnaben des persönlichen Regiments. Indem Wilhelm II. sich einen Artikel zu eigen machte, der die „unverföhnliche Feindschaft“ der Nachbarvölker, deren friedliches Zusammenarbeiten im Interesse der ganzen Kulturarbeit der europäischen Nationen unerlässlich ist, als etwas schlechthin Gegebenes, Unvermeidliches, Unabänderliches darstellte, offenbarte er die verhängnisvolle Unberechenbarkeit des persönlichen Regiments mit allen Bedingungen einer vernünftigen nationalen und internationalen Entwicklung! Das bewies schon die mit allem Nachdruck betonte Folgerung aus der angeblichen internationalen Situation: die Ankündigung und Forderung eines noch unerlöseren Wettrennens! Schon hat uns dies Wettrennen zu Lande, zu Wasser (und demnächst in der Luft) an den Rand des Bankrotts gebracht, schon hat es die Schuldenlast des Reiches bergeshoch getrieben, schon hat es die Reichsfinanzen völlig zerrüttet! Aber alles das soll nur die Mahnung zu neuer mehrfacher Geldverschwendung für unseren Militarismus sein, der ohnehin wie ein Alp auf dem Volke lastet und jede soziale und politische Fortentwicklung hindert! Statt aus der Laftache, daß alles Wettrennen und Schuldennachen, alle Finanzzerstückelung die internationale Lage nur verschlimmert hat, die einzig logische Folgerung zu ziehen, daß mit diesem widerwärtigen, kulturwidrigen System endlich einmal gebrochen werden müsse, will man mit überheizten Kesseln der Katastrophe fatalistisch entgegenstehen!

Die Verhandlungen über das persönliche Regiment werden zeigen, ob das ganze Bürgertum unentrinnbar in eine unheimliche Politik der gepanzerten Faust verdrängt ist, ob es topflos den Staat der Katastrophe entgegenkommen lassen will, oder ob es endlich gleich der Partei des Klassenbewußten Proletariats das Volk selbst gegen die Politik der Generale, der Junker und eines kleinen strupelosen Klüngels der Schlot- und Grubenbarone anzuspielen wagt! Wie die Entscheidung auch ausfallen mag — die arbeitende Klasse weiß, daß sie die Hauptlast aller Opfer an Gut und Blut zu bringen haben wird! Sie weiß, daß sie alle Sehnen und Nerven anzuspannen hat, um sich dem Sturz in den Abgrund entgegenzustellen!

Daß das Proletariat bei dieser Politik des persönlichen Regiments, die im Grunde ja nur die Politik der Brotwucherer und Panzerplattenpatrioten ist, der am schwersten Getroffene ist, wird ihm ja schon durch unsere Steuerpolitik, durch die Stokprügel auf den Wagen eingebaut. Die ganze Vrot- und Fleischwucherpolitik dient ja finanzpolitisch nur dem Zweck, den kolossalen Militarismus und Militarismus zu nähren. Das ungeheuerliche Reichsdefizit ist nur die Folge des Militarismus und der Weltpolitik! Und die kolossalen neuen indirekten Steuern sind einzig und allein erforderlich, um den Überwuch des Wettrennens sich schrankenlos ausbreiten lassen zu können. Und wenn man dem Proletariat, dem man bereits Vrot, Fleisch, Salz, alle Lebensmittel wucherisch verteuert hat, nun auch noch seine Genusmittel, das Bier, den Tabak, den Branntwein abermals verteuern will, so beweist das nicht minder die rücksichtslose Klassenpolitik unserer Herrschenden, wie das eifrige Bemühen der parlamentarischen Vertreter dieser Herrschenden, die Erhöhung der direkten Steuern, z. B. der Nachlaßsteuer, nach Möglichkeit abzuwenden! Der Geldsack will so wenig wie möglich für das „Vaterland“ opfern, dafür soll die nichtbesitzende Klasse umso mehr bluten!

Das gleiche abstoßende Bild, das der Reichstag bei den Verhandlungen über die neuen Steuervorlagen bieten wird, wird sich auch im preussischen Landtag bieten. Auch hier werden die Besitzenden, die ja das Dreiklassenhaus ausschließlich beherrschen, alles aufbieten, um so wenig als möglich direkte Steuern zu bewilligen! Ja, wenn der Landtag ebenfalls durch indirekte Steuern den Nichtbesitzenden zur Ader lassen könnte, würde man sich nicht so hartnäckig sträuben. So aber erhebt man über die minimale Erhöhung der Einkommensteuer und den lächerlichen Zuschlag zur Vermögenssteuer ein erbarmungswürdiges Wehklagen. Lieber würde man sogar am Ende die preussische Beamtenbesoldungsreform scheitern lassen, als daß man tiefer in denbeutel griffe! Und die Fürsorge für die bedürftigsten Beamten ist es wahrhaftig nicht, die dem Junkerparlament schließlich doch noch die Erhöhung der Beamtengehälter abringen wird.

Das treibende Motiv ist vielmehr die Rücksicht auf die aus den bürgerlichen Kreisen herabgegangenen Beamten, die man nicht vor den Kopf stoßen kann, will man nicht seine politische Herrschaft aufs Spiel setzen. Diesen Beamten und einzelnen Kategorien der Militäranwärter, wie den Schul-Leuten und Gendarmen, will man denn auch Gehalts-erhöhungen von 30-40 Proz. gewähren, während die elend entlohnten Unterbeamten mit 15-20 Proz. Gehaltsaufbesserung abgefunden werden sollen! Dafür will man der Geislichkeit eine Spende von 12 1/2 Millionen Mark gewähren, ohne der Kirche auch nur die Verpflichtung aufzuerlegen, endlich einmal mit dem Unfug des Pfründenwesens aufzuräumen, das zahlreichen Predigern der Bedürfnislosigkeit fürs Volk Einkommen von 10000 M. und mehr sichert!

Besonders glänzend erweisen aber wird sich die Volkstrenndlichkeit bei der Beratung über den Antrag auf Einführung des Reichstagswahlrechts für Preußen, der am kommenden Mittwoch bereits zur Verhandlung gelangen soll. Der ungeheuerliche Zustand, daß die stärkste Partei Preußens ganze 7 von insgesamt 443 Mandaten zu erringen vermochte, enthält etwas so Aufreizendes, jedem politischen Aufstandesgefühl ins Gesicht schlagendes, daß man annehmen sollte, selbst das Junkerparlament mühte wenigstens eine sofortige Wänderung dieses an der nichtbesitzenden Klasse geübten skandalösen Unrechts verlangen. Freilich: Junkertum und politischer Unfug! Aber auch das Verhalten derjenigen Parteien, die für das Reichstagswahlrecht einzutreten immer wieder pathetisch beteuern, des Zentrums und des Freisiums, ist bisher unbefriedigend kläglich, namenlos unehrlich gewesen. Das Zentrum „forderte“ in den Jahren 1906 und 1907 mit großem Aufwand von sittlicher Erregung, daß „nun endlich einmal“ die Dreiklassenwahlrecht beseitigt werde. Als aber der Wahlkampf herankam, als es galt, die Zusammensetzung des Dreiklassenhauses so zu gestalten, daß günstigere Bedingungen für die ermenten Anträge auf Einführung des Reichstagswahlrechts vorhanden waren, da erklärte die führende Zentrumspresse, daß viel wichtiger als die Frage des Wahlrechts die der Schulverfassung sei, da unterstützte das Zentrum die grimmigsten Wahlrechtsfeinde, die Konservativen! Aber auch der Freisium machte es um kein Haar besser; im Gefühl seiner Vorkühnheit schloß er sich mit Antisemiten und Junkern zusammen, half er möglichst viele Konservative in denselben Landtag bringen, dem er jetzt seinen Wahlrechtsantrag unterbreitet!

Das kann eine nette Komödie werden, die Beratung des Wahlrechtsantrags! Freilich eine Komödie, die den Akteuren Schlimmeres eintragen wird, als faule Kefsel und Eier!

Denn das Proletariat ist seiner Gelotenrolle gründlich müde. Es weiß, was für das preussische Volk bei der Frage der preussischen Wahlreform auf dem Spiel steht. Nicht nur die Vertretung wichtiger Lebensinteressen in dem verjunkteten und verfaßten Dreiklassenhaus selbst, sondern das Geschick des ganzen deutschen Volkes!

Wenn im Reiche das persönliche Regiment herrschen kann, wenn hier Junker- und Kapitalistenübermut so fest sein Haupt erheben und das Volk mit Skorpionen züchtigen kann, so deshalb, weil im preussischen Parlament die Reaktion triumphiert ist und die Klassenverwandte Regierungsbureaucratie in ihr Joch schirren kann! Ist die Reaktion in Preußen gebrochen, so liegt sie im ganzen Reiche am Boden!

Deshalb blüht das deutsche Proletariat mit höchster Anteilnahme auf Preußen. Jeder Volksverrat, jede Volksverhöhnung durch die preussische Reaktion und ihre Helfer fällt die Horneschale des Volkes, muß sie zum Ueberlaufen bringen!

Der Tag des Zorns.

Der große Tag, da der Zorn über die Wahlrechtsverweigerung, die Wilson im Dreiklassenhaus dem preussischen Volke höhnisch vor die Füße geworfen, da die Empörung über den Wahlrechtsverrat des Freisiums zum ersten Mal das preussische Proletariat zu spontanen Demonstrationen auf die Straße führte, der 12. Januar 1908 liegt heute ein Jahr hinter uns. In ganz Preußen, in allen Zentren industriellen Lebens, überall, wo Proletarier zu größeren Massen zusammengefaßt sind, schäumte der Zorn der Arbeiterkraft über, straffte sich der Wille der Entrechteten, drängten die Massen zur Kundgebung. Millionenstimmig erscholl zum Massentritt der Arbeiterbataillone der Schrei nach dem allgemeinen Wahlrecht, erbraunten die Klänge der proletarischen Kampflieder.

In der Hauptstadt des Landes, in Berlin färbte Arbeiterblut das Pflaster, antwortete der Polizeihäbel auf den Schrei nach dem Recht. Aber er konnte nicht hindern, daß auf der stolzen Triumphstraße der Hohenzollern, daß unter den Linden, in nächster Nähe des Königsschlosses, die Aufgebote der Dreiklassen wogten, daß der dröhnende Rhythmus der Arbeitermarschkolonne auf der Straße der Herrschenden ertönte.

Es war ein stolzer Tag für Preußens Proletariat und die Erinnerung läßt unsere Herzen höher schlagen. Er zeigte, daß die Arbeiterkraft entschlossen ist, um ihr Recht zu kämpfen, daß Hunderttausende und Überhunderttausende bereit sind, mehr als die Abgabe eines Stimmzettels und die

Erklärung für eine Resolution um dieses Recht zu wagen. Offenbar machte er vor aller Welt, wach eine Unsumme von Zorn und Empörung das Dreiklassenrecht ausgelöst hat in der Brust der Entrechteten, daß es vorbei ist mit der gleichgültigen, unlästigen Hin-nahme der Schmach, in der eine brutale Junkerherrschaft, geküßt auf die Feigheit des Bürgertums, die Proletarier für alle Zeit niederhalten will.

Ein Jahr ist seitdem vergangen. Und das Dreiklassenhaus sieht noch. Nicht unerschüttert zwar! Der Wahlsieg des Junker, die Kronrede sind Zeugnis. Anders klang sie, als die Verhöhnung der Wahlrechtsforderung durch den preussischen Ministerpräsidenten im Januar 1908! Aber weit noch entfernt sind wir von der Anerkennung des gleichen Wahlrechts!

Der 12. Januar 1908 war ein ruhmvoller Vorstoß des Heeres der preussischen Wahlrechtskämpfer. Aber die feindliche Stellung hat er nicht geworfen. Trotz stemmen sich die Feinde des arbeitenden Volkes nach wie vor gegen die Forderung, daß die Schmach, die 60 Jahre dem Proletariat angetan ist, endlich dem Rechte weiche.

Ein Vorstoß weist solche Feinde nicht, wie sie den preussischen Arbeitern gegenübersehen. Sie sind aus hartem Holz geschnitten und jahrhundertalte Gewöhnung zu herrschen, hat ihnen den Willen gestiftet. Der 12. Januar hat ihre Kut gereizt, hat sie nach Hülften und Kerker schreien lassen. Ihren Hochmut, ihren Trotz und ihre Herrschgier hat er nicht gebrochen.

Da der Tag des Zorns fährt, hebt eine neue Periode des Wahlrechtskampfes an. Die Erinnerung des 12. Januar mahnt uns, dafür zu sorgen, daß die Frucht dieses Tages nicht verdorrt! Die Erinnerung an den stolzen Tag soll uns zu neuem Kampf führen!

Wahlrechtskampf ist die Gedekfeier, die dem 12. Januar gebührt! Vorwärts treiben zum Streit soll uns die Erinnerung an den Tag des Zorns!

Das neue sächsische Wahlrechtsheufal.

Dresden, 10. Januar.
 Wie der „Vorwärts“ bereits am Sonntag melden konnte, ist der „Freiberger Anzeiger“, ein Agrarierblatt, offenbar nach Informationen des konservativen Abgeordneten Schmidt, des Geschäftsführers des Bundes der Landwirte, in der Lage gewesen, die Grundzüge des neuen Pluralwahlrechts veröffentlicht zu können. Offiziell ist die Richtigkeit der am Sonntag bereits mitgeteilten Grundzüge noch nicht bestätigt worden. Das ist aus nicht zu erwarten. Dennoch ist kaum daran zu zweifeln, daß die veröffentlichten Abmachungen authentisch sind. Die ganze Fassung spricht in allen Einzelheiten dafür.

Die neue Kompromißgeburt ist ein Gemisch der bisherigen Wahlrechtsänderungsprodukte und des Dreiklassenrechts, das die Zweite Kammer bereits als sogenannte Eventualvorlage verabschiedet hat. Dadurch ist ein Gemischsystem schimmlicher Art zustandgekommen, das alle bisherigen Wahlrechtsheuflichkeiten noch übertrifft.

In dem Rofus über das Vierstimmigenrecht findet man die eben erwähnte Eventualvorlage zum Teil wieder.

Vom abgefaßten Pluralwahlrecht, wie es in Belgien besteht, wo für jedes Merkmal eine Zuschlagsstimme eintritt, unterscheidet sich der Entwurf durch den Umstand, daß gewisse Qualitäten des Wählers allein ihm schon drei Zuschlagsstimmen, also das Vierstimmigenrecht, einbringen. Das gilt z. B. von dem Einkommen über 2800 M., das auf alle Fälle 3 Zuschlagsstimmen sichert. Ist der Wahlberechtigte aber Beamter oder Wähler zur Gewerbestammer oder zum Landeskulturrat, also Künstler oder Bauer mit höherem Einkommen, so braucht er nur 2500 M. Jahresverdienst zu haben, um sich dies Vierstimmigenrecht zu sichern; in ähnlicher günstiger Lage sind die Grundstücksbesitzer mit mehr als 200 Steuer-einheiten, also in erster Linie Besitzer größerer Häuser, die Besitzer landwirtschaftlicher Betriebe mit 8 Hektar Land und Gärtner mit 2 Hektar Besitz, Geflückel, Vergelze und Rediwanwälte erhalten unter allen Umständen 4 Stimmen; Privatgelehrte aber und Künstler genießen diesen Vorzug nicht. Offenbar hat man ihnen kein Patent auf nationale Gefinnung zuerkannt.

Auf mindestens 3 Stimmen haben Anspruch alle Wahlberechtigten mit 2000 M. Einkommen, alle Beamte, Gewerbestammer-, Landeskulturratswähler mit 1900 M. Jahresverdienst und alle Grundbesitzer mit 150 Steuer-einheiten und 1600 M. Einkommen sowie die mittleren Bauern mit 4 Hektar und die Gärtner mit 1 Hektar Land.

Vergleicht man diese Bestimmungen mit dem Vierstimmigen-system der Zweiten Kammer, so erkennt man eine pluto-kritische Verschärfung des Wahl-unrechts. Denn nach jenem System sollten alle Wähler mit 2000 M. Einkommen, alle Grundbesitzer mit 100 Einheiten sowie alle Gewerbestammerwähler mit 1000 M. Einkommen und alle Beamten mit 1800 M. Einkommen 4 Stimmen erhalten. Nach den jetzigen Bedingungen gehört zu der Erlangung des Vierstimmigen-rechts aber ein größerer Geldsack, der Weg weiterer Pfründen und der Besitz eines weit größeren Grundstücks oder Hauses. In dieselben Merkmale, die früher zu 4 Stimmen berechtigten, gemüßen jetzt, zum Teil wenigstens, nicht einmal zu 3, ja, soweit die Gewerbestammerwähler in Betracht kommen, nicht einmal zu einer Zuschlagsstimme, denn jetzt sind dazu mindestens 1400 M. Einkommen nötig, früher aber zu drei Zuschlagsstimmen für Gewerbetreibende nur 1000 M. Allerdings erhält andererseits auch eine kleine Anzahl Wähler, die früher nur eine Stimme bekommen sollte, jetzt zwei, nämlich die mit 1600 bis 2200 M. Einkommen, die Beamten zwischen 1400 und 1800 M. Gehalt und die Weiser

Meister Gärtnereien mit 1/2 bis 1 Hektar. Weiterer Wert ist noch die aus dem Verkauf über das Zweifelhafte hervorgehende Minderleistung, die alle Arbeiter, bei denen man nach Gehalt und Beruf auf soviel loyale Einstellung und Abhängigkeitsgefühl rechnen kann, doch sie einen nationalliberalen oder konservativen Stimmzettel abgeben, wenigstens eine Zustimmung zu sichern. So will man durch „nationale“ Stimmzettel für die Herrschaft der Besitzenden soviel wie möglich herauslösen, ohne zu riskieren, der Sozialdemokratie Zustimmung zuzuführen zu lassen. Dadurch charakterisiert sich diese ganze Wahlrechtsfrage als ein ebenso kleinlicher wie schäblicher Schacher um die nationalliberalen und konservativen Landtagsstimmen.

Unter besonderer Interesse erweckt aber der Vorschlag über das Zweifelhafte noch, weil hier die Grenzlinien für die Entrechtung der breiten Masse, insbesondere der Arbeiterschaft, gezogen sind. Mit ausgedehntem Raffinement hat man auch die letzten Merkmale für die Entrechtung von Zustimmung durch feigelegte, daß die untersten Beamten, die Kleinhandwerker und besonders die Arbeiter mit einer Stimme abgeben, das heißt so gut wie entrechtet werden. Die Wahlrechtsänderung haben vor allem auch daran gedacht, daß Arbeiter manchmal ein Häuschen ihr eigen nennen und daher auf Grund der Anwesenheit leicht eine Zustimmung oder auch einige Erlangen könnten. Um das zu verhindern, hat man die Merkmale der Anwesenheit derart eingeschränkt, daß nur Hausbesitzer mit 100 oder 100 Grundsteuer-Einheiten eine Pluralstimme erlangen können. Dadurch sind alle sogenannten Häusler entrechtet worden, die in vielen Industriebezirken zahlreich vertreten sind. Dieser Streich ist offenbar auf die Ermöglichung zurückzuführen, daß die Häusler zum Teil Arbeiter und daher leichter als andere Leute geneigt sein werden, einen sozialdemokratischen Stimmzettel abzugeben.

Noch etwas über die Altersstimme. Sie soll allen Wählern ohne Ausnahme zugute kommen, die über 60 Jahre alt sind. Aber auch diese Zustimmung soll dazu dienen, die Entrechtung der Arbeiter zu vervollständigen. Allerdings werden auch Arbeiter in die Lage kommen, die Zustimmung auf Grund des Alters zu erlangen. Das wird aber bei ihnen verhältnismäßig weit weniger der Fall sein als bei den Besitzenden, aus dem einfachen Grunde, weil die Arbeiter durchschnittlich viel früher sterben, zumeist schon in jüngeren Jahren an den Folgen der Ausbeutung und der Unterernährung zugrunde gehen. In der Wahlrechtsdeputation hat Geheimrat Heintz auf Grund der Wahlergebnisse in Bremen, wo bekanntlich öffentlich gewählt wird, nachgewiesen, daß sich bei einer Altersstimme vom 45. Lebensjahre an schon bei 100 abgegebenen Stimmen eine Verschiebung von sieben zum Nachteil der Sozialdemokratie eintrübe. Es kommt also auch die Altersstimme nur den Gegnern der Arbeiter zugute, sie bedeutet eine Verschlechterung des Arbeiterwahlrechts um 7 Proz.

Aus alledem ersieht man, daß das neue Kompromiß vor allem ein Wahlrecht gegen die Arbeiter schaffen soll. Sie will man in erster Linie minderen Rechts erklären, sie sollen Staatsbürger erster Klasse bleiben, sie sollen systematisch um eine Vertretung im Landtage gebracht werden. Wird das aber erreicht, dann hat der Arbeiter weniger noch als den vierten Teil des Rechts der Besitzenden, dann ist die Arbeiterschaft vollständig rechtlos gemacht.

Die Stellungnahme zu dem neuen Pluralwahlrecht ist für die deutsche Arbeiterschaft daher ohne weiteres gegeben: die Lösung kann nur lauten: In den Danks mit diesem Scheusal! Auf zum Kampfe für ein gleiches Wahlrecht! Dieser Lösung wird die deutsche Arbeiterschaft sicher folgen und nicht eher ruhen, bis dem Volke geworden ist, was des Volkes ist.

Blutige Zahlen.

Mit Grauen vernahm alle Welt die Stobbofschiffen von den Katastrophen der letzten Monate in Kaddob, in den Klüften von Südtalien. Die furchtbaren Tragödien liegen für einen Moment wenigstens die zivilisierte Menschheit erbeben, der Donnererschlag dieser Ereignisse überdauerte einen Augenblick das geschäftige Summen, Gezänk und Gelärm des Alltagslebens. Das Unvermittelte, Spontane der Ereignisse einer, das Gefühl der Machtlosigkeit des eigenen erbärmlichen Nichts andererseits war es, das der Gesamtheit der Menschheit einen Schrei des Entsetzens entlockte. Wir sagen der gesamten Menschheit und haben damit vor allem das Trauerspiel der untergehenden Gefilde in Südtalien im Auge. Nur Katastrophen, die Tausende von blühenden Menschen aus derartigen Ursachen aus der Liste der Lebenden vernichten, erschüttern auch die kapitalistische Welt, beunruhigen momentan auch das satte Behagen unserer Bourgeoisie, lassen ihre Gesichter für den Augenblick wenigstens mit denen der Gesamtheit des Volkes harmonieren.

Nicht immer ist das der Fall. Es gibt auch Fälle, wo die Menschenvernichtung, die Menschenverwüstung noch grauenerregendere Umfänge annimmt, wie bei Naturereignissen obiger Art, ohne daß sich die herrschenden Klassen darüber entfalten. Nur daß das Produkt der Verwüstung nicht in so furchtbare Deutlichkeit vor der Welt liegt, daß der Termin der Vernichtung von Menschenmassen nicht auf den Zeitraum weniger Sekunden beschränkt, sondern ein sehr profitables Einströmen von Menschenleben sich jähreißend, jähreißend mit der Ruhe der Selbstverständlichkeit vollzieht. Die Industrie ist's, die wir im Auge haben, ihr — historisch und volkswirtschaftlich allerdings notwendiger — Siegeszug geht über Blut und Leichen. Vor der Zahl ihrer Opfer, zusammengefaßt, tritt selbst die furchterliche Katastrophe da unten im Süden in den Schatten.

Vor uns liegen die von uns kürzlich im Auszuge mitgeteilten Ergebnisse der deutschen Berufsagenossenchaften im Jahre 1907. Keine erschütternden Schilderungen, keine Bilder, in denen sich schreckhaftes Entsetzen spontan erhebt. Nichts Sentimentales. Keine tränenreichen Stimmungsbilder. Benutzt man sich für den oberflächlichen Betrachter, dessen Auge in der Regel flüchtig über den Wust von fünf- oder sechsstelligen Zahlen hinwegfährt. Dem Zahlen sind es, wie, trockene Zahlen! Aber wer sich der Mühe unterzieht und diese toten Gefellen etwas gründlich betrachtet, dem werden sie lebendig, dem erzählen sie leise, eindringlich Geschichten von ungeahntem Weh. Dem malen sie Bilder, deren Skolorit, rotes Blut und schwarzes Elend, die Seele erschreckt. Dem erzählen sie die Hände trauriger Geschickten. Da reißt sich eine Erzählung an die andere und alle zeigen uns stehende Menschen, weinende Witwen, unversorgte, im Elend leidende Kinder. Und immer neue Geschichten raumen die Zahlen, jede einzelne Zahl weiß von neuem zu schildern. Und immer ist der Grundton derselbe. — —

„Die Zahl der Unfälle, für die im Jahre 1907 zum ersten Male Entschädigung gezahlt wurde, belief sich auf 144 703. Darunter waren 9815 Unfälle mit tödlichem Ausgange und 13366 Unfälle, die dauernde und völlige Erwerbsunfähigkeit zur Folge hatten. Im Jahre 1907 gelangten insgesamt 662 901 Unfälle zur Meldung, gegenüber 645 583 Fällen im Vorjahr.“ So wird lakonisch gemeldet.

Ein einziges Jahr hat seinen Kreislauf beendet. Das Morgenrot eines neuen beleuchtet nahezu zehntausend blutige Leiber, die die deutsche Industrie erwürgte. Insgesamt sechshundertfünfundvierzigtausendfünfhundertdreißig Arbeiter mußten dem Moloch Kapitalismus ihre Glieder opfern. Und das, wohl gemerkt in einem Jahr!

Das ist die stereotype Menschenvernichtung, auf die, weil sie stereotyp ist, in der bürgerlichen Welt niemand besonders achtet. Die Bourgeoisie, die von Mitleidsregungen erfüllt ist bei Katastrophen, die zu verhindern in leichter Nähe zurzeit außer dem Bereich menschlicher Möglichkeit liegt, dieselbe Bourgeoisie steht vielfach mit Gleichmut dem Wüten der von ihr geleiteten Industrie gegenüber, betrachtet die Opfer des Arbeitsprozesses als die Opfer unvorhergesehener und unabwendbarer Zwischenfälle und läßt sich vielfach, oder richtiger in den allermeisten Fällen nur durch den ehernen Druck gesetzlicher Bestimmungen dazu bringen, die primitivsten Maßregeln zur Beschränkung der Unfälle in den Betrieben einzuführen.

Denn es ist eine ersichtlich nicht bestreitbare Tatsache, daß obige Blutziffern reduziert werden könnten, reduziert auf ein ungeahnt kleines Minimum. Die Technik im Maschinenbauwesen hat sich, den ungeheuer gestiegenen Anforderungen entsprechend, zu hoher Vollkommenheit entwickelt. Die Industrie bedient sich heute außerordentlich komplizierter Maschinen. Das Arbeiten an diesem feingegliederten und empfindlichen Mechanismus stellt an den Arbeitenden die höchsten Anforderungen. Ein ungeschulter Arbeiter kann da nicht allein die Maschine in Gefahr bringen, noch mehr bedroht sind seine eigenen Glieder. Die Ebbe und Flut unserer gegenwärtigen Produktionsweise bedingt ein spiralförmiges Ausdehnen und Zusammenziehen der Produktion. Den Zeiten der Krisen folgen Perioden der wahnwitzigsten Hast in der Produktion. Nicht lange hält diese goldene Zeit an. Man sucht sie auszunützen, sucht hereinzuholen was nur irgend möglich ist. Die Maschinenarme der industriellen Arbeiter will an manchen Orten nicht mehr genügen, andererseits bewirkt auch der oft zu diesen Zeiten etwas gestiegene Lohn, daß sich, wie Eisen vom Magneten angezogen, Scharen ungeschulter, ländlicher Arbeiter in die Industriezentren ergießen und dem gestiegenen Bedarf an Arbeitermaterial genügen. Gerade diese Arbeiterkategorie ist der Gefahr, von einer der Maschinen erfaßt und verletzt zu werden, besonders hoch ausgesetzt. Hierin werden uns die Apologeten der Kapitalistenklasse freudig zustimmen. Denn mit dieser Erklärung der grauenhaften Erscheinung auf dem Schlachtfelde der Arbeit können sie ihre Hände in Unschuld waschen.

Aber das ist mir die eine und die weniger ausschlaggebende Seite. Die Miesenzahlen der Unfälle in der Industrie verringern sich ja auch nicht in den Zeiten der Krisen. Die Sucht des Kapitalisten nach Gewinn, die ängstliche Vermeidung alles dessen, was geeignet erscheint, die Rate des erzielten Mehrwerts herabzudrücken, das ist der Umstand, aus dem sich die Schuld der kapitalistischen Unternehmer riesenhaft erhebt. Schafft Schutzvorrichtungen in ausreichendem Maße und die Blutziffern fallen! Verringert die meist überlange Arbeitszeit, die den Arbeiter in den Betrieben aus körperlicher und psychischer Erschlaffung gleichgültig gegen die ihn umgebende Welt von Gefahren macht! Das sind die Mittel, die schon auf dem Boden der jetzigen Gesellschaftsordnung den Flußstrom der Unfälle stauen könnten ohne den Fortbestand der jetzigen Produktionsform und gesellschaftlichen Einrichtungen zu gefährden.

Mit dem Fortschreiten der Technik in der Produktion funktvoller, aber auch gefährlicherer Maschinen hat die Technik in der Herstellung entsprechender Schutzvorrichtungen zu diesen Maschinen gleichen Schritt gehalten. Die Unfälle in der Industrie sind nicht unabwendbares, ihre Verhinderung steht nicht außer dem Bereiche menschlicher Macht.

Zum Wohle der arbeitenden Massen haben die herrschenden Klassen freiwillig noch nie etwas getan. Es bedurfte immer erbitterter Kämpfe, wollte sich die Arbeiterschaft ein winziges Teilchen von Sonnenschein und Lebensglück erringen. Sollte sie stupide und tatenlos, dem Raubbau, der mit ihrem Leben getrieben wird, zusehen? Sie lehnt das ab. Sie fordert mit allem Nachdruck den Ausbau gesetzlicher Schutzbestimmungen im Arbeitsprozeß. Und nur Raren und Zyniker können angesichts obiger Zahlen diese Bestrebungen der Arbeiterklasse für unberechtigt erklären.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. Januar 1908.

Der deutsche Handelstag und die Reichsfinanzreform.

Heute vormittag trat in Berlin der deutsche Handelstag zusammen, um zur Reichsfinanzreform Stellung zu nehmen. Der Handelstag ist von etwa 400 Vertretern des deutschen Handels besetzt. Von der Regierung sind anwesend: Bethmann-Hollweg, Sydow, der preussische Handelsminister Delbrück und mehrere Unterstaatssekretäre. Den Vorsitz führt der Vizepräsident des Reichstages Kampf.

Staatsminister Dr. von Bethmann-Hollweg hielt die Begrüßungsansprache. Er sagte u. a.:

„Sie wollen sich mit einer Reihe von Fragen beschäftigen, die für das Reich die ernsteste Bedeutung haben, und wenn ich die Leitlinie Ihrer Tagesordnung ansehe, so finde ich, daß die negative Kritik dabei nicht zu kurz kommen wird. Und doch handelt es sich um Dinge, bei denen wir positive Ergebnisse erzielen müssen. Vor allem bei der Reichsfinanzreform, die nicht eine Frage einzelner Parteien oder einzelner Erwerbsstände, sondern eine Lebensfrage des deutschen Volkes ist.“

Rein spezielles Ressortinteresse wies durch die Arbeitsamtervorlage berührt, die Sie besprechen und — verwirren wollen. Ich muß es mir versagen, was ich an sich gern täte, Ihnen die Grundgedanken des Entwurfs vorzuführen. Vielleicht gelang es mir dann doch, irtümliche Annahmen der Kritik zu widerlegen. Aber Sie wissen, die erste Lesung der Vorlage im Reichstage steht noch aus, und bevor ich sie dort verlesen habe, kann ich nicht in öffentliche Polemik nicht einlassen. Als Männer, die mitten im wirtschaftlichen Leben stehen und denen, je größer unsere wirtschaftliche Entwicklung gewesen ist, die

Wachstumswirkung zwischen wirtschaftlichen Verhältnissen und politischen Gestaltungen um so klarer vor Augen steht, werden Sie es den verbündeten Regierungen nicht zutrauen, daß sie in sozialpolitischer Träumerei neue Organisationen vorschlagen, ohne ihren Einfluß auf die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse bedacht zu haben. Vielleicht werden Sie bei Ihren Erörterungen auch finden, daß die wachsende Konzentration der Betriebe in Maschinenbetriebe, Hand in Hand mit der immer steigenden Verwirklichung des Sozialgedankens sowohl auf Seite der Arbeitnehmer als auch auf Seite der Arbeitgeber, neue Verhältnisse zwischen den beiden Kontrahenten des Arbeitsvertrages geschaffen, diese voneinander abgedreht hat, und daß es ebenso einem wirtschaftlichen wie einem politischen Interesse entspricht, nach Organen zu suchen, die den für beide Teile nötigen Zusammenhang, wo er unterbrochen wurde, wiederherstellen sollen.“

Darauf hielt Reichsfinanzsekretär Sydow einen Teil der Rede, mit der er im Reichstag die Finanzreform begründet hat.

Nachdem diese Einleitungsreden beendet waren, wandte sich der Handelstag der Beratung der Sydowschen Steuervorlagen zu. Er billigte die Nachlasssteuer sowie die geplante Erhöhung der Steuer auf Tabak, Branntwein und Bier; jedoch müsse verlangt werden, daß die Steuern so gestaltet werden, daß sie auf die Verbraucher abgewälzt werden können.

Bei der Spezialberatung der Branntweinsteuer kam es zu einem heiteren Intermezzo: Ein Diskussionsredner verlangte Abschaffung der Liebesgaben. Dem trat ein anderer Redner, der Kommerzienrat Sinner-Karlruhe, entgegen mit der Behauptung, die Liebesgabe komme auch den Konsumenten zugute. Ihm trat ein anderer Redner aus Karlsruhe namens Lehment entgegen, der seine Rede mit dem Satz einleitete: „Die Ausführungen des Vorredners dürfen nicht unwiderrprochen bleiben, weil er als Brenner und Spiritusfabrikant selber pro Jahr etwa 400 000 Mk. empfängt.“

Das Verlangen des badischen Schnapsbrenners, der Handelstag möge sich mit dem Monopol einverstanden erklären, wurde gegen fünf Stimmen abgelehnt.

Noch ein Dementi.

Die „Nordd. M. Bg.“ veröffentlicht heute noch einmal eine halbamtliche Erklärung über den Neujaarsempfang der Generale, die folgenden Wortlaut hat:

In seiner ersten Veröffentlichung über die Besprechung Seiner Majestät des Kaisers mit den kommandierenden Generälen hatte das „Berliner Tageblatt“ berichtet: „Am Schluß dieses militärischen Vortrages spielte der Kaiser, wie wir hören, mit einigen Worten auf die Vorgänge an, die sich im Anschluß an die Veröffentlichung des Daily-Telegraph-Interviews ereignet.“ Unter Hinweis auf die im „Reichsanzeiger“ und von uns veröffentlichte Erklärung sind wir ermächtigt festzustellen, daß Seine Majestät der Kaiser in der Besprechung mit den Generälen die Vorgänge nach dem Erscheinen des Daily-Telegraph-Artikels mit keinem Wort berührt hat.

Aber dann ist es noch rätselhafter, welche Veranlassung dem eigentlich die Generale hatten, dem Kaiser ein Vertrauensvotum anzustellen. Vielleicht erzählt uns das Kanzlerblatt in einer dritten Erklärung, wie es zu dieser interessanten Kundgebung, die ja nicht dementiert wurde, denn eigentlich gekommen ist. Als oberstem Kriegsherrn konnten ja die Generale dem Kaiser kein Vertrauensvotum erteilen, dem widerspricht das militärische Verhältnis; ein Vertrauensvotum für die kaiserliche Politik soll es aber auch nicht gewesen sein. Ja, aber was dann? Man sieht, die offiziellen Feststellungen lassen an Klarheit alles zu wünschen übrig.

Herr v. Bayer als Steuerpolitiker.

Der Führer der schwäbischen Demokratie, Herr v. Bayer, ist in der am 6. Januar abgehaltenen Landesversammlung der württembergischen Volkspartei, der sogenannten „Dreißigstagsparade“, nicht dazu gelangt, seine beabsichtigte große Rede zu halten. Da er aber die Mühe, sie auszuarbeiten, nicht umsonst gehabt haben will, veröffentlicht er ihren Text im Stuttgarter „Beobachter“, und das ist gut so, denn man lernt daraus ziemlich genau erkennen, wie sich die Volkspartei zu den Sydowschen Steuervorschlägen stellt.

Herr v. Bayer erklärt:

„Wir werden für die Nachlasssteuer, oder auch, wenn das leichter eine Mehrheit finden sollte, für eine an deren Stelle tretende ausgebauten Erbschaftsteuer stimmen, und aber auch, wenn das leichter gehen sollte, der Reichsvermögenssteuer nicht verfallen. Die Matrularbeiträge zu vervielfältigen, weisen wir zurück. Umgekehrt müssen wir uns aber auch gegen den Vorschlag einer gänzlichen Abschaffung der Matrularbeiträge aussprechen. Unverständlich ist, weshalb die Regierungen sich mit dem von der Mehrzahl der Parteien längst abgelehnten Projekten, dem Branntweinmonopol und der Zigaretten- und Tabaksteuer, nochmals belasten haben. Diese Projekte können als gefallen gelten, damit aber nicht der Gedanke einer Branntwein- und einer Tabaksteuer überhaupt. Beide werden, es hilft nichts, sich das zu verhehlen, in vernünftigerer Form kommen. Blüten muß sicher auch das Bier. Mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit kann dagegen als gefallen bezeichnet werden die Weinsteuern. Fallen wird auch die Elektrizitäts- und Gassteuer. Fallen wird wohl auch die Injertensteuer als löstlich, fälschlich und die Freiheit der Presse, dieses Volkswerkes der bürgerlichen Unabhängigkeit, ohne Not gefährdend. Es wird um so leichter sein, alle diese Projekte absterben zu lassen, als man sie bei richtiger Bemessung des Bedarfs wohl gar nicht nötig haben wird.“

Das völksparteiliche Steuerprogramm unterscheidet sich also kaum vom nationalliberalen. Die „Köln. Bg.“ sieht dem auch in der Rede den Beweis dafür, daß v. Bayer, unbeeinträchtigt durch mancherlei Angriffe des demokratischen Radikalismus, sich in seinem Vertrauen zum Reichstages und zu den Erfolgen der Volkspolitik nicht hat erschüttern lassen.“

Hosprediger a. D. Stöcker als großkapitalistischer Spekulant.

Im Wahlkampf, wenn die sonst so friedlichen Brüder sich gegenüberstehen, um die Stimmen der Arbeiter zu fangen, entschließt ihnen manch wertvolles Geheißnis, das sonst nicht in die Öffentlichkeit bringen würde. Im reichen Maße geschieht das jetzt in Siegelau. Die Christlichsozialen, die mit ihren Parteigrundsätzen keine Wähler werden können, begeben sich auf das persönliche Gebiet und reihen die gegnerischen Parteien und Kandidaten herunter. Der nationalliberale Kandidat wurde als Direktor des Schwauffhauser Wandvereins ständig mit der Vorgesellschaft Erlang verquickt und für die 500 Prozent Dividenden verantwortlich gemacht. Darauf antwortete die nationalliberale Partei mit einem Flugblatt, das über Stöckers Spekulationsgeschäfte folgende Aufklärung enthält:

„In der 1890 gegründeten Kalibohrgesellschaft „Adolf-Glad“ hat sich Herr Hosprediger a. D. Stöcker 1900 mit 100 Anteilen beteiligt. Er hat die Anteile damals zu 100—120 Mark erworben.“

Am die Jahresende 1904/05 verkaufte Herr Stöder dann seine Anteile hintereinander für je 1200—1300 Mark, d. h. also die im Besitz des Herrn Hofprediger a. D. Stöder befindlichen Kauterwerte sind in jenen vier Jahren um rund 1100 Prozent im Werte gestiegen.

Unter Verköstigung der Substanz hat Herr Stöder bei dieser großkapitalistischen Spekulation über 100 000 Mark persönlich eingehandelt.

Das aber Herr Stöder auch bereit war, das spekulative Interesse der Bohrgesellschaft zu unterstützen, ergibt die Tatsache, daß, als im Jahre 1904 die Gemarlung „Wesend“ angeschlossen werden sollte zum Zwecke der Kurztreiberei, Herr Stöder die dazu erforderlichen Darlehen von 30 000 Mark allein gestrichen hat.

Der Wert der Anteile, für die Herr Stöder 1200—1300 Mark erzielte, sind heute so tief gesunken, daß kein Zweifel bestehen kann über die Hebertrichtheit der Spekulation „Wesend“, an der Herr Stöder über 100 000 Mark verdient hat, während die späteren Käufer und Verkäufer aber naturgemäß heringefallen sind. So der Fall Stöder.

Man sieht, daß der Prediger gegen den gottlosen Mammon es recht gut verstanden hat, sich Schätze zu sammeln, und daß der Mann, der gegen die Genußsucht der Arbeiter donnerte, sich die Mittel beschaffte, seine eigenen Genuße zu befriedigen.

Soldatenshinder.

Eine große Aktion gegen alle sozialdemokratischen Blätter, die an dem herrschenden militärischen System und die aus demselben entstehenden Soldatenmishandlungen scharf Kritik üben, hat der Kriegsminister v. Einem unternommen. Im August vorigen Jahres erschien im „Vorwärts“ ein Leitartikel unter dem Titel „Schinderhede“, der, wie von verschiedenen anderen Parteiblättern, auch vom „Lübecker Volksboten“ abgedruckt wurde. Der Kriegsminister stellte auch gegen unter Lübecker Parteiorgan Strafantrag, und am Sonnabend kam die Sache vor der dortigen Strafkammer zur Verhandlung. Angeklagt war der politische Redakteur des „Volksboten“, Genosse Stelling. Der Vorsitzende des Gerichts teilte zunächst mit, daß diejenigen Richter der Strafkammer, die dem Heeresverbande noch angehören, ausgeschlossen sind und durch andere ersetzt seien. Der Angeklagte gab die Erklärung ab, daß es ihm völlig ferngelegen habe, die gesamten Offiziere und Unteroffiziere des preussischen Heeres zu beleidigen und daß der Artikel sich nur gegen das herrschende System und dessen Begleiterscheinungen richte. Der Verteidiger, Genosse Wolfgang Heine-Berlin, hatte beantragt, zum Beweis dafür, daß sehr häufig Mishandlungen von Soldaten durch Vorgesetzte vorkommen und daß von manchen Vorgesetzten das jeweilige schon mangelhafte Beschwerderecht durch Drohungen illusorisch gemacht wird, eine ganze Reihe von Artikeln des „Volksboten“ vorlesen zu lassen. Die über Soldatenmishandlungsprozesse berichteten. In erster Linie war jedoch der Antrag gestellt, die Akten der dort erwähnten Prozesse herbeizuschaffen und durch deren Inhalt die Mäßigkeit der in dem Artikel behaupteten Tatsachen nachzuweisen. Das Gericht lehnte jedoch diesen Antrag ab und ließ nur die Vorlesung zweier Prozessberichte über Soldatenmishandlungen, die sich bei der Garde abgespielt haben, zu. Dieselben zeigten ein wahrhaft schreckliches Bild von den zahllosen Schinderereien, deren Opfer Angehörige des Soldatenstandes geworden sind. Der Erste Staatsanwalt Dr. Bende suchte den Nachweis zu führen, daß der Artikel bedauerliche Einzelfälle, die leider vorgekommen seien, verallgemeinere und dadurch Beleidigungen der gesamten Offizier- und Unteroffizierskorps enthalte. Er beantragte gegen den Angeklagten vier Monate Gefängnis. In eingehender Rede zerstückte Genosse Heine das künstlich aufgebaute staatsanwaltliche Lustgebilde von dem beleidigten Offizier- und Unteroffizierskorps. Nur das System sollte und sei getroffen werden und ein System sei nicht zu beleidigen, sondern nur Personen. In dem ganzen Artikel sei nicht ein einziges Mal den Offizieren, die keine Soldatenshinderereien begangen haben, einen Vorwurf gemacht. Die ganze Tendenz des Artikels sei die, eine Befreiung der Soldatenshinderereien herbeizuführen, und die Soldaten darauf hinzuweisen, daß sie sich keine menschenunwürdige Behandlung gefallen zu lassen hätten, sondern sich vor allem beschweren müßten. Deshalb sei der Angeklagte nicht strafbar, sondern freizusprechen. Das Gericht setzte die Urteilsverlesung auf nächsten Sonnabend fest. Der Verhandlung wohnte eine große Menschenmenge bei. Auch vor dem Gerichtsgelände hatten sich zahlreiche Personen eingefunden.

Militärische Disziplin.

Am 23. Dezember v. J. ertrank beim Schlittschuhlaufen ein estnisch-Preussischer Arbeiter. Der Unglückliche hieß Artur Areide, sein Gut liegt in Bronkowen im Kreise Allenstein. Ueber die Einzelheiten des beklagenswerten Vorfalles geht und jetzt erst folgende Nachricht zu:

Der Ertrunkene lief auf dem bei Sensburg belegenen See Schlittschuh und brach in der Nähe der Militärbadeanstalt ein. In nächster Nähe befand sich ein Militärposten, von dem Unteroffizier um Hilfe anrief. Der Soldat, mutmaßlich in der Ansicht, daß er seinen Posten unter keinen Umständen verlassen dürfe, tat jedoch nichts zur Rettung. An der Badeanstalt befanden sich zahlreiche Stangen, der Soldat hätte nur nötig gehabt, an das Ufer heranzugehen, dem Ertrinkenden eine Stange zuzureichen und dieser wäre gerettet gewesen. Gutsbesitzer Areide rief ihm zu: „Retten Sie mich, ich gebe Ihnen 300 Mark!“ Als das nichts half, bot er ihm 1000 Mark, aber vergeblich. Der unglückliche Mann sank unter und ertrank. So erbrühte die eiserne Disziplin das Kleinmenschliche in der Brust des jungen Soldaten.

Zur bayerischen Steuerreform.

Der Steueranstoß hat am 7. Januar seine Verhandlungen wieder aufgenommen. Der Beratung unterstanden zunächst die wichtigsten Artikel, welche bei der Steuerleistung Rücksicht auf die Familienverhältnisse simulieren. Artikel 18 bestimmt, daß Steuerpflichtige, deren steuerbares Einkommen mit Zurechnung des Einkommens der Ehefrau nicht mehr als 1500 Mark beträgt, verlangen können, daß die Einkünfte der Ehefrau bis zum Betrage von 400 Mark bei der Steuerbelastung außer Ansatz bleiben. Unsere Parteigenossen haben beantragt, anstatt 1500 Mark 2000 Mark und statt 400 Mark 600 Mark zu setzen, was eine erhebliche Steuerermäßigung zur Folge hätte. Der sozialdemokratische Antrag wurde abgelehnt.

Steuerpflichtigen mit einem Einkommen bis zu 3000 Mark werden nach einstimmig gefaßten Beschlüssen (Artikel 19 und 20), wenn sie auf Grund gesetzlicher Bestimmungen Abkömmlingen Unterhalt zu gewähren haben, bei 3 bis 4 Abkömmlingen Ermäßigung um 2 Tarifstufen, bei 5 bis 6 Abkömmlingen um 4 Tarifstufen, bei 7 und mehr Abkömmlingen um 6 Tarifstufen gewährt; bei einem Einkommen zwischen 3000 und 4000 Mark soll die Ermäßigung nicht 2, 4, 6, sondern 1, 3 und 3 Stufen betragen. In der für die Ermäßigung maßgebenden Personenzahl sind auch Abkömmlinge zu zählen, welche ihrer Militärpflicht genügen, Steuerpflichtige deren Einkommen nicht mehr als 6000 Mark beträgt, können außerdem verlangen, daß ihnen wegen Beförderer, ihre Leistungsfähigkeit wesentlich beeinträchtigende wirtschaftlicher Verhältnisse (Unterhalt von Eltern und Verwandten, kränklicher Kinder usw.) weitere Ermäßigung um 2—4 Tarifstufen gewährt

wird, sodas unter Umständen bei einem Einkommen bis 6000 Mark eine Herabsetzung um 10 Tarifstufen erfolgen kann; auf alle Fälle aber ist — in Rücksicht auf das Wahlrecht — eine Steuer von 50 Pf. zu entrichten.

Den 222 Stufen umfassenden Tarif der Regierungsvorlage haben unsere Parteigenossen einen ebenso viele Nummern umfassenden Abänderungsvorschlag gegenüber gestellt. Der Regierungsentwurf belastet schon ein Einkommen von 1200 Mark mit einer Steuer von 750 Mark, der sozialdemokratische Entwurf nur mit 4 Mark. Es haben weiter zu leisten nach dem

Regierungstarif:		Sozialdemokratischer Tarif:	
Einkommen	Steuer	Einkommen	Steuer
2 000 M.	23 M.	2 000 M.	12 M.
3 000 "	48 "	3 000 "	38 "
4 000 "	78 "	4 000 "	78 "
6 000 "	143 "	6 000 "	143 "
10 000 "	280 "	10 000 "	342 "
20 000 "	636 "	20 000 "	744 "
50 000 "	1 742 "	50 000 "	2 170 "
100 000 "	3 712 "	100 000 "	4 940 "
150 000 "	5 892 "	150 000 "	8 165 "
200 000 "	8 312 "	200 000 "	11 690 "

Bei einem Einkommen von 300 000 Mark erreicht der Regierungsentwurf die höchste Stufe der Progression mit 13 312 Mark Steuer (oder 4,51 Proz.), während der sozialdemokratische Antrag schon bei einem Einkommen von 218 000 Mark einen Steuerfuß von 13 040 Mark oder 6 Proz. vorstellt und so weiter für je 2000 Mark Einkommen 120 Mark Steuer mehr.

Die sozialdemokratischen Anträge begründeten die Genossen Adolf Müller und v. Haller.

Der Finanzminister und die Vertreter der bürgerlichen Parteien machten gegen den sozialdemokratischen Tarif geltend, daß er besonders die Industrie, die in Bayern — infolge der geographischen Lage des Landes und des Mangels an Kohlen und Wasserstraßen — sich in einer sehr ungünstigen Lage befinde, zu sehr belastete; die Steuerlaste in Bayern müßten sich jenen der benachbarten Bundesstaaten anschließen, wenn das Land nicht geschädigt werden wolle. Unsere Vertreter entgegneten, daß die Steuerlasten für die Ansiedelung und Entwicklung der Industrie von sehr minimaler Bedeutung seien; viel wichtiger seien gute Handelsverträge, Wasserstraßen, Anbahnung der Wasserkrafts des Landes.

Genosse Haller verlangte Auskunft darüber, wie hoch der durch Steuern zu deckende Bedarf des Landes in den nächsten Jahren sein wird. Darüber konnte der Finanzminister keine Auskunft geben. Wahgebend seien in erster Linie die finanziellen Ergebnisse der Staatsbahnen, dann besonders die trostlosen Finanzverhältnisse des Reiches. Für das Jahr 1908 schuldete die Bundesstaaten 80 Millionen Mark an Materialbeiträgen. Wären diese gestundeten Beiträge bezahlt worden, dann habe Bayern in der Finanzperiode 1910/11 allein für diesen Zweck 9 Millionen mehr aufzubringen — abgesehen von den Mehraufwendungen infolge der neuen Handelsregulativs und der fortwährend höheren Bedürfnisse des Landes.

Mit einem Appell an die Parteien, die Finanzreform im Reiche zu einem guten Ende zu führen, schloß der Minister sein wenig erbauliches Finanzgespräch. Das Zentrum lächelte vergnügt, als der Minister in so tragischen Worten das Finanzleiden des Reiches schilderte.

Schließlich wurde der sozialdemokratische Tarif mit allen gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt, der Regierungsentwurf mit den Stimmen des Zentrums und der Nationalliberalen angenommen.

Gegen die elsass-lothringische Wahlrechtsdemonstration. Die für den 7. Februar angekündigt ist, hat der Gemeinderat von Mülhausen im Elsass schon Stellung genommen, indem er einen Antrag des sozialdemokratischen Kreisvereins auf Ueberlassung des städtischen Replages zu einer Versammlung unter freiem Himmel mit der merkwürdigen Begründung ablehnte, daß der augenblicklich als Eisenbahn dienende „Platz“ eventuell auch am 7. Februar zu diesem Zwecke benötigt würde.

Der aus Angehörigen der Zentrums- und Liberalen und der Demokraten Elementarlicher Richtung sich zusammensetzende Gemeinderat schloß sich am vergangenen Sonnabend einstimmig der Verweigerung des Platzes mit dieser Begründung an, die den Schlichtschußpunkt über den Kampf um ein demokratisches Wahlrecht setzt. — Zwei andere Plätze, auf die der Gemeinderat mit dem Bemerkten hinweist, daß die Polizeibehörde um die Genehmigung angezogen sei, sind dem sozialdemokratischen Verein bei größeren Veranstaltungen von der Polizei aus Gründen des „Verkehrs“ und der „öffentlichen Sicherheit“ verweigert worden.

Freiinn und Pluralwahlrecht.

In einem Artikel der Sonnabendnummer der freisinnigen „Saxtonischen Zeitung“ lesen wir:

Die Freisinnigen vertreten auch das allgemeine Wahlrecht für Preußen. Aber niemals haben sie dessen Gewährung zur Bedingung für die Zustimmung zur Steuerreform gemacht. Sie wissen recht wohl, daß weder die Regierung, noch die konservativen darauf eingehen würden. Worauf sie aber nicht verzichten können, das ist die Erfüllung der noch in der letzten Fronrede gemachten Forderung, und zwar auf einer Grundlage, die etwa mit den nationalliberalen Forderungen übereinstimmt.

Da die Nationalliberalen das Pluralwahlrecht erstreben, so haben sich also die Volkfreisinnigen, diese „unbedingten Anhänger des Reichstagswahlrechts für Preußen“, glänzend bis zum — Pluralwahlrecht „durchgemauert“.

Weitere Schutzollforderungen.

In einer Versammlung der Fischdampferfahrer von Hamburg-Altona, Cuxhaven und Geestmünde in Stade wurde gestern nach längerer Ausführungen des Reichstags- und Landtagsabgeordneten Dr. Diederich Bahn beschlossen, am Freitag, den 15. Januar, eine Deputation in das Reichsamt des Innern zu entsenden, um die Regierung in Anbetracht der Notlage der Hochseefischer zu bewegen, einen Zoll auf die vom Auslande eingeführten frischen Hochseefische zu legen und die Einfuhr von Fischen aus dem Auslande durch Errichtung von Kontrollstationen zu erschweren. Ferner wurde beschlossen, den Mindestpreis für kleine Seeische auf drei Pfennige festzusetzen.

Die Balkankrise.

Von dem Vorschlage der österreichischen Regierung, der Türkei als Entschädigung für die Annexion neben wichtigen handelspolitischen Zugeständnissen 2½ Millionen türkische Pfund (zirka 11 Millionen Mark) zu bezahlen — eine nicht geringe Summe für die Türkei —, hat man sich in Wien eine rasche und glatte Erklärung der Verhandlungen mit der Türkei versprochen. Offiziell wurde auch bereits erklärt, daß der Vorschlag auf die Pforte einen sehr günstigen Eindruck gemacht habe. Der Großvezir habe das Angebot dem Ministerrat unterbreitet und versprochen, morgen oder übermorgen eine Antwort zu erteilen, worauf dann die weiteren Verhandlungen auf der Basis der Vorschläge beginnen werden. Die Pforte schien anfangs zu bezweifeln, eine höhere Summe zu erreichen, aber angesichts der Erklärung, daß die genannte Summe das Maximum bedeute, scheint die politische Vor-

teilhafte Aussicht auf eine rasche Beendigung der schwebenden Frage und der Wert der Wiederaufnahme der freundschaftlichen Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn überwogen zu haben. Diese Erwägungen dürften durchdringen und dazu führen, das Angebot anzunehmen.

Nach Angaben der Pforte wird der Großvezir nicht Montag, sondern erst Donnerstag sein Ergebiß halten. Die Verablagung ist zweifellos infolge der gestrigen Erklärung Palavicinis erfolgt, über die der Ministerrat Sonntag beraten hat.

Die Nachrichten aus Konstantinopel über Tausen weniger günstig. Der türkische Ministerrat hat zunächst keine Entscheidung getroffen. Er will erst abwarten, wie die Nation den österreichisch-ungarischen Vorschlag aufnimmt. Falls die Aufnahme eine günstige ist, wird das Kabinett den Vorschlag dem Parlament zur Genehmigung unterbreiten. Aber diese Aufnahme scheint durchaus nicht günstig zu sein und die türkische Presse wendet sich zum Teil mit Schärfe gegen den österreichischen Vorschlag. Im „Tanin“ bespricht der Deputierte Ismail Haki das Angebot und sagt, Oesterreich-Ungarn habe sich vom ottomanischen Standpunkt entfernt, welcher nicht nur die bosnischen Staatsgüter, sondern auch den Staatsschuldendienst umfaßt. Und „Jeni Gazette“, das Blatt des Großvezirs, meldet sogar, ebenso wie der „Yasak“, daß der österreichische Vorschlag im Ministerrat definitiv verworfen worden sei.

Dies wird nun von Wien aus auf das energischste demontiert. Es zeigt sich aber inwiefern, daß der anfängliche Optimismus doch etwas verfrüht gewesen ist. Allerdings darf man hoffen, daß diesmal die Verhandlungen nicht wieder so rasch abgebrochen werden, wie die früheren, und der türkische Entschluß hat wohl vor allem den Zweck, die österreichische Loskaufsumme zu erhöhen. Aber ein solches Ziel mag sich lange hinziehen und jede Verzögerung ist bei der gespannten Lage nicht ohne Gefahr. Daher gewinnen die Redungen an Wahrscheinlichkeit, daß von dritter Seite — und hier kommt vor allem Frankreich in Betracht — der Versuch gemacht werden wird, durch eine Vermittlung zwischen Oesterreich und der Türkei die Verhandlungen zum Abschluß zu bringen und damit den Weg zur Einberufung einer europäischen Konferenz endlich frei zu machen.

Die Aretafage.

Konstantinopel, 11. Januar. Die Pforte hat die Protestresolution, welche am Sonnabend auf dem Volksmeeting gegen die Annexen Aretas durch Griechenland gefaßt wurde, an die türkischen Völkerversammlungen geschickt, damit diese sie den Mächten übergeben.

Oesterreich.

Der Prager Unmuth.

Prag, 10. Januar. Aus Anlaß des ersten Studentenummels nach den Hochschulferien hatten sich heute vormittag Tausende von Menschen auf dem Graben eingefunden. Die Führer der Tscheden waren wegen Teilnahme an einer Versammlung in einem Vororte Prag nicht anwesend. Es kam mehrmals zu großen Ausschreitungen, so daß sich die Polizei veranlaßt sah, wiederholt einzuschreiten und zahlreiche Verhaftungen vorzunehmen. Als gegen 11½ Uhr die Lage ernst wurde, räumte die Wache den Graben und verhaftete nochmals mehrere Personen. Erst gegen 1 Uhr nachmittags trat wieder Ruhe ein.

Schweiz.

Für den Proporz.

Bärlach, 11. Januar. Eine von etwa tausend Teilnehmern aus fast allen Parteien der Synode besuchte Versammlung beschloß einstimmig, eine neue Volksinitiative für Einführung der Verhältniswahl des Nationalrats einzuleiten mit dem Grundsatz: „Ein Kanton ein Wahlkreis“.

Italien.

Rasi wiedergewählt.

Neapel, 11. Januar. Der frühere Minister Rasi ist neuerdings in Trapani gewählt worden.

England.

Die politischen Geldbeiträge der Gewerkschaften.

London, 9. Januar. (Fig. Rev.) Die Entscheidung des Appellhofes und der Refuz an das Oberhaus bilden gegenwärtig den Hauptgegenstand der Diskussion in den britischen Trade-Union. Trotz der gerichtlichen Entscheidung beschloß der Londoner Buchdruckerverband, die politischen Beiträge zwangsweise zu erhöhen. Aber eine Anzahl von Buchdruckern leistete den Beitrag (25 Pf. pro Vierteljahr) unter Protest. In Südwesten, wo einige tausend Bergleute zur konservativen Partei gehören, werden von den Verbandsführern Versammlungen abgehalten, in denen die der Arbeiterpartei feindlichen Elemente scharf beurteilt werden.

Nach Urteilen hervorragender Juristen bietet das im Jahre 1900 in Kraft getretene Gewerkschaftsgesetz eine Handhabe zur Zwangsweisen Erhebung der politischen Beiträge.

Im allgemeinen sind die Führer der Arbeiterpartei der Ansicht, daß, im Falle der Bestätigung des Appellhofurteils durch den Oberhausrichter, entweder eine Revolte zum Gewerkschaftsgesetz oder die Durchsetzung von Staatsdiktäten für die Parlamentarier erforderlich sein wird.

Gegen das Oberhaus.

London, 10. Januar. Kriegsminister Haldane hielt in Edinburgh eine Rede, in der er ausführte, wenn er die gegenwärtige Lage betreffend das Oberhaus nicht mißverstehe, so würde diese nicht mehr von langer Dauer sein. Es würden Schritte unternommen, um die Schwere des politischen Einflusses, ohne den eine wirkliche Demokratie nicht existieren könne, in die richtige Lage zu bringen.

Dänemark.

Die Wahlkreiseinteilung.

Zu Kopenhagen haben unsere Genossen am Freitag von neuem einen Antrag zur Herbeiführung einer der Verfassung entsprechenden Wahlkreiseinteilung eingebracht. Sie schlagen vor, daß ein Ausschuss von 15 Mitgliedern gewählt werde, der den dazu nötigen Entwurf so zeitig anspricht, daß die bevorstehenden Folkethingwahlen, die voraussichtlich Ende Mai stattfinden, auf gerechter Grundlage vorgenommen werden können. Die Antragsteller haben den Folkethingvorsitzenden ersucht, ihren Antrag so schnell wie nur irgend möglich auf die Tagesordnung zu setzen.

Die Erfüllung der Verfassungsbestimmung, daß auf je 10 000 Einwohner ein Folkethingmann kommen soll, oder eine gerechte Wahlkreiseinteilung durch Verfassungsänderung, ist dem dänischen Volk schon seit einer Reihe von Jahren versprochen worden, und im Oktober 1908 wiederholte der neue Ministerpräsident Neergaard dieses Versprechen in seiner Programmrede. Aber seitdem hat man vergeblich auf einen derartigen Gesetzentwurf gewartet.

Rumänien.

Ministerwechsel.

Bukarest, 10. Januar. Ministerpräsident Sturdza hat demissioniert. Die Demission wurde vom König angenommen.

und der Minister des Äußeren, Orziani, wurde zum Ministerpräsidenten ernannt.

Perfien.

In Spanien.

Leheran, 10. Januar. Der Sachtiarenhof in Spanien hat sich öffentlich für die Nationalisten ausgesprochen und konstitutionelle Rechte für Spanien gefordert, wo bereits eine Vollerfassung zur Vorbereitung der Wahlen von Abgeordneten abgehalten wurde. Es heißt, daß die Bevölkerung der Stadt, die durch die Sachtiaren unterdrückt wird, sich auf eine eventuelle Belagerung vorbereitet und Befestigungen an verschiedenen Stellen der Stadt errichtet. Die Ordnung ist nicht gestört; die Strafen werden bewacht.

Amerika.

Gegen Roosevelt.

Washington, 10. Januar. Infolge der Erregung, welche die Ausführungen des Präsidenten Roosevelt in seiner Vorkonferenz über den Dienst der Geheimpolizei hervorgerufen haben, hat der Senator Deben angekündigt, daß der Kongress nun an Untersuchungen werde, ob die Personen, die von Roosevelt für öffentliche Beamter ernannt seien, geeignet seien. Dies Verfahren wird als eine wirksame Waffe gegen Roosevelt angesehen.

Gewerkschaftliches.

Der Lebisch.

Am Sonntag fand auch in Brandenburg a. S. eine Versammlung statt, in der Genosse Cohen über die Praktiken des berühmten Ueber-Geldes Lebisch und seine geschäftliche Ausbeutung der Unternehmer vor der Organisation der Arbeiterschaft sprach.

Das Brandenburgische Gewerkschaftsartell schickte Herrn Lebisch folgenden Brief:

Gewerkschaftsartell.

Brandenburg a. S., 6. Januar 1909.

Herrn Rudolf Lebisch.

Charlottenburg, Mommsenstraße 47.

Im Auftrage des hiesigen Gewerkschaftsartells teile ich Ihnen mit, daß am Sonntag, den 11. Januar, vormittags 11 Uhr, in Räumen des Volksgarten, Bergstr. 20, eine öffentliche Versammlung stattfindet mit dem Thema: „Der gelbe Sumpf“. Ein Blick hinter die Kulissen der gelben Vereine. In dieser Versammlung werden Ihre Briefe, welche durch die Firma Schilde u. Cie. veröffentlicht sind, einer Besprechung unterzogen werden.

Zu dieser Versammlung sind Sie hiermit eingeladen mit dem Versprechen, daß Ihnen freie Redezeit zugesichert ist.

J. A.: Gustav Brachwitz, Schriftführer.

Post-Markt 2.

Als Antwort auf diese gewiß hochwichtige Darbietung einer Gelegenheit zur Verteidigung versiegte sich Lebisch zu folgender Schimpfepistel:

„Der Hund“

Organ für die gemeinsamen Interessen der Arbeiter und Arbeitgeber.

Herrn J. A.: 3985.

Herrn Gustav Brachwitz, Gewerkschaftsartell

Brandenburg a. S.

Neustädter Markt 2.

Der Verkauf der sieben sozialdemokratischen Versammlungen in Berlin, denen u. a. sämtliche Berliner Zuhälter und öffentliche Diener anwohnten, hat dem Vorstande des gelben Arbeiterbundes die Ueberzeugung beigebracht, daß die Sozialdemokratie bereits so tief gesunken ist, daß sie nicht mehr als eine parlamentarisch tagende und verhandelnde Partei betrachtet werden darf. Aus Menschlichkeitsgründen besuche ich die sozialdemokratischen Versammlungen nicht mehr.

Jemand, der auf so saubere Weise wie Herr Lebisch seinen Unterhalt verdient, sollte, um keine Vergleiche zu provozieren, unterlassen, vom Kleinleichtsinn zu sprechen. Und wer sich mit solchen Behauptungen von Unternehmerrgruppen anhehalten läßt, müßte es wie Feuer sehen, von Zuhältern und Dienern verächtlich zu sprechen. Schließlich ist es doch moralisch gleichwertig, ob eine Dirne ihre Reize verliert oder ein Journalist sich reich um oder gar gleichzeitig allen möglichen Parteien und wirtschaftlichen Richtungen an den Hals wirft, sofern sie nur zahlen und immer wieder zahlen. Solche Leute vermögen die Berliner Arbeiterschaft nicht zu beleidigen.

Berlin und Umgegend.

Was planen die Arbeitgeber des Lugschwagen- und Automobilfabrikationsgewerbes?

Diese Frage beschäftigte am Sonntag eine Versammlung der in den Lugschwagen- und Automobilwerkstätten tätigen Maschinenmacher, Helfer und Radmacher, die im Rosenthaler Hof stattfand, einberufen von der Branchenkommission der Stellmacher des Deutschen Polzarbeiterverbandes. Der Referent Diebel führte aus, daß das Lugschwagenbauergewerbe in Berlin wie in Deutschland überhaupt erst seit den achtziger Jahren zur Entwicklung gekommen ist. Vordem wurden die Lugschwagen der hohen Herrschaften im Ausland, vor allem in Paris angefertigt. In den folgenden Jahren hat dann die Einführung des Automobils dazu beigetragen, daß das deutsche Lugschwagenbauergewerbe immer mehr zur Blüte kam. Es wurden immer mehr Arbeitskräfte gebraucht und es gelang dann auch, namentlich nach der erfolgreichen Lohnbewegung von 1905, den Stellmachern dieser Betriebe, sich einen einigermaßen anständigen Lohn zu sichern. Im Jahre 1906 und zum Teil auch noch 1907 war es leid, den Stundenlohn bei Neueinstellungen gleich auf 75 Pfennige festzusetzen und bei Alfordarbeit wurden auf 80, 90 Pf. und unter Umständen darüber die Stunde verdient. Inzwischen haben die Unternehmer auch dieser Branche sich unter Mithilfe des Generalsekretärs Kasse im Arbeitgeberverband organisiert und trachten nun unablässig danach, die Löhne zu drücken, die Alfordpreise herabzusetzen. Nach Aussagen des Unternehmers Franke hat ihre Organisation Ende des verfloffenen Jahres beschlossen, von nun an nicht mehr als 70 Pf. Stundenlohn zu zahlen und auch die Alfordpreise so niedrig anzusetzen, daß nicht mehr verdient werden kann. Auch heißt es, daß für Ueberzeitarbeit kein Aufschlag mehr gezahlt werden soll und daß man organisierte Arbeiter überhaupt nicht mehr beschäftigen will. Eingeleitet wurde diese Lohnherabsetzungspolitik schon im November des verfloffenen Jahres durch eine vom Unternehmer Leisner verfaßte Notiz im „Reinhardt-Blatt“, die besagte, daß die nicht lohnenden Anträge im Lugschwagen- und Automobilbauergewerbe Anlaß gäben, die Alfordpreise zu reduzieren. Herr Franke soll übrigens seinen Arbeitern am Sonnabend gesagt haben, wer am Sonntag die Versammlung besuche, brauche Montag nicht wieder zur Arbeit zu kommen. Für die Arbeiter liegt jedoch kein Grund vor, sich durch derartige Scharfmachereien des Unternehmertums irre machen zu lassen oder Lohnherabsetzungen ruhig hinzunehmen. Die Wirtschaftskrise hat sich, wie der Referent nachwies, in diesem Verufe keineswegs so stark geltend gemacht wie in anderen Industriezweigen. Das zeigte sich unter anderem auch darin, daß vier Wochen vor Weihnachten auf dem Nachweis kein arbeitsloser Maschinenmacher vorhanden war. Die Pläne des Unternehmertums können denn auch nur den Erfolg haben, daß die Arbeiter sich um so fester in ihrer Organisation zusammenschließen. Dieser Gedanke kam auch in der regen Diskussion zum Ausdruck, die dem Referat folgte. Der ganze

Verlauf der gutbesuchten Versammlung bildete einen Beweis dafür, daß die Stellmacher begreifen, um was es sich handelt und was sie zu tun haben.

Lohnbewegungen im Töpfergewerbe.

In Belten, wo den Töpfern und Hilfsarbeitern am 1. Juli des vorigen Jahres zweifelsfrei die vorwährende Lohnstarke zum 1. Oktober gelündigt worden war, ist es nun endlich im Januar endgültig zum Frieden gekommen. Die wir schon früher melden konnten, waren Ende November in Belten 28 Ofenfabrikanten aus der scharfmacherischen Vereinigung ausgetreten und hatten kurzerhand mit den Arbeitern Frieden geschlossen, indem sie den alten Tarif ohne Veränderung bis zum 1. Oktober d. J. verlängerten. Diesem Beispiel sind nun auch die übrigen elf Ofenfabriken Belten's gefolgt, so daß endlich wieder der alte Tarif auf der ganzen Linie anerkannt ist. Damit ist um die Bewegung zugunsten der Arbeiter beendet. Diese hatten den Tarif angesichts der schlechten Konjunktur nicht gelündigt und auch keine Forderungen gestellt. Der Angriff ging diesmal von den Unternehmern aus, wurde aber durch die endliche Anerkennung des alten Tarifs glücklicherweise abgeblendet.

In Neumünster, Hildesheim und Bitterberge (Bezirk Potsdam) sind dem Deutschen Töpferverbande seitens der Unternehmer die Tarife gelündigt worden. Die Unternehmer dieser Orte glauben die schlechte Konjunktur auszunutzen und Abzüge an den Tarifen durchzuführen zu können. Das dürfte ihnen aber wohl schwerlich gelingen, da die Töpfer in diesen Orten sehr gut organisiert sind.

Deutsches Reich.

Scharfmacher im Schneidergewerbe.

Die Ortsgruppe des Arbeitgeberverbandes im Schneidergewerbe zu Solingen hat sich herausgenommen, den zwischen dem Zentralverband der Schneider und der Schneiderinnung abgeschlossenen Tarifvertrag auf den 1. April zu kündigen. Wöllig unberufenweise mißgenießt hier einige Vornahme und kleine Scharfmacher in eine Tarifangelegenheit, die ausschließlich Sache der Innung und des Schneiderverbandes ist und welche bisher zur beiderseitigen Zufriedenheit die Stabilität im Gewerbe verbürgte.

Ob die Schneiderinnung sich diesen Eingriff in ihre Rechte gefallen lassen wird, ist abzuwarten. Die Arbeiterschaft wird diesen Scharfmachern gegenüber natürlich Stellung nehmen.

Die Steiger.

Am Sonntagvormittag fand in Essen eine außerordentliche Generalversammlung des Steigerverbandes statt, um zu den Neuerungen des Verbandsvorstandes Werner auf Reche Raddob Stellung zu nehmen. Werner hatte in rückhaltloser Ehrlichkeit die Vergeltung für die Mißstände auf Reche Raddob verantwortlich gemacht. Deshalb wurde lebhafteste Hehe gegen den Mann entfaltet, der so rückhaltlos die Wahrheit ausgesprochen. Die gestrige Generalversammlung erklärte sich mit den Ausführungen Werner's insoweit einverstanden, als Werner nicht die ganze Vergeltung, sondern nur einzelne Organe derselben gemeint habe. Im übrigen sprach die Versammlung dem Vorstand uneingeschränktes Vertrauen aus.

Häßliche Nachklänge vom Streik im Strebelwerk.

Zwei Metallarbeiterversammlungen in Mannheim und Ludwigs-hafen befaßten sich mit dem Streik im Strebelwerk. Die von 2000 Personen besuchte Mannheimer Versammlung sprach dem Vorstandsvorstand Schneider die Kündigung aus. Als Vertreter des Hauptvorstandes wohnten dieser Versammlung Vorhölzer und Kaffisch bei. Die Versammlung in Ludwigs-hafen verlangte ein Schiedsgericht zur Klärung der Differenzen zwischen den Kollegen und der Streikleitung. Eine feilschende Kommission soll sich über die Beweggründe des Vorstandes bei seiner Stellungnahme zu dem Streik im Strebelwerk informieren und dann einer späteren Versammlung Bericht erstatten.

Harmonie zwischen Kapital und Arbeit.

Der liberale Gemeindebevollmächtigte (Stadtverordneter) von München, Ingenieur Henne ist von seinem Arbeitgeber, einem liberalen Maschinenfabrikanten, entlassen worden, weil er länger an den Sitzungen des Münchener Gemeindefreiworters teilgenommen hat, als ihm der Arbeitgeber erlaubte.

Die Tarifbewegung der Münchener Brauereiarbeiter.

Die Tarifverhandlungen zwischen der Tarifkommission und dem Ortsverband Münchener Brauereibesitzer wurden nach 14tägiger Dauer vor dem Gewerbegericht beendet. Die Verhandlungen mühen bis zum letzten Tage unter vollständigem Ausschluß der Öffentlichkeit geführt werden. Die Brauereiarbeiter hielten mit einer Zähigkeit, die ihres gleichen sucht, an ihrem Proffit fest; deshalb gestalteten sich die Verhandlungen als eine der schwierigsten wie sie jemals am Einigungsamt des Münchener Gewerbegerichts geführt wurden. Die Münchener Dividendenbesitzer wollen eben den Hilfsarbeitern nicht entgegenkommen. Hat doch die feinstreue Löwenbrauerei, die im vergangenen Jahre wieder 3 Millionen Ueberfluß erzielt und 20 Proz. Dividende verteilte, Hilfsarbeiter mit 11—14 M. Lohn nach Hause geschickt. Verlangt wurde deshalb ein Wochenlohn von 26 M. für die Hilfsarbeiter, ferner die 9/11stündige Arbeitszeit bei einer Prämie von 12 Stunden, Befreiung bezw. Verzahlung der Sonntagsarbeit, eine Erhöhung der bestehenden Löhne und eine dreijährige Tarifdauer. Die Brauereibesitzer lehnten die Gewährung von Wochenlöhnen für die Tagelöhner und Hilfsarbeiter ab und erhöhten die Stundenlöhne von 22 auf 27 Pf.; die Mindestlöhne der Brauer wollen sie 33 M. auf 34 M. erhöhen; die Ertragszahlung der Sonntagsarbeit wurde von ihnen abgelehnt und sie verlangten, daß eine 3/4stündige Sonntagsarbeit im Wochenlohn des Braupersonals inbegriffen sei.

Eine von mehr als 5000 Personen besuchte öffentliche Brauereiarbeiterversammlung nahm zu dem Ergebnis der Verhandlungen vor dem Einigungsamt Stellung. Nach einem Referat des Kollegen Jacob wurde in die Diskussion, an der sich nicht weniger als 28 Redner beteiligten, der Progenstandpunkt der Münchener Brauereiarbeiter scharf kritisiert und schließlich der vorliegende Tarifvertrag einstimmig abgelehnt und ebenso einstimmig folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung bedauert das geringe Entgegenkommen der Brauereibesitzer in den wichtigsten Punkten der Forderungen der Brauereiarbeiter. Sie lehnt den als Ergebnis der langwierigen Verhandlungen vorliegenden Tarifvertrag ab, weil er in keiner Weise den Bedürfnissen der Arbeiter Rechnung trägt und trotz der technisch vollendeten Münchener Betriebe Zustände aufrecht erhalten will, die von den weitläufigsten Brauereien bereits beseitigt sind. Die Versammlung erklärt sich mit dem Vorschlägen der Kommission einverstanden, daß den Unternehmern erneute Vorschläge gemacht werden, durch welche unter Berücksichtigung der dringenden Bedürfnisse der Arbeiter noch einmal der Versuch gemacht werden soll, die Grundlage zu einer Verständigung zu finden. Sollte wider Erwarten eine Einigung unmöglich sein, so verpflichten sich die versammelten Brauereiarbeiter, den Forderungen der Organisationsleiter unbedingt Folge zu leisten.

Die Brauereibesitzer von Süddeutschland hatten am Sonnabend in München eine Sitzung. Ueber das Ergebnis der Beratungen wird tiefes Schweigen beobachtet. — Zugug von Brauern nach München ist zu meiden.

Ausland.

Mit einem kleinen Erfolg

haben die Ruderbädergehilfen von Budapest ihren Streik vorgelesen für beendet erklärt, nachdem es feststand, daß unter den gegen-

wärtigen Organisationsverhältnissen weitere Erfolge nicht mehr zu erreichen waren. Was bei dieser ersten Probe erreicht wurde, ist nicht viel und hat schwere Opfer erfordert, aber die Organisation hat bewiesen, daß ältere Unternehmerrmaginationen zum Trotz sie doch soweit gekräftigt ist, daß die schwereren Opfer getragen werden konnten und daß sie das Erlämsche auch zu behaupten imstande sein wird. Daß sich die Kämpfer mit einem kleinen Erfolge diesmal begnügen mußten, haben sie dem Zugug von auswärtigen Streikführern mit zu danken, denn außer einem reichlichen halben Duzend aus Budapest, stellten sich ebenso viel von dieser Kollegenliste aus Wien und ein halbes Duzend aus Berlin (1) den Unternehmern zur Verfügung.

Bewilligt wurde in einer Reihe von Betrieben die 10stündige Arbeitszeit, die 1 1/2stündige Mittagspause, 24 Kronen Minimallohn ohne Kost, doch wurden bezüglich der Abschaffung der Kost noch verschiedene Ausnahmen zugestanden. Für Ueberstunden wurden 70 bis 80 Heller vereinbart.

Ein Aufruf des dänischen Gewerkschaftsverbandes.

Da die Arbeitslosenunterstützungen der Gewerkschaften samt den Leistungen, zu denen Staat und Gemeinden in Dänemark bisher zu bewegen waren, keineswegs ausreichen, der Not zu steuern, die die fürchterliche Arbeitslosigkeit hervorgerufen hat, beschließt der Gesamtverband der dänischen Gewerkschaften jetzt allgemeine Sammlungen von Unterstützungsmitteln, die teils den ausgesetzten oder den Mitgliedern solcher Gewerkschaften zugute kommen sollen, die noch keine Arbeitslosenunterstützung empfangen haben, teils den Kollektenden im allgemeinen lediglich in Berücksichtigung ihrer Bedürftigkeit. Der Ausschuh des Gewerkschaftsverbandes hat demgemäß am Sonnabend einen Aufruf veröffentlicht, in dem zwei Arten der Einsammlung empfohlen werden: eine innerhalb der Gewerkschaften und eine andere in der breiten Öffentlichkeit. Für die Mittel, die einkommen, sollen, soweit es zweckmäßig erscheint, Naturalien zur Verteilung an die Kollektenden beschafft werden. Die Sammlungen sollen so lange fortgesetzt werden, bis die Arbeitslosigkeit sich so weit verringert hat oder Staat und Kommunen so hohe Zuschüsse zu den Hilfskassen und Arbeitslosenlassen leisten, daß man auf jenseitige außerordentliche Hilfsmittel verzichten kann.

Auch in anderer Hinsicht bemüht man sich jetzt fortgesetzt, durch außerordentliche Maßnahmen den Opfern der Arbeitslosigkeit Hilfe zuzulernen zu lassen. Obwohl es infolge der Krise und der gesetzlichen Beschränkung des Steuerjahres mit den Finanzen der Stadt Kopenhagen nicht gut bestellt ist, schlägt der Magistrat vor, dem Unterstützungsbereit, der Bedürftigen Hilfe gewährt, die nicht die Folgen der Armutunterstützung nach sich zieht, nochmals 100 000 Kronen Zuschuß zu bewilligen. Man erwartet, daß die Staatskasse der Stadt auch von dieser Summe ein Drittel erhoben wird, wie das mit den im vorigen Jahre zu dem gleichen Zweck ausgegebenen 240 000 Kronen der Fall war, zumal von den für Staatszuschüsse zu den kommunalen Hilfskassen bewilligten Mitteln noch 73 000 Kronen übrig sind. — Ferner wird von der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion verlangt, daß die Stadt dafür Sorge, daß den bedürftigen Kindern in den Volksschulen während des Winters jeden Tag warmes Essen unentgeltlich geliefert wird, während dies jetzt, da es dem Verein für Schulspeisung an Mitteln fehlt, nur alle zwei Tage geschieht.

Von den außerordentlichen gewerkschaftlichen Bestrebungen zur Linderung des Notstandes ist unter anderem noch hervorzuheben, daß der Kommunale Arbeiterverband, der selbst in der glücklichen Lage ist, keine Arbeitslosen unter seinen Mitgliedern zu haben, jetzt Tag für Tag 50 Arbeitslose aus anderen Gewerkschaften ein gutes Mittagessen servieren läßt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Das liberale Vereinsrecht.

Hlensburg, 11. Januar. (B. S.) „Hlensburg Avis“ meldet: Der dänische Vortragsverein für Hlensburg und Umgegend hatte gestern nachmittag die Mitglieder zu einer Versammlung im Krug zu Vattburg eingeladen. Die Versammlung war nicht einmal durch öffentliche Anzeige bekanntgegeben worden, die Mitglieder waren nur durch die Vertrauensmänner eingeladen. Am Eingange wurde eine scharfe Kontrolle darüber geführt, daß nur Mitglieder Zutritt haben, trotzdem erschien der Amtsvorsteher und ein Genbarm und verlangten, der Versammlung beizuwohnen. Der Vorsitzende des Vereins, Chefredakteur Christiansen-Hlensburg, machte sie darauf aufmerksam, daß es sich um eine geschlossene Versammlung handele, bei welcher er das Hausrecht auszuüben habe. Er verweigerte den Beamten den Zutritt und werde gegebenenfalls Strafanzeige wegen Hausfriedensbruchs stellen, trotzdem drangen beide ins Lokal. Nachdem Christiansen die Versammlung eröffnet hatte, wiederholte er die Aufforderung an die beiden Nichtmitglieder, den Saal zu verlassen, da sie sich sonst strafbar machen würden. Sie ließen jedoch sitzen. — Nach der Eröffnung der Sitzung erhielt der Landtagsabgeordnete Riffen aus Vibø das Wort. Gleichgültig erhob sich der Amtsvorsteher, er verlangte die Vernichtung der dänischen Sprache und hob, als dies verweigert wurde, die Versammlung auf. Als Grund gab er an, daß die Versammlungen des Vereins als öffentliche angesehen würden. Nach Angabe des Amtsvorstehers ist die Auflösung von dem Regierungspräsidenten in Schleswig veranlaßt worden.

Dem Verderben entronnen!

Reggio di Calabria, 11. Januar. (B. S. S.) Heute abend wurde ein fünfzigjähriger Mann aus den Trümmern geborgen. Das Kind befand sich in gutem Gesundheitszustande, es hat kein Bewußtsein von seiner Lage und scheint keine Erinnerung an die lange Zeit zurückgehalten zu haben, die es unter den Trümmern verbracht hat.

Das verteilte Fell des Löwen.

Frankfurt a. M., 11. Januar. Wie aus Hannau gemeldet wird, wird Staatssekretär Dernburg den Vorsitzenden der Hanauer Handelskammer Kommerzienrat Mentz und den Vorsitzenden des Kunstgewerbevereins Fabrikanten F. Kreuter am Mittwoch dieser Woche in Audienz empfangen, um die Wünsche der Hanauer Industrie in Sachen der Diamantfunde in Deutschsüdwestafrika entgegenzunehmen.

Gleiche Brüder, gleiche Kappen.

Washington, 11. Januar. (B. S. S.) Senator Tillmann wehrte sich heute im Senat kräftig gegen die Anklagen Roosevelts, die er seinen eigenen Angriffen auf Roosevelt zuführte. Tillmann erklärte, er habe gewünscht und wünsche noch, gewisse Länder in Oregon zu kaufen, ob ihm dies geglückt sei oder nicht, sei unentscheidlich, wenn nur Roosevelt und sein Freund, der Eisenbahnkönig Harriman, und andere Leute dieser Sorte dazu gebracht würden, die umfangreichen Länder wieder herauszugeben, die sie gestohlen hätten. Tillmann schloß mit der Bitte um Einsetzung einer Untersuchungskommission.

Kräftige Abstriche.

Washington, 11. Januar. (B. S. S.) Die Marinekommission des Kongresses, der vor einigen Tagen das 75 Millionen Dollar erfordernde Flottenprogramm unterbreitet wurde, hat die Herabsetzung des erforderlichen Kredites auf 29 Millionen Dollar empfohlen. Anstatt vier sollen nur zwei Schlachtschiffe mit je 25 000 Tonnen Raumgehalt gebaut werden. Auch andere Herabsetzungen werden von der Kommission vorgeschlagen.

Der wackelnde Staat.

Am 12. Januar 1908.

Der stolze und stolze Dreiklassenstaat, Der wackelte aller Ecken, Vom Nachtwächter bis zum Ministerrat...

Immer neue Erdstöße.

In der Sonntagnacht erschütterten neue Erdstöße, die von heftigem Unwetter begleitet waren, das Gestade von Messina.

Kleines feuilleton.

Der Großstadtschnee. Die Regel, daß die Luft unsichtbar ist, gilt für unsere Großstädte, namentlich wenn sie eine starke Industrie besitzen...

Eine neue Entdeckung zum Zerfall der Elemente. Bereits seit einer Reihe von Jahren hat sich der englische Gelehrte Frederick Soddy damit beschäftigt...

Der „Tag“ bringt folgende Meldung über das neue Veben: Bei fast wolkenlosem Nachthimmel sah man plötzlich das Meer mit solcher Gewalt sich erregen...

Messina, 11. Januar. Die Beerdigung der Leichen ist jetzt von der Stadtverwaltung übernommen. Das Latengräberamt versehen wieder Zivilpersonen unter Leitung zweier Ärzte.

Messina, 11. Januar. Der Unterdirektor des öffentlichen Gesundheitsamtes erklärte, daß die sanitäre Lage in der Stadt eine gute sei. Augenblicklich wird das Wasser geprüft und die Desinfektion fortgesetzt.

Rom, 11. Januar. Die Inwertigungssumme, welche bis jetzt in Italien zusammengefloßen ist, beläuft sich auf 80 Millionen Lire.

Trotzdem noch am Sonntag sechs Menschen lebend aus den Trümmern Messinas gerettet wurden, hält der unfähige General Rozza die Wahrscheinlichkeit, weitere Überlebende aufzufinden, so gering...

Mazzas Lügenfabrik.

Aus Messina wird gemeldet, daß die Regierung ein „offizielles Nachrichten-Bureau“ organisiert, an dessen Spitze Signor Micheli steht. General Rozza hat eine Druckerei in Verbindung mit diesem Nachrichten-Bureau eingerichtet...

Gegen das Wahlrecht.

Die demokratische Vereinigung hatte am Sonntag, dem Jahrestage der Wahlrechtsdebatte im preussischen Abgeordnetenhaus, eine Versammlung nach dem Jenaerpalast einberufen.

Er erinnerte an die vor einem Jahre stattgehabten Debatten über den Wahlrechtsantrag der Freisinnigen: Damals hätte man zwar nicht gehofft, daß der Ministerpräsident ein demokratisches Wahlrecht beschließen würde...

aber was in hohem Grade erbittern mußte, das war die Haltung der Antragsteller: der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft, die sogar die kurze brutal-junkerliche Ablehnung der freisinnigen Anträge noch hoffnungsreich entgegennahm!

Der zweite Redner, v. Gerlach,

kenntlich ebenfalls die Feinheit und politische Rückständigkeit des Bloßfreisinn und kritisierte dessen schwachvolles Verhalten bei den Landtagswahlen.

Die Herren Kopsch und Genossen pressen lieber das Volk aus wie eine Zitrone, ehe sie für die Rechte des Volkes etwas tun!

Der Bloßliberalismus könnte jetzt auf dem Gebiete des Wahlrechts etwas herausholen, aber er scheint nicht zu wollen. Wir müssen deshalb agieren, das Volk auszuwählen, bis die Massen einsehen...

Oberst a. D. Gölde,

der dritte Referent, sagte unter anderem: es sei nicht möglich, den Freisinn von innen heraus zu reformieren, denn der Freisinn gleicht einer faulen Frucht.

Dr. Barth

befürwortet den entschiedenen Kampf für die Einführung eines demokratischen Wahlrechts. Alle demokratischen Reformen sind nicht dadurch eingeführt worden, daß die herrschende Mehrheit ihre Unrecht einsehend Verbesserungen bewilligte...

schwer. Gefragt, wie er sich befände, gab er zur Antwort: „Es ist nicht zu schlimm. Ich bin das gewöhnt. — Wir haben die ganze Zeit unerbauliches Zeug in den Leib bekommen.“

Die Fabrikantin. „Wollen Sie Hoheit gnädigst geruhen, mir einen Gemahl auszusuchen — ich habe ihm ein süßes Geständnis zu machen...“

Enttäuschung. „Unglaublich, jetzt trage ich schon vier Wochen lang ein Paar Kronprinzengarnstrümpfe und habe noch immer keinen Orden!“

Notizen.

— Im Hörsaal der Urania in der Lindenstraße wird Professor Dr. Niethe am Dienstag seine Dreifarbenaufnahme aus Oberägypten mit Hilfe des Dreifarbenapparates vorführen.

— Zum Gedächtnis Darwins, der vor 100 Jahren am 12. Februar 1809 geboren ist, wird von der Freien Hochschule Berlin ein Zyklus von fünf Vorträgen abgehalten.

— Das Ende einer kaiserlichen Restauration Manche der Restaurationen, durch die im letzten Jahrzehnt Burgen, Schlösser, Ruinen zu neuem Theaterleben aufgeweckt wurden...

Humor und Satire.

Der Held. Herr v. Jochenfeld, ein zur Schutzhuppe übergegangener Gardeleutnant, erhielt bei einem Patronenkurier einen Schlag in den Unterleib — doch war die Verwundung nicht allzu...

Prepperpolitik zur Durchsetzung ihrer eigenen materiellen Interessen! Aus tausend Gründen der inneren und der äußeren Politik fordern wir, daß der Wille eines konstitutionellen Volkes durchgesetzt wird. Wir wollen, daß Recht und Gerechtigkeit Platz greife auch zwischen den Klassen im Staate. In Preußen aber wird Klassenpolitik getrieben, die bei denen, gegen die sie gerichtet ist, Haß auslösen muß. Man soll die Ursachen dieses Haßes beseitigen. Eine der größten dieser Ursachen ist: das preussische Wahlsystem!

Wie alle vorigen Redner, so wurde auch Dr. Barth bei seinem Auftreten mit lebhaftem Applaus begrüßt, ebenso fanden seine Ausführungen wiederholt stürmischen Beifall. Fast noch stärker aber war der Beifall, der dem Genossen Ledebour zuteil wurde, der als erster Diskussionsredner das Wort erhielt. Auch die Rede Ledebours entfiel wiederholt lebhaftem und stürmischen Beifalls-Landebungen.

Lebedour

Sagte unter anderem: Uns Sozialdemokraten kann es nur mit Freude und Genugtuung erfüllen, wenn wir sehen, daß sich im deutschen Bürgerium Kräfte regen, welche den Rückgang des Bürgeriums zum Stillstand bringen und die öffentliche Meinung aufzuwecken wollen gegen die Reaktion, die nicht nur bei den Junkern, sondern auch in den Massen des Bürgeriums Unterstützung findet. Wenn es den Leitern dieser Bewegung gelingt, ihre Absicht, die Aufspaltung einer großen bürgerlich-demokratischen Bewegung, zu erreichen, so würden sie in der Sozialdemokratie ihre besten Bundesgenossen finden. (Beifall.) Denn was die Redner heute hier auf politischem Gebiete vertreten haben, das sind ja auch unsere Forderungen. (Sehr wahr!) Bisher war es die Sozialdemokratie allein, die diesen Kampf geführt hat, nicht nur auf politischem, sondern auf allen Lebensgebieten. Wenn es Ihnen, meine Herren, gelingt, das Bürgerium zu einem und auch nur an nähernd gleichwertigen Kampfgesossen zu machen und wie diese Kampfgesossenschaft annehmen, dann führen wir nur aus, was Marx und Engels schon vor 60 Jahren im kommunistischen Manifest sagten:

„Das Proletariat wird jederzeit das Bürgerium unterdrücken, wenn das Bürgerium revolutionär auftritt.“

(Beifall.) Den Führern dieser Bewegung brauche ich es ja nicht zu sagen, aber gegenüber anderen Vertretern des Bürgeriums und der Presse ist es nötig, zu sagen, daß revolutionär in diesem Sinne heißt: daß jedes Mittel, welches einem reifen, tatgewillten Volke zu Gebote steht, benutzt werden muß, um grundrührende Veränderungen der Staats- und Gesellschaftsordnung durchzuführen.

Wenn hier von einem Redner gesagt wurde, man müsse darauf hin, daß die paar Liberalen im preussischen Abgeordnetenhaus nicht viel machen können, so möchte ich darauf verweisen, daß diesmal, wenn die Wahlrechtsfrage zur Verhandlung kommt, im Landtage etwas anders geredet werden wird als vor einem Jahre! (Bravo!) Unsere, die sozialdemokratischen Abgeordneten, sind an Zahl viel geringer als die Liberalen, aber sie werden die rechten Worte finden gegenüber den Junkern und der Regierung, die ihre Unfähigkeit beweist durch jede Handlung und jedes Wort, das von ihr in die Öffentlichkeit dringt. Unsere Parteigenossen werden die Stimme des Volkes mit allem Nachdruck gegenüber der Mehrheit erschallen lassen, damit die Stimme des Volkes hinausdringe in alle Welt und eine Bewegung entfaltet werde, die das heutige System umstürzt! Das ist die Aufgabe einer oppositionellen Minderheit im Parlament. Nach diesen Grundgedanken haben wir Sozialdemokraten stets gehandelt.

Herr Gable sagte, die Sozialdemokratie habe auch Fehler gemacht. Er hält vielleicht das für Fehler, was wir für einen Vorzug halten, nämlich die

grundrührende Bekämpfung des ganzen gegenwärtigen Systems.

Wenn wir uns einen Vortritt zu machen haben, so kann es nur der sein, daß wir nicht machtlos genug, nicht revolutionär genug angelämpft haben gegen diese Gesellschaft und gegen diesen Staat. Dieser Aufgabe wird sich die Sozialdemokratie mehr und mehr bewußt werden: die heutige Staats- und Gesellschaftsordnung zu stürzen und eine bessere an ihre Stelle zu setzen. (Wah wah!) Dem Herrn, der daran zweifelt, daß wir das können, bemerke ich: Mit Ihnen mich auseinandergesehen, habe ich im Augenblick keinen Grund. Wenn Sie erst im Namen von drei Millionen Männern sprechen können, will ich mich mit Ihnen darüber auseinandersetzen! (Starker Beifall.)

Hierauf erörterte Genosse Ledebour die politischen und wirtschaftlichen Gründe, die das Bürgerium aus seiner früheren oppositionellen Stellung zum Nationalliberalismus und schließlich in den Block getrieben haben. Aus Angst vor der Sozialdemokratie hat sich das Bürgerium mit der Reaktion verbündet. Infolgedessen haben wir in unserem kulturell so hoch entwickelten Lande eine junkerliche Bürokratie, welche unumstößlich regiert.

Das persöhnliche Regiment

Ist ein unvermeidlicher Ausfluß dieses bürokratischen Regierungssystems. Demnach kann das persöhnliche Regiment nur beseitigt werden, wenn das ganze heutige System mit Stumpf und Stiel ausgerottet wird. (Beifall.) Wieder, wie im Jahre 1848, ist jetzt die Situation gegeben, die es dem Bürgerium ermöglicht, wenn es will, das bürokratische System mit einem Schlag zu beseitigen. Das Bürgerium hierzu zu bewegen, haben wir im Reichstage bei den Debatten einschließlich des persöhnlichen Regiments versucht. Leider predigten wir tauben Ohren.

Das Bürgerium, an das wir appellierten, hat versagt in dieser großen Zeit. Doch damit ist der Kampf nicht zu Ende. Versagt und das Bürgerium im Parlament die Unterstützung, so appellieren wir an das Volk, und wir wünschen, daß es Ihnen gelingt, die bürgerlichen Elemente des Volkes aufzurufen zur Selbstachtung, damit sie sich sagen: wir wollen selbst regieren! Ich wünsche, Sie möchten nicht die traurige Erfahrung machen, daß es ein vergebliches Bemühen war, einen Bleiern Säbel zu schleifen. Möge es Ihnen gelingen, eine Damastener Klinge zu schärfen, mit der Sie an unserer Seite helfen können, das heutige Regierungssystem niederzulampfen. Aber wenn Ihnen das auch nicht gelingen sollte, die Sozialdemokratie wird weiter kämpfen, bis sie mit allem Unrecht auch die ganze Schmach der Gegenwart aus Deutschland hinausgeschleht hat! (Stürmischer Beifall.)

Leberarbeiter Müller wandte sich besonders an die Arbeiter, die aus prinzipiellen Gründen nicht Sozialdemokraten sein können, und forderte sie auf, der Demokratischen Vereinigung beizutreten. — Hierauf wurde eine Resolution angenommen. Sie lautet:

„Die Versammlung erklart in dem Erfah des preussischen Dreiklassenwahlsystems durch das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht zugleich die bedeutungsvolle Aufgabe der demokratischen Politik. — Die nachdrücklichste Anwendung jedes Agitationsmittels, das diesem Ziele näher führt, erscheint gerühmt, auch die Ausnützung des parlamentarischen Steuerverweigerungsrechts als Kampfmittel durchaus geboten.“

Dr. Breitscheid sagte in seinem Schlusswort: Wir können uns freuen über alle wesentlichen Punkte in den Ausführungen des sozialdemokratischen Redners. Wir stehen nicht auf dem Standpunkt des Abg. Wiener, der den Sozialdemokraten rief: Wir brauchen sie nicht! Wir brauchen die sozialdemokratischen Wähler, und sie brauchen uns einmal. Wir lassen uns nicht dazu gebrauchen, mit allen Mitteln, koste es was es wolle, die heutige Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zu erhalten. Und gefast sie auch nicht, wenn wir sie auch vielleicht durch andere Mittel und in anderer Weise ändern wollen als die Sozialdemokraten.

Parlamentarisches.

Dem Reichstage sind zwei Gesetzentwürfe zugegangen: der eine betrifft die Doppelbesteuerung, der andere eine anderweitige Regelung der Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes.

Vom Schillerpark.

Die Stadtkorrespondentenversammlung hat am vorigen Donnerstag den ihr vorgelegten Entwurf zum Schillerpark, eine Arbeit des Gartenkünstlers Friedrich Bauer, Magdeburg, nach einem Ausschuss zur Vorberatung überwiefen. Der Ausschuss soll am Mittwoch dieser Woche zusammentreten, und er wird dann hoffentlich seine Beratungen so beschleunigen, daß mit der Ausführung des Entwurfes, die manchem Arbeitslosen die langere Beschäftigung bringen wird, baldigt begonnen werden kann.

Inzwischen sind den Stadtkorrespondenten nachträglich noch Ergänzungen zum Entwurf zugegangen, die wohl aus der Feder des Bürgermeisters Reide, des Vorsitzenden der Parzellation, herrühren. Sie sind gehalten in einer Sprache, wie sie in Magistratsvorlagen sonst nicht üblich ist. Aus dem Ueberflusse dieser Ausführungen weilt ihres Verfassers Begeisterung für das Werk, das da geschaffen werden soll den Bewohnern der Stadt zur Freude und dem Stadtbild zur Ehre.

„Ein Schillerpark für Berlin.“ so beginnen die Erläuterungen. „Ist nicht aus diesen Worten zunächst etwas wie schwer vereinbar Gegenstand? Was man beim Anlange des ersten Wortes empfindet, weilt fast unentzählbar auf die gründlichste, gartenreichen Dichterwohnstätten Weimar und Jena. Man sieht stille Gänge im Grün alter Bäume vor sich, wo der Stadtbewohner seine sonntägliche Erholung und Erbauung sucht und findet, und wo der Fremde andachtsvoll sich der Weihe der Dichtersicht hinzugeben und sich ungetrübt in die vergangenen Zeiten des Erdenscheidels großer Dichter und Denker zurückzuversetzen vermag. Aber auch wenn man eine neuartige, dem bedeutsamen Namen entsprechende Schöpfung plane, so müße die dazu ausersehene Persönlichkeit fürs erste Befriedigen und Zweifel wachen. In Berlin N. auf jetzt ausgedehnten, der ungenutzten wuchernden Großstadt mühsam abgerungenen, von Häuserblöden umgebenen Sandgelände.“

Die Erläuterungen wollen sein ein „Leitweg“ zur Lösung der Aufgabe, dem Entstehen und der Entwicklung „eines dem teuren Dichternamen würdigen Menschen- und Naturwerkes eine gesicherte Grundlage zu bereiten.“ Der Schillerpark soll der allem der körperlichen und seelischen Erholung des Großstadtbewohners gewidmet sein, soll Gelegenheit geben zu Spaziergängen in freiem Grün, zum Spiel, zur sportlichen Betätigung, zum Genuß der Natur, soll aber die Möglichkeit „einer Beschaulichkeit“ und „stiller Feiertagsruhe“ bieten, sowie „volle Freude an erlesener pflanzlicher Pracht und Schönheit“. Daraus ergeben sich vier Hauptforderungen, die harmonisch zu verbinden wären. „Es sind zunächst nötig große grünungsreiche Spiel- und Festweidenflächen, dann ausgiebige Spaziergänge in diesem Grün, sodann scheint ein dem erhabenen Dichter geweihter, dem großen Verkehr nicht so leicht zugänglicher Platz angemessen, und endlich in Verbindung damit ein südlicher künstlich ausgehauener Blumen- und Pflanzgarten.“

Der Park wird angelegt auf dem Gelände östlich der Müllerstraße, das einen Teil der „Rehberge“ in sich schließt. Die Parzellation, die von der Müllerstraße nach Reinickendorf hinüberführt, gränzt ein Teil des Parkgeländes in zwei ungefähr gleiche Teile. Die Grundzüge für die Verteilung und räumliche Gliederung der Rasen- und Pflanzungsflächen ergeben sich nun ganz von selbst aus dem Umfang der geplanten Spiel- und Festweiden. „In jedem der beiden Parzelle nimmt den Hauptbestandteil eine große Wiese ein, in dem nördlichen Teil die „Bürgerwiese“ von fast 6 Hektar, in dem südlichen die „Schillerwiese“ von mehr als 3 1/2 Hektar. (Zur Vergleichung sei hier bemerkt, daß auch der große Spielplatz im Tempelhofer Park 3 1/2 Hektar Flächeninhalt hat.)

Am für die „Bürgerwiese“ eine feidlich ebene und überflächliche Fläche zu schaffen, soll von den Hügeln des sehr willigen Geländes nur der südliche Sandbühl im Nordwesten teilweise beseitigt werden. Vereitelt würde er auch den schönen Nebenbühl, den man so von einem an der Parzellation gelegenen Hügel aus genießen wird. Von diesem Hügel wird sich parallel der Straße 30, eine mit vier Baumreihen besetzte Baumallee erstrecken. Die Erläuterungen sagen, sie könne bei feindlichen Anlässen eine Rolle spielen, sie sei sehr geeignet zu — Militärkonzerten. Wir hoffen, daß die Stadt Berlin diese „Bürgerwiese“ samt der Wandelallee auch zu anderen geeigneten Veranstaltungen hergeben wird, z. B. zu einer Meisterschule. Oder nicht?

Neben den Charakter der Anpflanzungen, die die Wiesen umgeben sollen, sagen die Erläuterungen: „Bei den heute üblichen Grundrissen der Parzellation mit der zu starken Betonung des Gärtnerei-Geplantes und Gemarkungen ist es schwer, praktische Vorschläge zur völligen Vermeidung eines so häufig angelegten, offensichtlich naturwidrigen Einbruchs der Anpflanzungen zu geben. Angeklagt wird, daß man „das peinlich Wartemäßige“, das „überflüssig überflüssig“ und „dem Zweck natürlicher Schönheit durchaus nicht dienlich“ sei, umgibt vermeiden werde. Dazu führe eigentlich schon „der wirkliche Gebrauch und das Betreten der großen Wiesen“. Der Schillerpark wird uns also eine Reform der Parzellation bringen, eine bewußtere Annäherung an die Ungewöhnlichkeit der natürlichen Landschaft.“

Die Wiese im südlichen Teil wird auf ganz ebenem Boden angelegt, so daß sie im Winter in eine Eisbahn verwandelt werden kann. Im übrigen aber bietet sich in diesem südlichen Teil noch die Möglichkeit, auf einem großen Doppelhügel Gartenterrassen zu schaffen. Sein Plateau soll von einem sehr reizvollen Kastanienhain begrenzt werden. Dieser „Schillerhain“, mit seinen prächtigen Ausblicken nach verschiedenen Richtungen, wird die dem Dichter besonders geweihte Stätte in dem Park sein. Die Erläuterungen sagen: „Ein feierlicher Ernst und stimmungsvolle Ruhe werden ein in den grünen Hallen dieser Höhe herrschen, einen Tempelbau wird die Natur im Laufe der Jahrhunderte hier entstehen lassen, eine wunderbar geeignete Ortlichkeit zur Abhaltung von Feiern, die dem Andenken des geliebten Dichters geweiht sind. Ein Schillerdenkmal einzig in seiner Art.“ Die „Höhe“ ist zwar nicht allzu hoch. Hoffen wir aber, daß das übrige sich bewirklicht.

Auf der Terrasse, die nach Süden gegen die Stadt hin abfällt, soll ein Blumenparterre angelegt werden, bei dem die Rasen nicht gespart werden sollen. Es soll Blumen und Pflanzungen in künstlicher Haltung und Auswahl dem nach Gartenfreunden durch den Großstadtbewohner vorführen.“

Geplant sind auch Kinderspielplätze mit allem Zubehör, mit Sand zum „Buddeln“, mit Brunnen und Wasserleitungen zum „Wasserspielen“, mit primitiven Turngeräten, Kletterstangen usw. Eine Erfrischungshalle, die in der Nähe der Parzellation errichtet werden soll, wird die Durstigen aufnehmen.

Aus der Partei.

Sozialistisches aus Griechenland. Athen, 2. Januar.

Das Erscheinen der Athener sozialistischen Wochenchrift „Zukunft“ vertritt allem Anschein nach viel Gutes für die sozialistische Bewegung in Griechenland. Das Blatt hat im vergangenen Monat alle gebildeten Elemente der Hauptstadt, die nur vom Sozialismus eine Veränderung des traurigen politischen und gesellschaftlichen Zustandes des Landes erhoffen, um sich geeinigt und die Gründung eines sozialistischen Vereins durchgesetzt. Offiziell Organ desselben ist natürlich die „Zukunft“. Der neue Verein denkt vorerst nach dem Schema der englischen „Fabian Society“ zu wirken. Die Mitglieder, von denen viele zu den Mitarbeiter der „Zukunft“ zählen, werden durch geeignete Propaganda die sozialistischen Ideen unter dem griechischen Volk zu verbreiten suchen, was allerdings anfangs nicht gerade leicht sein wird. Da hier zu Lande noch die trübseligen Begriffe über den Sozialismus herrschen. Letzteres ist auch der Grund, warum man dem Verein nicht den Namen „sozialistischer“, sondern bescheidener „soziologischer Verein“ gegeben hat, zugleich in den Statuten offenkundig die sozialistische Tendenz zulage tritt, besonders die Förderung nach Vergeßlichmachung der Produktionsmittel.

Durch die Vereinigung der „Zukunft“ mit dem neuen Verein ist nun auch erstere in finanzieller Hinsicht sichergestellt. Der Leiter des Blattes, der mit nur ganz geringen Mitteln die Herausgabe unternommen hatte, darf einen erfreulichen Erfolg verzeichnen. Durch das Zusammenwirken von Zeitung und Verein wird nun wohl auch bald in Griechenland die Morgenröte eines besseren, menschenwürdigeren Tages anbrechen.

Zum Essener Wahlabkommen

schreibt die „Freie Presse“ zu Oberfeld: „Wir halten einen einfachen Vergleich des Essener Vorgangs mit den Vorgängen bei der Landtagswahl nicht angehängt, und noch viel weniger den Vergleich mit den „Streikern der Bayern und Badenens“. Bei letzteren handelt es sich um ein systematisches Bemühen, für die gesamte Partei eine andere Taktik einzuführen, eine Taktik, die ein Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien zur Regel machte und uns in Abhängigkeit von den bürgerlichen Parteien brachte. Hinsichtlich des Essener Abkommens hat der „Vorwärts“ recht, es ist ein einzelner, aus ganz besonderen Umständen heraus geborener Fall, der die bisherige prinzipielle Haltung unserer Essener Genossen — der sind wir sicher — nicht im geringsten beeinträchtigen wird. Irreführend ist auch die Auffassung, unsere Essener Genossen hätten sich bei dem Abkommen von Gefühl und Empfindungen leiten lassen, und der Wunsch, ein Mandat zu bekommen, sei ausschlaggebend gewesen. Die Essener „Arbeiterztg.“ weist diesen Einwurf zurück, und soweit wir die Verhältnisse kennen, mit Recht.“

Erklärt man sich freilich prinzipiell gegen jedes Abkommen mit einer bürgerlichen Partei, wie es jetzt unser Dortmunder Arbeiterblatt tut, so ist das ein Standpunkt, dem wir, besonders für unsere westlichen Industriebezirke, gewiß alle Gerechtigkeit widerfahren lassen, aber schließlich gibt es auch im politischen Kampfe keine Regel ohne Ausnahme.

Indes — die etwaigen politischen Konsequenzen des Essener Stichwahlabkommens werden abzuwarten sein. Nicht etwa, daß wir eine moralische Einbuße der Partei davon befürchteten; dieses Moment haben wir auch bei unserer Stellungnahme zur Landtagswahl kaum herangezogen, sondern wir haben immer die politische und wirtschaftliche Entwicklung im Auge gehabt. Wir haben davon abgeraten, eine Partei zu unterstützen, die ein Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung ist und in politischer Hinsicht die Deutsche zum Prinzip erhoben hat. Was wir bei dem Essener Wahlabkommen abzuwarten haben, das sind die etwaigen Folgen bei späteren politischen Wahlen. Die nationalliberalen Großindustriellen, die dem Stichwahlabkommen zustimmten, hatten dabei sicherlich nicht nur die isolierten Essener Verhältnisse im Auge. Die Nationalliberalen des Ruhrgebietes haben oft genug darüber gesagt, daß das Zentrum bei den Reichstagswahlen nicht zu einem auf frischer Gegenseitigkeit beruhenden Abkommen zu haben gewesen sei; es gebe von dem Standpunkt aus, daß bei Stichwahlen zwischen Zentrum und Sozialdemokraten die Nationalen ganz selbstverständlich den Sieg des Zentrums sichern könnten, ohne daß diesen das Zentrum dafür Gegenleistung zu gewähren brauche. In einer weniger bedeutenden Wahl — das ginge aus den Ausführungen der „Rein-Weiß-Zeitung“ hervor — wollten die Essener nationalliberalen Großindustriellen dem Zentrum zeigen, daß sie auch anders könnten; kurz sie wollten eine Prestige auf das Zentrum ausüben, damit bei zukünftigen politischen Wahlen im Industriebezirk ein auf gegenseitiger Verpflichtung beruhendes Stichwahlabkommen zwischen Nationalen und Zentrum zustande komme. Wir wollen hier keine Verwahrungen darüber anstellen, ob ein solches nationalliberal-ultramontanes Bündnis unferer Partei von Vorteil oder nachteilig sein könne — letzteres auf die Dauer sicherlich nicht — sondern nur die einfache Tatsache konstatieren.

Die Essener Zentrumspresse hat nun gerade auch darüber Wuttränen vergossen, daß die Nationalen durch ihr formelles Wahlabkommen mit den Worten den nichtsozialdemokratischen Wählern die Erkenntnis beigebracht, daß man auch einen Sozialdemokraten wählen könne, ohne deshalb ein „Feind des Vaterlandes“ zu sein. Was muß wissen, daß das Essener Zentrum bei Wahlen, besonders wenn es in Stichwahl mit unserer Partei steht, genau so wie die Nationalliberalen den nationalen Wähler unter die Wähler legt. Wie das Zentrum des Westens selbst niemals zugibt, daß ein Zentrumsmann einen Sozialdemokraten wählen dürfe, um dem „bösen Beispiel“ zu wehren, so verlangt es dasselbe von den Nationalliberalen. Nun haben die Essener Liberalen diesen Grundsat durchbrochen und das Zentrum befürchtet, daß dies sogar auf seine eigenen Wähler nicht ohne Einfluß bleiben könne, da es unter diesen genug gibt, die nicht an das ableistigmachende Zentrum glauben wollen. Von diesen Gesichtspunkten aus betrachtet, könnte also das Essener Stichwahlabkommen eher das Gegenteil als eine moralische Einbuße für unsere Partei bedeuten. Darous ergibt sich aber auch, ganz abgesehen von allem anderen, daß unsere Essener Genossen sich daran getan haben, als sie sich nicht auf leere Versprechungen einließen, sondern auf ein formelles Abkommen drängten.

Nach alledem besteht also in der Tat keinerlei Ursache, sich über das Essener Stichwahlabkommen aufzuregen, und wir können die weitere Entwicklung der Dinge ruhig abwarten.“

Im Befinden des Genossen haben ist bereits eine leichte Besserung eingetreten. Es handelt sich nicht um eine Herzaffektion, sondern um eine Herzaffektion. Gleichwohl wird sich Genosse Raden längere Zeit von den Arbeiten des Reichstages fernhalten müssen.

Ausländische Parteiliteratur.

Arbeiter-Kalender 1900. Unter diesem Titel hat die norwegische Sozialdemokratie ein Buch herausgegeben, das eine Hilfe von allgemein und besonders für die kämpfende Arbeiterklasse unentbehrlichen Aufklärungen enthält. Es ist redigiert von dem Genossen Desterholt und fast 200 Seiten stark. Es enthält neben vielem anderen Artikel über die internationale Arbeiterbewegung, über die politische und gewerkschaftliche Bewegung in Norwegen, die wichtigsten politischen Ereignisse, die Gesetzgebung des Landes, die Ergebnisse der Stortings- und der Gemeindevahlen, das Zoll- und Steuerwesen, die Alkoholfrage usw. Das Buch ist unter anderem mit einem Bildnis Karl Marx' geschmückt, sowie mit einem Gruppenbild der seit den Wahlen von 1900 11 Köpfe starken Stortingsfraktion. Die Uebersichten über die Wahlergebnisse, die Organisationen und die Parteipresse zeugen von dem hohen Stand und

der starken Entwicklung der norwegischen Arbeiterbewegung, die ihre Kräfte bei der vorwiegend demokratischen Verfassung des Landes ja ziemlich frei und ungehindert entfalten kann. Nach den Gemeindevahlen von 1907 hat die Sozialdemokratie in den ländlichen Gemeinderäten nicht weniger als 578 Vertreter, in den Städten 295, also im ganzen 873 Gemeindevorteilhaber der Partei. Die sozialdemokratische Parteipresse zählt 15 Organe, von denen 5 täglich erscheinen. Seit dem Jahre 1905 erscheint unter dem Titel „Høvet“ auch ein sozialistisches Blickblatt in einer Auflage von 8000 Exemplaren. Das Hauptorgan der Partei „Socialdemokraten“ erscheint jetzt in 12 500 Exemplaren; die zweitgrößte Auflage hat „Arbeider“ in Bergen, nämlich 8300 Exemplare, dann folgt „Ny Tid“ in Trondhjem mit 6000. — Der norwegische „Arbeiterkalender“ hat schon so starken Absatz gefunden, daß bereits die dritte Auflage gedruckt werden mußte.

Arbejderens Almanak 1909. Die dänische Sozialdemokratie hat für dieses Jahr zum erstenmal einen Arbeiter-Almanak herausgegeben, der redigiert von den Genossen Gustav Bang, C. E. Jensen und E. Marott, vorzüglich ausgestattet im Schildenslagens Verlag erschienen ist. Als Titelbild tritt ein wohlgeklungenes und in Farbendruck fein angeführtes Porträt des Folketingsabgeordneten Hørdum, des ältesten Führers der sozialdemokratischen Partei Dänemarks entgegen. Auch sonst ist das Buch reich an guten Illustrationen, an Arbeiter- und Arbeiterinnen, an Bildern aus dem Arbeiter- und Volksleben, wie aus der Arbeiterbewegung. Ebenso große Sorgfalt ist auf den Reichtum verwandt. Ein Artikel von Gustav Bang gibt Aufklärung über die Frage, was der Sozialismus ist; durch Erzählungen von anerkannten Verfassern wie Jørgen Kajser und Edw. Gegeberg ist für guten und anregenden Unterhaltungseffekt gesorgt. Ein Artikel von George Ulfen schildert den Kampf ums tägliche Brot, den die Arbeiter einer Schiffswerft — die Herren des Eisens, die Herren des Goldes — zu führen haben. Daneben enthält der Almanak eine Reihe anderer lehrreicher Aufsätze. Auch fehlt es selbstverständlich nicht an statistischen Aufstellungen über die Verhältnisse des Landes, wie über die Arbeiterbewegung, ihre Fortschritte und Erfolge. Die dänische Sozialdemokratie steht bekanntlich mit ihren 24 Parteiführern und 78 812 Wählern als die zweitstärkste Partei Dänemarks da. In den zentralisierten Gewerkschaften sind 90 806 Arbeiter und Arbeiterinnen vereinigt, wozu noch 20 658 kommen, die außerhalb des Verbandes der Gewerkschaften organisiert sind. Die Parteipresse zählt 15 Organe, abgesehen von den verschiedenen und zahlreichen besonderen Ortsorganen der Provinzialblätter. Das Hauptorgan „Socialdemokraten“ hat jetzt über 56 000 Abonnenten und Käufer und auch die sozialdemokratische Provinzialpresse erscheint insgesamt in mehr als 56 000 Exemplaren. In einem Lande mit nicht viel mehr als 2 1/2 Millionen Einwohnern, von denen immer noch 1 1/2 Millionen auf dem Lande wohnen, zeugt eine derartige Verbreitung der Parteipresse von einer außerordentlich starken Entwicklung und Verbreitung der Sozialdemokratie.

Von der schweizerischen Parteipresse. Die „Volkswacht“ in Zürich hat sich in den letzten Jahren so gut entwickelt, daß die sozialdemokratische Prekursion die beiden Häuser, in denen das Blatt gegenwärtig seinen Sitz hat, um den Preis von über 300 000 Franken käuflich erworben hat. Der Erwerb der Druckerei, die noch im Privatbesitz ist, wird vorbereitet.

Soziales.

Frei von sozialpolitischer Ueberschwenglichkeit.

„Unsere Zeit ist in ihrer sozialpolitischen Ueberschwenglichkeit leider etwas wehleidig, wenn es sich um die angeblich wirtschaftlich Schwachen handelt.“ Also zu lesen in dem soeben erschienenen Jahresbericht der Handelskammer zu Hannover für 1908, die als eine echte und rechte Vertreterin der Unternehmerinteressen über eine derartige Wehleidigkeit erhaben, deren Urteil frei ist von sozialpolitischer Ueberschwenglichkeit, die in dem Arbeiter weniger den Menschen, als vielmehr den Schmälerer ihres Unternehmerprofites sieht. Ihr, der Vertreterin der Satten, ist Mittel fremd. Den wirtschaftlich Schwachen, ja selbst den Schwächsten unter diesen, den Arbeitslosen, gegenüber nimmt sie den einseitigen, herzlosen Unternehmerstandpunkt ein. Daß Arbeitslosigkeit vorhanden, kann sie nicht leugnen, aber daran sind ja zumeist — die Arbeiter selbst schuld. Mit wahrhaft verblüffender Ungenauigkeit heißt es in dem Berichte: „Daß in den von der jüngsten Krisis am meisten betroffenen Gewerbezweigen die Lage des Arbeitsmarktes sich verschlechtert hat, kann nicht geleugnet werden; unstatthaft jedoch erscheint es, von einer allg. e. m. e. n. e. n. großen Arbeitslosigkeit zu sprechen, wie das vielfach, nicht zuletzt zu agitatorischen Zwecken, neuerdings geschieht ist.“

Viele sind arbeitslos. Tausende arbeiten nur halbe oder 2/3 Tage oder legen einen, ja auch mehrere Tage in der Woche die Arbeit aus. Bagatelle für die Handelskammer! Von „großer Arbeitslosigkeit“ kann nach ihr nur zu „agitatorischen Zwecken“ geredet werden. Möchten doch diese „Heger“ an der Handelskammer sich ein leuchtendes Beispiel nehmen, die an anderer Stelle, getreu ihrer Aufgabe, ausführt: „Natürlicherweise hat der Rückschlag der Industrie auch auf den Handel eingewirkt, der sich vielerorts zur Ersparung von Arbeitskräften gezwungen sah. Es sollte dieses eine Mahnung an die Wortführer der Gewerksverbände sein, ihre Forderungen in sozialpolitischer Hinsicht nicht über Gebühr hochzuschrauben.“ Um der Arbeitslosigkeit zu begegnen, sollen sich die Handlungsgesellschaften durch nationalökonomische Weisheit!

Uebrigens haben die Arbeitslosen ihr betrübendes Los selber verschuldet:

„Es darf übrigens nicht außer acht gelassen werden, daß unter den Arbeitslosen zahlreiche Arbeitslose und auch nicht wenige solche sich befinden, die durch eigene Schuld ihre Stellung oder Arbeitsgelegenheit verloren haben. Ist also mit der bedauerlichen Tatsache eines relativen Arbeitsmangels zu rechnen, so hat dieser doch durchaus nichts Kränkliches an sich und bietet keinen Anlaß, das Volk — wie im letzten Grade natürlich die Industrie! — mit neuen, so hohen Ausgaben zu belasten, wie sie die von einigen Seiten gewünschte Arbeitslosenversicherung zur Folge haben müßte, die — übrigens ebenso wie die jetzt die öffentliche Erörterung beherrschende Privatbankrottversicherung — in ihren Grundlagen wie in ihren Ergebnissen durchaus noch unerforscht ist und von höchst zweifelhaftem praktischen Werte sein dürfte.“

Wer hätte ein solches Maß von Unwissenheit bei der berufenen Vertreterin der Unternehmerinteressen für möglich gehalten? Sollte die Handelskammer zu Hannover wirklich nicht wissen, daß es für den Grad der Arbeitslosigkeit ganz gleichgültig ist, ob der eine oder der andere Arbeitslose ein Arbeitgeber oder durch eigene Schuld seine Arbeitsgelegenheit verloren hat? Daß der Arbeitsmangel für die Handelskammer nichts „Kränkliches“ an sich hat, glauben wir ihr gern — je größer die Zahl der Arbeitslosen, desto erwünschter für den einen „sozialpolitischen Ueberschwenglichkeit“ lebenden Unternehmer — ebenso, daß ihr eine Arbeitslosenversicherung durchaus zuwider ist.

Aber nicht nur die Einführung der Arbeitslosenversicherung — jedweder Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung ist ihr verhaßt. Sie läuft gleich der Hamburger und anderer Handelskammern, sowie einigen Schachmachernorganen Sturm gegen die Sozialpolitik: „Unsere Unternehmer haben bisher alle ihnen auf diesem Gebiete zugemuteten Lasten willig getragen; jedoch müssen schließlich die in unablässiger Folge geforderten und erlassenen Gesetze sozialpolitischer Art auch einmal auf einige Zeit ein Ende haben. Es darf nicht vergessen

werden, daß die hohe soziale Belastung der Industrie auch unsere industriellen Erzeugnisse trifft und bei ihrer Preiskalkulation wesentlich in die Wagtschale fällt, so daß es für sie immer schwerer wird, sich auf dem Weltmarkt zu behaupten. Ein vorsichtiges Abwägen in der Zumutung sozialer Lasten tut im Augenblicke noch um so mehr not, als durch die geplanten neuen Steuern der Produktion wieder außerordentlich große Opfer zugemutet werden.“

Wesentlich ist es nicht wahr, daß der Unternehmer die sozialpolitischen Lasten trägt, daß die geringen sozialpolitischen Lasten von den Unternehmern willig getragen werden, daß durch diese Lasten der Wettbewerb auf dem Weltmarkt beeinträchtigt wird, und daß die geplanten neuen Steuern der Produktion wieder große Opfer zugemutet werden. Die sozialpolitischen Lasten haben den Hiesigen ausschließlicher Industrie nicht geteilt, und die neuen Steuern sollen ausgesprochenemmaßen den Konsumenten aufgebürdet werden. Spricht sich doch der Bericht der Handelskammer selbst dafür aus, daß „jede Steuer von den Produzenten auf ihre Abnehmer abgewälzt werden müsse.“ Daß die über alle Wehleidigkeit erhabene Vertreterin der Unternehmerinteressen in der Zulassung ausländischer Polen das geeignetste Mittel erblickt, um in einer Zeit des „relativen Arbeitsmangels“ dem Arbeitermangel abzuhelfen, der angeblich in einzelnen Industrien bestehen soll, darf weiter nicht wundernehmen. Denn „die Leute waren durchschmittlich so leistungsfähig wie die deutschen Arbeiter, in ihren Forderungen jedoch maßvoller“. Und das ist für einen echten und rechten Kapitalisten die Hauptsache. Obgleich es einem neuen Aufschwunge unseres Wirtschaftslebens die Voraussetzungen gegeben, sind nach Ansicht der Handelskammer die Anzeichen einer Reulebung zurzeit noch recht dürftig. Indessen hofft sie, „daß die dunklen Wolken, die im verflochtenen Jahre dauernd über dem wirtschaftlichen und politischen Leben Deutschlands gelastet haben, sich nach der gegen Jahresabschluss eingetretenen Klärung unserer innerpolitischen Verhältnisse auflösen und verschwinden!“ — Ein schwacher Trost für die Opfer der Krise!

Zum Kommunalbeamtengezet.

Für Kommunalbeamte von großem Interesse ist ein Pensionsstreit, den der Vollziehungsbeamte a. D. Schmidt in Hagen gegen die Stadtgemeinde Gevelsberg führte. Schmidt war früher bei der königlichen Steuerkasse, wurde Vollziehungsbeamter des Amtes Ennepe, zu dem damals Gevelsberg gehörte, und wurde von der Stadt Gevelsberg nach Auflösung des Amtesverbandes als Vollziehungsbeamter weiter beschäftigt. Im ganzen hat er eine vierzigjährige Dienstzeit hinter sich. Im Jahre 1889 wurden von den städtischen Behörden Beschlüsse gefaßt, wonach von seinem wesentlichen aus Gehältern bestehenden Einkommen nur bis 1800 M. als pensionsfähiges Gehalt gelten sollten. Er nahm damals lediglich davon Kenntnis. Nachdem er in den Ruhestand getreten war, verlangte er jedoch im Verwaltungsstreitverfahren, daß sein wirkliches Einkommen bei Berechnung der Pension berücksichtigt werde.

Das Oberverwaltungsgericht in Berlin entschied am 8. Januar dahin, daß bei Festsetzung des pensionsfähigen Betrags als Gehalt 3739 M. anzusetzen seien. Es wurde angeführt: Die Entscheidung hänge von der Bestimmung des § 12 des Kommunalbeamtengezetes von 1899 ab, daß bei eintretender Dienstunfähigkeit, sofern nichts anderes verabredet sei, nach den Grundsätzen des Gezetes für die Pensionierung der Staatsbeamten zu verfahren wäre. Die Vorfrage wäre deshalb, ob eine Sonderabrede im Sinne des § 12 des Kommunalbeamtengezetes in jener Beschlußfassung der städtischen Körperschaften der Stadt Gevelsberg vom Jahre 1889 und ihrer Kenntnisnahme durch den Kläger zu finden sei. Damals sei von den städtischen Behörden festgelegt worden, welcher Teil der Bezüge des Beamten als pensionsfähiges Gehalt angesehen werden sollte. Die städtischen Behörden seien nun offenbar davon ausgegangen, daß sie besaßen seien, eigenmächtig solche Festsetzung zu treffen. Jedenfalls sei nicht anzunehmen, daß man durch die Beschlüsse den Beamten die Offerte zu einer Vereinbarung habe machen wollen. Er habe es auch nicht als Offerte betrachtet, sondern es nur über sich ergehen lassen. Daß eine städtische Vereinbarung zustande gekommen wäre, sei darum nicht anzunehmen. Somit lämen die Grundzüge des Gezetes über die Pensionierung der Staatsbeamten in Betracht. Es frage sich nun, ob und wann Kläger von der Gemeinde angeheißt sei. Das Verhältnis zum Amtsbezirk Ennepe sei auf die Stadtgemeinde nicht ohne weiteres übergegangen. Aber nachdem der Amtsbezirk aufgelöst gemessen ist, sei Kläger selber als städtischer Beamter angesehen worden. Es seien ihm Aufträge erteilt worden, wie sie nur einem städtischen Beamten erteilt werden können, da es sich bei der Einziehung von Steuern um die Ausübung eines Hoheitsrechtes handele. Bei der Anstellung sei nun nicht gesagt worden, daß ein Teil des Einkommens etwa nur als Aufwendung und nicht als Gehalt gelten sollte. Später (1890) hätte, wie schon angeführt, eine Erwähnung in pensionsfähiges Gehalt und andere Bezüge nicht einseitig seitens der städtischen Behörden erfolgen dürfen. Also wäre hier § 10 des Gezetes über die Pensionierung der Staatsbeamten maßgebend, daß bei schwankenden Dienstbezügen der letzte dreijährige Durchschnitt als Jahresgehalt anzusetzen sei. Das wären hier 3739 M. Demgemäß war zu erkennen.

Berechtigte Vorkürzung.

Der Schneider U. klagte gestern vor dem Gewerbegericht gegen den Inhaber eines Herren- und Knabenkonfektionsgeschäfts Albert Wachowski auf Zahlung einkündigen Lohnes von 4,50 M. Kläger war mit der Anfertigung von Jacketts beschäftigt und hat die in die Jacketts hineinzuarbeitenden Rohhaarenlagen manches Mal für sich verbraucht. Er ist daher dem Amtsgericht wegen Unterschlagung zu 10 M. Geldstrafe verurteilt worden. Die gegen das Urteil eingelegte Verurteilung hat das Landgericht zurückgewiesen.

Der Bericht unter Vorsitz des Magistratsrats Dr. Leo wies den Kläger mit der erhabenen Klage mit folgender Begründung ab: Es sei trotzflusser Grundlag, daß die rechtfertigend gewordene Entscheidung des Strafgerichts dem Urteil des Gewerbegerichts zugrunde gelegt wird. Nach dieser Entscheidung stehe fest, daß Kläger die Rohhaarenlagen entwendet und für sich verbraucht habe. Ferner sei aber auch durch sachverständiges Gutachten der Gewerbegerichtsbeisitzer festgestellt, daß die hergestellten Jacketts ohne die Rohhaarenlagen einen bedeutenden Minderwert haben als die 4,50 M., und daß die an den Jacketts geleistete Arbeit mit dem bereits dafür gezahlten Lohn genügend bezahlt sei.

Der erste im Urteil geltend gemachte Grund ist mit § 894 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, der Lohnabzüge ausnahmslos verbietet, soweit es sich um einen 1600 M. nicht übersteigenden Jahresdienst handelt, unzutreffend; anders steht es mit dem zweiten Grunde, der Vorkürzung wegen vereinbarter, aber nicht geleisteter Arbeit anspricht.

Aus Industrie und Handel.

Ein wenig rühmliches Urteil.

Der vor kurzem erwähnte Bericht des Oberreichsgerichtlichen Generalkonsulats zu Berlin äußert sich wiederum wie im Vorjahre über die deutschen Wirtschaftsverhältnisse, wenngleich nicht mehr so debiliert und prägnant wie damals, wo diese Versicherungen im In- und Auslande berechtigtes Aufsehen erregten, so daß es fast scheint, als hätte der Berichterstatter von seiner Regierung auf Wunsch der preussischen einen guten Wink erhalten, auf daß er sich in seiner Beurteilung der Erscheinungen des deutschen Wirtschaftslebens etwas Bescheid anferlege. Immerhin sind auch die diesmaligen kritischen Glossen zur deutschen Wirtschaftspolitik bemerkenswert.

Vor allem wird die besenklächte Ursache für die eingetretene Abschwächung der Konjunktur in der ganz außerordentlichen Anspannung des Geldmarktes erblickt. In der zu einem großen Teil auf Kredit gegründeten Wirtschaftsverfassung Deutschlands mußte ein anhaltend abnorm hoher Zinssatz für Weltkapital verheerend wirken. Natürlich kommen auch andere Faktoren in Betracht. Das normale Verhältnis zwischen dem Einkommen der Bevölkerung und den Warenpreisen wurde gestört, und da eine eigentliche Ueberproduktion nicht wahrzunehmen war, muß die Ursache der Störung in der Ueberspekulation und in der Preispolitik gesucht werden. Die seit Jahren sich vollziehende und nicht auf Deutschland sich beschränkende Erhöhung des Niveaus aller Preise, insbesondere der Lebensmittelpreise, hatte schließlich doch die Kaufkraft der Bevölkerung geschwächt. Freilich — ohne diese „unberechenbar nachteilige Einwirkung“ der starken Preissteigerung fast aller agrarischen Erzeugnisse wäre wieder die Kaufkraft der Landwirtschaft in Frage gekommen. . . . Auf die verringerte Kaufkraft wird auch zum Teil die verminderte Einfuhr zurückgeführt.

Das wichtigste ist allerdings die Ausfuhr, die von 1906 auf 1907 nach den Tarifstaaten (Oesterreich-Ungarn, Rußland, die Schweiz, Belgien, Italien, Schweden, Rumänien, Serbien) um 28, nach den vertragslosen Staaten (Brasilien, China, Portugal, Kanada usw.) um 29 und nach den Reichbegünstigungsländern (Großbritannien, die Vereinigten Staaten, Frankreich, die Niederlande, Dänemark, Argentinien, Britisch-Indien, Japan) um 14 Proz. gestiegen ist. Die Wirkung des neuen Zolltarifs und der neuen Handelsverträge läßt sich daraus natürlich nicht erkennen, da ja auf die Weltkonjunktur noch andere Momente von Einfluß waren. Aber der Berichterstatter konstatiert, daß sich die Stimmen, welche die Störung des Exportes der seit März 1908 inaugurierten Handelspolitik zuschreiben, vermehren. Hingegen seien Handel und Industrie darin einig, daß die Steigerung der Getreidepreise durch die Zollhöhung verschuldet und nur durch die vorangegangene starke Voreinfuhr sowie durch die gute Ernte des Jahres 1906 zurückgehalten wurde. Immerhin sind die erhöhten Zölle deutlich genug in der Wertlage des deutschen Brot- und Futtermittels zum Ausdruck gelangt, und das Jahr 1907 fand, was Nahrungsmittel anbelangt, im Zeichen der verfallenden Hochkonjunktur und der Verzerrung. Trotz der Zölle war die Einfuhr von Lebensmitteln eine starke, da Deutschland selbst bei äußerst reichlichem Ernteausfall nicht imstande ist, den Konsum zu decken, eine Tatsache, die deshalb nicht an innerer Wahrheit verliert, weil sie von den Anariern bestritten wird. Daß das System der Exporttarife (der Vergütung der fremden Zölle bei der Einfuhr ohne Identitätsnachweis!) die agrarische Preispolitik nur begünstigt hat, versteht sich von selbst; auch der allgemeine Ernteausfall in Europa, welcher quantitativ nur mäßig (das Mindereergebnis gegenüber dem Vorjahre wird auf 1/2 Million Tonnen geschätzt), qualitativ wenig befriedigte, trug nur dazu bei, den Fiskus der Agrarier zu fördern. „So kann man denn, von den unermesslichen Schwankungen abgesehen, vom Beginn des Jahres bis zum Oktober einen scharf steigenden Preisgang wahrnehmen.“

Das gleiche gilt hinsichtlich der Viehpreise. Es fehlte ein gutem Schafwolle. Die infolge der guten Futterernten in den vorhergehenden Jahren wesentlich vergrößerten Viehbestände haben sich, soweit es sich um Niederländer handelt, immer noch nicht als ausreichend genug erwiesen, um den Bedarf an Schafwolle für Deutschland in ausgiebigem Maße zu decken. Auch diese Konstantierung von neuerer Seite wird den agrarischen Wucherern möhnig in die Ohren klingen. Aber an der Sachlage freilich wird durch die Ablehnungsversuche nichts geändert. Die ersten Monate des Jahres 1908 haben übrigens wieder eine Erhöhung der Hinderfischungen gebracht, was mit der ungenügenden Futterernte in Zusammenhang gebracht wird. „Es verdient sich deshalb eine weitere Ausdehnung der Viehwirtschaft von selbst, und die außerordentlich großen Kälberfischungen, die anfangs 1908 zu verzeichnen waren, liefern den Beweis, daß die Großviehhaltung in Deutschland ihre außerstren Grenzen und einen Stand erreicht hat, der überhaupt nur bei günstigen Futterernten zu halten ist.“ Uebrigens:

„Die letzte Viehhaltung betriebe, daß sich die Viehbestände keineswegs im Verhältnis zu dem Bevölkerungszuwachs vermehrt hätten, und auf diesen Umstand ist wohl auch die Verzerrung zurückzuführen, die im Berichtsjahre für einzelne Viehgattungen herrschte.“ Und angesichts dieser Sachlage wagt man es, ein neues Viehseuchengezet zu verlangen, das die Zufuhr ausländischer Viehs noch mehr erschweren soll, als dies heute schon der Fall ist! Was schon die Zollschranken überfließen möchte, will man durch die Veterinärpflichten verschärfen. O, es sind ausgeplottet Wehklagen, unsere Junker!

Im Jahre 1907 ist die Einfuhr von Rindvieh beträchtlich stärker zurückgegangen als 1906, und auch der Import aller Fleischgattungen ohne Ausnahme zeigt gleichfalls eine ganz auffallende Abnahme (um 66 Proz.). Also: relatives Sinken des Viehpreises, Rückgang der Einfuhr und hohe Zollsätze — das ist eine Bilanz.

400 Arbeiter beschäftigungslos.

Die Glasfabrik in Pilsen der Konian- und Industriewerke vormals J. C. Starz, stellt auf Befehl des Glasartzeils am 1. Februar den Betrieb ein. Durch diese BetriebsEinstellung, die 6 Monate andauern wird, werden 400 Arbeiter beschäftigungslos.

Elektrikbau. In Köln wurde am Montag die Teubandbank für Elektrische Industrietechnikgesellschaft mit einem Aktienkapital von 25 Millionen Mark gegründet, worauf vorläufig 25 Proz. eingezahlt werden. Die Gründer sind Felten a. Guillaume Lameherwerk Aktiengesellschaft, die Kommerzienräte Theodor und Max von Guillaume, Louis Dagen, Geh. Justizrat Heitger, Freiherr Erwald von Alst, Charlottenburg. Die Felten a. Guillaume Lameherwerk übernehmen 24 996 000 M. Aktien, die übrigen Geldgeber je eine Aktie.

Gründungen im Jahre 1908.

Nach den Zusammenstellungen des „Ant. Volkswirt“ ist das Gesamtgründungsergebnis des Jahres 1908 folgendes: 143 Aktiengesellschaften mit 154 574 000 M. Nominalkapital, gegen 213 Gesellschaften mit 249 870 000 M. Kapital im Jahre 1907 und 213 Gesellschaften, die nominell 478 000 000 M. investierten, im Jahre 1908.

Lebensmittelpreise im November.

Die Feststellungen der „Statistischen Korrespondenz“ über wichtige Lebensmittelpreise an 23 verschiedenen Markorten ergeben für den Monat Dezember 1908 im Vergleich mit dem November für mehrere Artikel wiederum Steigerungen. Eine Zusammenstellung der Preise für November und Dezember 1908, sowie für den Durchschnitt 1900, ergibt dieses Bild. Es kostete in Mark:

		Nov. 1908	Dez. 1908	1900	im Dez. 1908
					geg. Durchschnitt 1900
					in Prozent
Eier	1 Schock	6,40	6,84	3,78	54,6
Ethario, in	1000 kg	55,80	57,20	50,7	12,8
Rindfleisch von der Keule per		1,07	1,26	1,26	14,7
vom Bauch		1,24	1,32	1,16	13,8
Schweinefleisch		1,56	1,57	1,52	19,0
Rohfleisch		1,62	1,59	1,28	19,0
Dammfleisch		1,56	1,53	1,20	17,7
Ber. Speck		1,70	1,71	1,52	12,5
Echütter		2,60	2,59	2,28	13,6
Schweinefett		1,69	1,72	1,56	10,2
Waggenmehl		0,53	0,55	0,50	10,0
Stegmehl		0,31	0,30	0,20	10,1

Im Dezember fanden demnach die Preise für alle Artikel ganz bedeutend höher als nach dem Durchschnitt des Jahres 1900. Besonders für Eier ist der Preis enorm in die Höhe gegangen, wenn auch der Jahresdurchschnitt hinter den Winterpreisen zurückbleibt.

Am Mittwoch findet für Berlin und Vororte der Jahlabend statt.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis (Friedrichstadt, Abteilung III). Am Mittwoch referiert bei Julius Meyer, Oranienstr. 103, Genossin Wurm über: „Die Entstehung der Arbeiterklasse.“

Steglich. Morgen in allen Jahlabenden: Berichte und Neuwahlen der Bezirksführer.

Groß-Lichterfelde. Laut Beschluß der Generalversammlung des Wahlvereins finden die Vereinsversammlungen jetzt allmonatlich am letzten Dienstag statt, abwechselnd im „Kaiserhof“ und im „Waldendorfs-Gesellschaftshaus“.

Die Parteigenossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Gemeindegewählerlisten vom 15.—30. Januar, während der Bureaustunden (9—3 Uhr), auf dem Rathaus zur Einsicht ausliegen. Wenn auch die regelmäßigen Erwahlerlisten in diesem Jahre nicht stattfinden, so ist doch die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß infolge eintretender Vorkommnisse Neuwahlen zur Gemeindevertretung stattfinden müssen.

Und wer dann nicht in der Liste steht, geht seines Wahlrechts verlustig.

Auch diejenigen, die zurzeit mit ihren Gemeindeabgaben im Rückstande sind, müssen in die Wählerliste aufgenommen werden.

Sollte dies verweigert werden, ist sofort beim Gemeindevorsteher Einspruch gegen die Richtigkeit der Wählerliste zu erheben und die Eintragung zu verweigern.

Es wird dringend ersucht, in allen diesen und ähnlichen Fällen dem Unterzeichneten sofort Mitteilung zu machen.

Der Vorstand. J. U.: K. Wenzel, Krumme Str. 2 I.

Mariensfeld. Der morgige Jahlabend findet im Lokal von Oberhammer, Berlinerstr. 114 statt. Der Vorstand.

Wilmersdorf-Hansensee. Am morgigen Jahlabend tagen der 1., 2. und 3. Bezirk gemeinsam im „Johann-Georg-Haus“, Johann-Georgstr. 19. Außerdem findet diesmal eine statistische Annahme über die gewerkschaftliche Organisationszugehörigkeit und über die Zahl der „Vorwärts“-Leser statt. Die Genossen wollen daher ihre Mitgliedsbücher der gewerkschaftlichen Organisation, sowie die „Vorwärts“-Lektüre mitbringen. Der Vorstand.

Schmargendorf. Am Mittwoch, den 13. Januar, abends 8 1/2 Uhr findet im „Lindenbaum“ der Jahlabend statt. Eine genaue Regelung der Lokalfrage erfolgt erst in der nächsten Generalversammlung am 26. Januar. Der Vorstand.

Hohen-Neuendorf und Stolpe a. d. Nordbahn. Der Jahlabend findet am Mittwoch, den 13. d. M., abends 8 1/2 Uhr im Lokal von P. Schmidt, Ruhwaldstraße 45 statt.

Nieder-Schönweide. Der Jahlabend findet am Mittwoch, den 13. d. M., abends 8 Uhr, statt, und zwar in folgenden Lokalen: 1. Bezirk beim Genossen Stahlberg, Kölnische Straße 64; 2. Bezirk beim Genossen Hiescher, Berliner und Fennstraße-Ecke; 3. Bezirk beim Genossen Otto Neumann, Oranienstraße 5. Außer einer wichtigen Besprechung werden an diesem Jahlabend die Bezirksführer und deren Stellvertreter neugewählt. Der Vorstand.

Stralau. Der am Mittwoch, den 13. d. M. fällige Jahlabend fällt aus, dafür findet im Lokal von Lohse, Alt-Stralau 5 die Fortsetzung der Generalversammlung statt. Mitgliederbeiträge werden daselbst entgegen genommen. Der Vorstand.

Schwand. Am Mittwoch findet der Jahlabend statt. Unter anderem erfolgt auch die Abrechnung von der Weihnachtsfeier. Die Bezirksleitung.

Wagnsdorf (Kreis Teltow). Am Mittwoch, den 13. Januar, abends 8 1/2 Uhr findet im Restaurant „Falkenruh“ die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. 2. Neuwahl des Vorstandes und der Funktionäre. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Der Vorstand.

Pankow. Mittwochabend 7 Uhr Flugblattverbreiten. Das Material wird in den Jahlabendlokalen geliefert. Im Anschluß Jahlabend. Der Vorstand.

Reinickendorf (West). Am Mittwoch, den 13. d. M. findet bei Dinkel, Eichhornstraße 18 ein kombinierter Jahlabend statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Ohl: Grundzüge und Forderungen der Sozialdemokratie. 2. Statutenberatung. 3. Verschiedenes. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

An die Parteigenossen Berlins und der Mark Brandenburg.

Die neue Lokalliste liegt der heutigen Nummer des „Vorwärts“ bei und empfehlen wir dieselbe wiederum der Arbeiterschaft dringend zur Beachtung. Jeder Arbeiter muß sich stets vor Augen führen, daß für eine fruchtbringende Agitations- und Organisationsarbeit der Besitz freier Lokale die erste Vorbedingung ist. Um in unserem Lokalkampfe immer mehr Erfolge zu erzielen, ist es notwendig, den Lokalkampf, unsere wirksame Waffe, überall mit aller Schärfe durchzuführen. Alle Veranstaltungen der Vereine sind stets daraufhin zu kontrollieren, ob dieselben in einem der Arbeiterschaft auch zu Versammlungen zur Verfügung stehenden Lokale stattfinden; gerade dies bitten wir ganz besonders zu beachten. Es gibt keine Ortschaft, die bei einer nennenswerten Arbeiterbevölkerung nicht auch eine ganze Anzahl der verschiedensten Vereine aufzuweisen hat, die sich wiederum in ihrer Mehrheit naturgemäß aus Arbeitern zusammensetzen. Hier gilt es, fortwährend agitatorisch auf diese Vereine dahingehend einzuwirken, daß dieselben zu ihren Veranstaltungen nur freie Lokale benutzen, oder aber die Benutzung eines Lokales davon abhängig machen, daß der betreffende Verein seine Räume auch zu politischen und gewerkschaftlichen Versammlungen hergibt. Alle Villetts zu Veranstaltungen in gesperrten Lokalen sind stets entschieden zurückzuweisen.

An die Arbeitervereine der größeren Städte richten wir wiederum die Aufforderung, sich bei ihren Ausflügen und Partien streng nach der Lokalliste zu richten, um dadurch unsere Genossen in den Provinzorten in ihrem äußerst schwierigen und opferreichen Lokalkampfe wirksam zu unterstützen. Jeder muß dessen eingedenk sein, daß der Kampf um die Erringung von Versammlungsräumen ein Kampf um das Versammlungsrecht ist; wo es Säle zu Versammlungen zur Verfügung stehen, dort können wir unser Versammlungsrecht erst wirklich ausüben. Deshalb:

Beachtet die Lokalliste!

Des weiteren ersuchen wir die Vorstände und Komitees, bei allen ihren Veranstaltungen dafür zu sorgen, daß das notwendige Bedienungspersonal stets vom kostenlosen Arbeitsnachweis des Ver-

bandes deutscher Gastwirtschaftsgehilfen bezogen wird. (Ortsverwaltung Berlin, Gr. Hamburger Straße 18/19. Tel. Amt III 1813.)

Außerdem ist es im eigenen Interesse der Vereine selbst dringend notwendig, daß allen Verträgen mit Lokalinhabern eine Klausel angefügt wird, wonach für den Fall, daß das betreffende Lokal später für Arbeiterversammlungen verweigert werden sollte, der Vertrag keine Gültigkeit verliert.

Alle sonstigen Anfragen, Mitteilungen usw. sind stets durch die in der Lokalliste angegebenen Kommissionsmitglieder an den Obmann der Lokalkommission zu richten, soweit Lokale Berlins und der Kreise Nieder-Barnim, Teltow-Beeskow und Potsdam-Oranienburg in Frage kommen. Für die übrigen Provinzorte sind alle Anfragen direkt an den Obmann zu richten, in keinem Falle jedoch direkt an die Redaktion des „Vorwärts“; dies bitten wir zu beachten.

Zum Schluß ersuchen wir die Parteigenossen, die jeweilige Lokalliste stets bis zum Erscheinen der nächsten aufzubewahren, sowie von allen in der Zwischenzeit eintretenden etwaigen Änderungen Notiz zu nehmen. Für verloren gegangene Listen kann jederzeit Ersatz von allen Kommissionsmitgliedern bezogen werden. Die Lokalkommission.

Anmeldung zur Stammliste. Alle diejenigen jungen Männer, welche in einem der zum Deutschen Reich gehörigen Staaten heimathberechtigt sind

- 1. in dem Zeitraum vom 1. Januar bis einschließlich 31. Dezember 1889 geboren sind,
2. dieses Alter bereits überschritten, aber sich noch nicht bei einer Erziehungsbeförde zur Musterung gestellt,
3. sich zwar gestellt, aber ihr Militärverhältnis aber noch keine endgültige Entscheidung erhalten haben

und gegenwärtig innerhalb des Reichsgebietes hiesiger Residenz sich aufhalten, werden, soweit sie nicht von der persönlichen Bestimmung in diesem Jahre entbunden sind, auf Grund des § 25 der Deutschen Wehrordnung angewiesen:

sich behufs ihrer Aufnahme in die Rekrutierungsstammliste in der Zeit vom 15. Januar bis 1. Februar d. J. während der Stunden von vormittags 8 bis nachmittags 7 Uhr (Sonntags bis nachmittags 1 Uhr) im Geschäftsräume des für ihre Wohnung zuständigen Polizeireviere persönlich zu melden und ihre Geburts- oder Lösungsscheine und die etwaigen sonstigen Atteste, welche bereits ergangene Entscheidungen über ihr Militärverhältnis enthalten, mit zur Stelle zu bringen. Die Geburtszeugnisse werden von den Standesämtern aus-

gestellt. Für diejenigen hiesigen Militärpflichtigen, welche zur Zeit abwesend sind (auf der Reise begriffene Handlungsgehilfen, auf See befindliche Seeleute usw.), haben die Eltern, Vormünder, Lehrer, Erbt- und Fabrikherren die Anmeldung in der vorbestimmten Art zu bewirken.

Wer die vorgeschriebene Anmeldung veräumt, wird nach § 83 des Reichsmilitärgesetzes vom 2. Mai 1874 mit einer Geldstrafe bis zu 30 M. oder mit Haft bis zu drei Tagen bestraft. Reklamationen (Anträge auf Zurückstellung bezw. Befreiung von der Aushebung in Verhinderung bürgerlicher Verhältnisse — § 82 a—g der Deutschen Wehrordnung —) sind bezüglich aller Militärpflichtigen, auch der Einjährig-Freiwilligen, vor dem Musterungsgeschäft, spätestens aber im Musterungstermine anzubringen; nach der Musterung angebrachte Reklamationen werden nur dann berücksichtigt, wenn die Veranlassung zu denselben erst nach Beendigung des Musterungsgeschäfts entstanden ist.

Die vom Zentralverein für Arbeitsnachweis in der Linkstr. 11 begründete Abteilung für weibliches Hauspersonal hat jetzt das erste Jahr seiner Wirksamkeit vollendet. Es haben sich in dieser Zeit 5905 Hausfrauen und 2700 Dienstmädchen an den Arbeitsnachweis gemeldet. 2249 Stellen sind besetzt worden. Es handelt sich hier nur um festangestellte Dienstmädchen, nicht um Aushilfspersonal, das von einer besonderen Abteilung (Müderstraße 9) vermittelt wird.

In nicht gleich großem Umfange, aber doch auch recht lebhaft ist die ältere Abteilung für Hauspersonal in der Gormannstraße 13 benützt worden. Dort wurden im Jahre 1908 1852 Stellen besetzt gegen 1019 im Jahre 1907.

Um das Erziehungspersonal mehr als bisher in den Kreis der Vermittlungstätigkeit zu ziehen, wird das Bureau in der Linkstr. 11 von jetzt ab auch vormittags von 9 bis 12 Uhr geöffnet sein.

Dem Stadtrat Fischbeck scheint es der „Vorwärts“ angetan zu haben. Er hat sich mit seinem Vorkameraden und neugeborenen Stadtratskollegen Wiener in Verbindung gesetzt und gibt in der Sonntagsummer der Wienerischen „Freisinnigen Zeitung“ seinem Scherz Ausdruck. Grund hierzu gaben Herrn Fischbeck zwei Artikel, die dieser Tage im „Vorwärts“ erschienen sind. Der eine war überschrieben: „In Vodelschwings Spuren“, der sich mit einer Vorlage des Magistrats beschäftigte, nach der 50 000 M. gefordert wurden für Beschäftigung Obdachloser auf städtischen Mieselgütern, während sich der zweite mit einer Notiz der „Freisinnigen Zeitung“ über den Besuch und die Einrichtungen des Obdach befakte. In beiden Fällen haben wir uns die Unannehmlichkeiten des Herrn Fischbeck zu gezogen, der nun in der ihm eigenen Art sich an dem „Vorwärts“ zu reiben versucht. Bezüglich der 50 000 Mark-Vorlage hatten wir unseren Befürwortungen Ausdruck gegeben, die wir über die Beschäftigung und Behandlung der Obdachlosen auf den Mieselgütern hegten, und gemeint, daß die Stadtverordnetenversammlung diese Vorlage einer gründlichen Prüfung unterziehen möchte. Weil nun die Versammlung keine Ausschussberatung vorgenommen, sondern die Vorlage einstimmig angenommen habe, auch mit Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion, soll nun die Fraktion dem „Vorwärts“ eine Abgabe erteilt haben. Was Sie doch sagen, Herr Fischbeck! In Wirklichkeit sind von dem sozialdemokratischen Redner die auch von uns dargelegten wesentlichen Bedenken und Befürchtungen zum Ausdruck gebracht worden; es ist gesagt worden, daß die sozialdemokratische Fraktion der Vorlage nur zustimmt unter der Voraussetzung, daß die zu Beschäftigenden Arbeiter wie freie Arbeiter behandelt werden. Also in der Sache war die Fraktion einig mit dem, was im „Vorwärts“ von der Vorlage gesagt war; nur in der Form bestand eine Meinungsdivergenz. Die Fraktion wollte nicht durch eine wenn auch noch so beschleunigte Ausschussberatung vermeiden, daß wenn auch nur mit einem Schein von Recht, ihr der Vorwurf einer Verzögerung von Projekten gemacht werden könnte, die bestimmt sein sollen, Arbeitslosen zu helfen. Aber in dem Mißtrauen gegen das, was von einem Fischbeck kommt, ist unsere Fraktion der Stadtverordnetenversammlung mit uns vollkommen einig. Die Fraktion hat noch aus dem Grunde ohne Ausschussberatung der 50 000 Mark-Vorlage zugestimmt, weil es sich ja nur um einen Versuch handelt — denn die 50 000 M. werden nicht weit reichen — und es bei einer späteren Vorlage noch Zeit wäre, einigebender mit Herrn Fischbeck zu reden. Also auf-

geschoben ist nicht aufgehoben. Sollten aber, was wir wünschen, unsere Befürchtungen bezüglich der Behandlung der Obdachlosen auf den Mieselgütern nicht zutreffen, dann werden wir die ersten sein, die das anerkennen, auch einem Herrn Fischbeck gegenüber. Wir können das um so leichter, als uns hierzu ohnehin nicht oft Gelegenheit geboten wird. Was bisher an Tatsachen aus den Verwaltungen, denen Herr Fischbeck vorsteht, bekannt ist, liefert für das Mißtrauen, das allen seinen Maßnahmen entgegengebracht werden muß, Unterlegen genug. Um nur bei der Verwaltung des Miesel und des Obdach zu bleiben, so hat der Stadtrat Fischbeck sich allein mit der Einführung des Gummistiefels unsterblichen Ruhm erworben.

Wenn schließlich noch in dem von uns angezogenen Artikel der „Freisinnigen Zeitung“ der Genosse Adolf Hoffmann in Gegenüber zur sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion zu bringen versucht wird, so ist die Mühe umsonst; was in dieser Beziehung behauptet wird, entbehrt jeder tatsächlichen Begründung. Da ist wohl mehr der Wunsch der Vater des Gedankens, nicht wahr, Herr Fischbeck? Hat Sie der Adolf Hoffmann schon so sehr gezüglicht, daß Sie ihn auf diese Weise los werden möchten? Geben Sie sich keine Mühe, Herr Stadtrat, es gelingt doch nicht.

Eine große Erregung ist unter den Standinhabern und Interessenten der Berliner Markthallen entstanden infolge der Verfügung des Polizeipräsidenten, binnen drei Tagen den Verkauf zahlreicher Artikel einzustellen. In Dräfels Festhallen fand gestern eine Preisversteigerung statt, die von über 1000 Personen besucht war. Der Bund der Berliner Markthallenvereine, der Verein der Blumenhändler und viele andere Vereine waren vertreten. Der Vorsitzende, Bildhändler Schmidt, eröffnete die Versammlung mit dem Hinweis auf das Verbot, künstliche Palmen, Wachspflanzen, Stantol, Draht usw., fernerehin in den Markthallen zu verkaufen. Die Versammlung nahm folgende Resolution an:

Die heute zahlreich zusammengekommene Standinhaber sowie Interessenten erklären, daß der Beschluß des Bezirksausschusses vom 6. Oktober 1908 und die polizeiliche Verfügung vom 8. Januar 1909 ihre Interessen außerordentlich gefährden. Einmal ist noch das bestehende Lager und die Vorräte aller Art zu berücksichtigen, dann ist zu bedenken, daß wenn dieser Beschluß mit der polizeilichen Verfügung durchgeführt wird, weite Kreise auch im übrigen getroffen und geschädigt werden. Die Polizeiverfügung trifft nicht nur die Verkäufer, sie trifft die Lieferanten, die Angestellten, die Arbeiter und die Stadt Berlin als Eigentümerin der Markthallen. Die Unterzeichneten beauftragen deshalb eine von ihr zu wählende Kommission, in dieser Sache an den ihr geeignet erscheinenden Stellen die ihr zweckmäßig erscheinenden Schritte zu tun.

Von einer Lokomotive zerstückelt. Ein schwerer Eisenbahnunfall hat sich am Sonntag auf dem Anhalter Bahnhof zugetragen. In der sechsten Abendstunde war dort der 55 jährige Wagenwärter Theodor Kotsch aus der Willibald-Alexis-Straße 34 damit beschäftigt, mehrere Wagen zu revidieren. Beim Ueberschreiten der Weiche überschloß er dabei das Herannahen einer rangierenden Lokomotive, die nach der Bahnhofshalle fahren wollte. Ohne daß auch der Lokomotivführer etwas bemerkte, wurde Kotsch von der Maschine zu Boden geschleudert und fast zehn Meter weit mitgeschleift. Mit zerschmetterten Gliedern blieb der Unglückliche auf dem Bahndamm liegen, bis er später von einem Bahnwärter aufgefunden wurde. Da er noch schwache Lebenszeichen von sich gab, wurden schleunigst zwei Ärzte herbeigeholt. Nach Anlegung von Notverbanden schaffte man den Schwerverletzten nach dem Krankenhaus am Urban, wo er bald nach der Einlieferung verstarb. Die Leiche wurde nach dem Schauhaufe geschafft. Kotsch war verheiratet und Familienvater.

Die Leiche eines neugeborenen Knaben fanden ein Schuttmann und ein Wächter gestern Abend auf dem Grundstück Linkstr. 11—18, einem Stätteplatz. Sie war ganz naht. Ob das Kind eines gewaltsamen Todes gestorben ist, kann erst die Obduktion feststellen. Nachforschungen nach der Mutter wurden alsbald eingeleitet.

In dem Mord in der Mariannenstraße wird mitgeteilt, daß der verurteilte Täter, der frühere Gärtner Bierwogner, bald hier bald dort gefangen worden sein sollte. Vorgesetzt hier es, er habe sich ertränkt und sei am Mühlendamm aus der Spree gelandet worden. Der Leiche, der hier gefunden wurde, ist aber der pensionierte Postkassierer Neumann.

Ein Fledderer wurde gestern Abend unglücklich gemacht. Ein alter Sänder dieser Art hatte sich aus Sparlichkeit eine Monatskarte für die Stadtbahn gekauft und fuhr nun immer hin und her. Auf dem Schlesischen Bahnhofe sah ein Beamter, wie er in ein Abteil einstieg, in dem ein schlafender Mann allein saß. Der Beamte fuhr im Nebenabteil mit und beobachtete über die Schranke hinweg, wie der Fledderer dem Schlafenden das Portemonnaie aus der Tasche holte. Auf der Haltestelle Jannowitzbrücke nahm er ihn fest.

Ein Glendbild.

Ein Bild des Jammers bietet eine Arbeiterfamilie Wiedmann. Durch Krankheit des Mannes kam sie wirtschaftlich so weit zurück, daß sie die Miete nicht mehr bezahlen konnte und die Wohnung räumen mußte. Wiedmann fand Aufnahme in einem Krankenhause. Seine Frau mußte mit dem zwei Jahre alten Söhnchen Alfred das Familienobdach in der Probelstraße aufsuchen. Ihren Lebensunterhalt erwacht sie durch Auswartarbeiten. Während sie dieser Beschäftigung nachging, starb der Kleine an einer doppelseitigen Augenentzündung. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

Solche Glendbilder kann man in der jetzigen Zeit der Arbeitslosigkeit tagtäglich sehen.

Vermißt. Am 4. d. M. hat sich der Hausdiener Paul Horst aus der Wohnung seiner Eltern, Ankamer Str. 57, entfernt und ist bisher nicht zurückgekehrt. Derselbe ist 36 Jahre alt und war bekleidet mit weißer Mütze, dunklem Ueberzieher und ebensolcher Hose. Sollte jemand über den Verbleib Auskunft geben können, so wird um Nachricht gebeten.

Im Zirkus Busch gelangte am Sonntagabend ein neues Aufstättungsstück: „Autowanderer“ betitelt, zum ersten Male zur Aufführung. Zunächst werden wir nach dem schönen Schwarzwalde geführt, wo ein ehrfamer Schandebemüher schließt und recht sein Wetter betreibt. Ein Feuer bringt ihn um sein ganzes Hab und Gut und veranlaßt ihn zu dem Entschluß, der Heimat den Rücken zu kehren und „drüben“ sein Heil zu versuchen. Im Hofen finden wir ihn mit Frau und Kind wieder, wo er auf die Ausreise wartet. Hier finden sich Angehörige aller Nationen zusammen, und es entwickelt sich ein buntes Leben und Treiben, was Gelegenheit gibt, Länze aller Nationen aufzuführen. Tagtäglich ist aber die Fahrt. Ein Sturm bricht los, das Schiff fährt auf und ist dem Untergange geweiht. Der Kampf mit dem nassen Element ist hoffnungslos, und unser Schandebemüher ist mit Weib und Kind verloren. Im Zauberlande finden sie das Glück, das sie hier vergeblich suchten. Offen kommt, und es entwickelt sich ein reizendes Märchenbild, auf der Bühne sowohl wie in der mit Wasser überfluteten Rango. Die Pracht der Kostüme in Verbindung mit den zahllosen farbigen Lichteffekten gestalteten die Aufführung glänzend und feenhaft.

Im Gebrüder Herrnsfeld-Theater ging am Sonnabend die zwei-
aktige Komödie „Die beiden Vindels“ zum 100. Male
in Szene. Daneben leistet sich die Direktion einen bunten Teil, der
in der Tat eine Reihe recht guter Spezialitäten enthält.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Die Deputation der unorganisierten Rixdorfer Hausbesitzer,
welche in der Versammlung am Freitag gewählt wurde, die Herren
Habel, Schulte und Lorenz, wurde gestern Vormittag vom Ober-
bürgermeister Köster empfangen, um demselben die in jener Ver-
sammlung einstimmig angenommene Resolution persönlich zu über-
reichen. Der Oberbürgermeister nahm die Protestresolution gegen
die Wahlrechtsveränderung sehr ernst aber mit Wohlwollen ent-
gegen und versprach, dem Magistrat die Wünsche der unabhängigen
Hausbesitzer und Wähler der ersten und zweiten Abteilung zu
übermitteln.

In der Frage des Wahlrechtsbeschlusses hatte der Magistrat sich
dahin entschieden, Erwägungen anzustellen, wie der Beschluß der
vierzig bürgerlichen Wahlrechtsveränderer auf die Wähler des Mittel-
standes wirken und welcher Schaden der Stadt dadurch erwachsen
würde. Der Beschluß des Magistrats hat in der Bürgerchaft großen
Widerhall gefunden. Nicht nur bei der sozialdemokratischen Arbeiter-
schaft, Geschäftleuten und Handwerkern, sondern auch bei den an-
ständigen Hausbesitzern hat man die Auffassung, daß der Magistrat
den Beschluß vom 17. Dezember, wenn er nicht die Interessen der
vierzig Wahlrechtsveränderer, sondern die Interessen der Stadt und der
Einwohnerchaft im allgemeinen wahren wolle, ablehnen müsse.
Der Beschluß des Magistrats und vor allem die Protest-
bewegung in bürgerlichen Kreisen hat die Reaktion ganz aus
dem Häuschen gebracht. In ihrer letzten, am Sam-
stabend, den 9. Januar, abgehaltenen Fraktionsitzung haben
die Herren beschlossen, sich auf kein Verhandeln oder
Battieren, welches darauf hinausläuft, den Beschluß vom 17. De-
zember 1908 abzuschwächen, einzulassen. Der Oberbürgermeister soll
Verhandlungen angebahnt haben in dem Sinne, daß die Sozial-
demokraten die beim Bezirksauswahlgang unabhängige Frage
zurückziehen. Die sozialdemokratische Fraktion hat gefügt, die
Verteilung im Betrage von 62 M. an Stelle des jetzt geltenden
Durchschnittsprinzips von 78,50 M. zu setzen. Die bürgerliche
Fraktion soll nun ihrerseits das anderthalbfache Durchschnittsprinzip
lassen; die Vermehrung des Oberbürgermeisters war leider
bergebens. Die Herren haben beschlossen: Sollte der Magistrat dem
Beschluß vom 17. Dezember 1908 die Sanktion verweigern, so werden die
Stadtverordneten der 1. und 2. Abteilung, bis auf die drei sozialdemo-
kratischen Vertreter der 2. Abteilung, einmütig ihre Mandate niederlegen,
da auch bei der neuen Zusammenziehung der Stadtverordneten-
versammlung (45 Bürgerliche und 27 Sozialdemokraten) keine Hoff-
nung vorhanden sei, irgend welche Veränderung des Wahlrechts herbei-
zuführen. Da die bürgerliche Fraktion jetzt zum erstenmal den ver-
ständigen Beschluß gefaßt hat, ihre Stadtverordnetenmandate in die
Hände der Wähler zurückzugeben, so haben wir die Hoffnung, daß
der Magistrat solche Vermittlungsanstrebungen nicht in die Grube
gehen läßt, sondern die Entscheidung über die zukünftigen kommunal-
politischen Fragen und das Wahlrecht den Einwohnern und der
Wählerchaft Rixdorfs zur Entscheidung überläßt. Dann wird es sich
ja zeigen, ob der bürgerliche Stadtverordnete Herr Beer-
mann recht hatte, als er am 17. Dezember im vollsten Ernst
ausrief: „Wir handeln nur im Auftrage unserer Wähler!“ Die
Proteste der bürgerlichen Parteien in der Presse wie in den Ver-
sammlungen haben diese Legende zerstört. Im übrigen könnte bei
dieser Gelegenheit der Rixdorfer Pressen beweisen, ob seine libe-
ralen Anschauungen und Überzeugungen nicht bloß auf dem Papier
stehen, sondern daß auch er gewillt ist, solche in Taten umzusetzen.

Wie das „Rixdorfer Tageblatt“ berichtet. In unserer Freitag-
nummer nahmen wir Veranlassung darauf hinzuweisen, daß das
„Rixdorfer Tageblatt“ von der Protestbewegung gegen den Wahl-
rechtsraub vom 17. Dezember nur wenig berichtet, daß es hingegen
von Vereinsversammlungen irgendeiner der Wahlrechtsveränderer nahe-
stehenden Interessentenclique spaltenlange Berichte bringt. Dadurch
wird selbstverständlich die Leserschaft dieses Blattes über die wahre
Stimmung der Bevölkerung gegenüber der von einer geringen Aus-
lese beschlossenen Entziehung teilweise falsch und ungenügend unter-
richtet. Das Blatt befah hierauf die Stirn zu behaupten, daß es
sich in der ganzen Wahlrechtsfrage einer „objektiven“ Bericht-
erstattung befleißige. Wie diese objektive Berichterstattung aussieht,
zeigt uns so recht der Bericht über die am Freitagabend im
Deutschen Wirtschaftshaus stattgehabte Protestversammlung der Wähler
I. und II. Klasse. In 25 Zeilen tut das amtliche Blatt
diese imposante Versammlung ab und berichtet, daß dieselbe von
„300“ Personen besucht war. Besucher dieser Versammlung werden
stammen über das Schätzungsbüro des betreffenden Verle-
gers. Abgesehen, daß das Blatt die wirkliche Besucherzahl um
400 zu gering schätzt, bringt es auch nicht eine Zeile der
Ausführungen, die gegen das Wahlrechtsattentat gemacht
wurden. Das Organ des Herrn Glasemann versteht es vortrefflich,
die Deffinitivität zu täuschen. Die moralischen Ohrfeigen, die bisher
in den Versammlungen die Glasemann und Genossen erhalten haben,
müssen doch für den Leserkreis des „Rixdorfer Tageblatt“ von höchst
bedenklicher Art sein, sonst könnte das Blatt sich nicht gar so reserviert
verhalten.

Diese schematische Vertuschung und Irreführung des lesenden
Publikums beweist, wie recht wir hatten, als wir das „Rixdorfer
Tageblatt“ das Organ der Wahlrechtsveränderer nannten. Das Blatt hat
den Befähigungsnahezeit erbracht, daß es Dinge von öffentlichem Interesse,
die sich mit den Sonderinteressen einer reaktionären Clique nicht
vertragen, meisterlich vertuschen kann. Daß sich das Blatt ange-
sichts dieser erbärmlichen Haltung noch über unseren Vorwurf der Unobjektivität in der Wahlrechtsfrage ent-
setzen konnte, kennzeichnet es noch ganz besonders. Die Wahlrechtsattentäter
und ihre Presse, das „Rixdorfer Tageblatt“ sind einander wert.

Schöneberg.

In der Generalversammlung der Jahreshilfe Schöneberg des
Deutschen Polizeiarbeiterverbandes wurde vor einigen Tagen der
Rassenbericht vom 4. Quartal erstattet. Es betrug die Bilanz der
Donnerstag 2706,23 M., die der Lokalfasse 6998,08 M., am Ort ist
ein Bestand von 4278,94 M. vorhanden. In Arbeiter-
unterstützung wurden ausgezahlt Hauptfasse 1122,88 M., Lokalfasse
1290,02 M.; an Krankenunterstützung Hauptfasse 417,00 M.,
Lokalfasse 574,00 M.; die Streifenunterstützung betrug im selben
Quartal aus der Lokalfasse 193,00 M. Die Jahreshilfe weist einen
Mitgliederbestand von 230 auf. In die Ortsverwaltung wurden
gewählt als 1. Vorsitzender F. Sarach, Gleditschstraße 19, Schrift-
führer Papitz, 2. Kassierer Lemm, Revisorin Wiemann und
Scheidt, Versammlungskommission Widert und Laumann, Ver-
tragsammler Albrecht und Rohr. Als Delegierter der Gewer-
schaftskommission wurde Wöhe, als Ergänzung Witte bestimmt.
Einem Beschlusse der außerordentlichen Generalversammlung vom
8. Dezember 1908 gemäß sind vom 15. Januar 1909 ab 18 Extra-
beiträge a 25 Pf. obligatorisch zu entrichten. Die ausgeleiteten
arbeitslosen Mitglieder erhalten 9 Wochen lang eine Unter-
stützung von 6 M. pro Woche. Zur Sprache kam noch, daß die
Kassa Redemann, bei der über die Hälfte Hirsch-Dundersche
Kollegen beschäftigt sind, gerade in der schlechten Konjunktur die
tatsächlichen Abmachungen zu durchbrechen suche.

Millionen-Terrainverkäufe. Das rund 6500 Quadratruten um-
fassende Terrain am alten Wäldenberge, das bisher den
Gewaldischen Erben gehörte, ist für vier Millionen Mark in den Besitz

der vom Kommerzienrat Georg Oberland geleiteten Verlinkischen
Bodengesellschaft übergegangen. Mit dem Verkauf dieses zur Hälfte
für Straßen und Plätze zu benutzenden Terrains hat die Berliner
Bodengesellschaft alle Ländereien, die nördlich des Schöneberger
Stadtparkes gelegen sind, in ihrer Hand vereinigt. Vor einem Jahre
noch verhandelte die Stadt Schöneberg wegen dieses Geländes mit
den Gewaldischen Erben, doch zerfielen sich die Verhandlungen
wegen der Höhe der damaligen Forderung (4 1/2 Millionen).

Karlshorst.

In der Generalversammlung des Wahlvereins erstattete Ge-
nosse Feder den Vorstandsbericht für das verflossene Jahr. Der
Verein hat sich im letzten Jahre erfreulich weiterentwickelt; er
zählt zurzeit 190 Mitglieder, inklusive 24 Frauen und 28 in
Wiesdorf organisierten Genossen. Bei der Landtags- und der Ge-
meindevertriebswahl ergielten wir einen beträchtlichen Stimmen-
zuwachs. Der Versuch, alle sozialdemokratischen Wähler auch als
Mitglieder des Vereins zu gewinnen, hatte leider nicht den ge-
wünschten Erfolg. Viele Arbeiter, die in Berlin in Reich und
Güte standen, geben sich in den Vororten gern der behaglichen
Ruhe hin. Es gelang im Berichtsjahr, auch in Wiesdorf festen
Fuß zu fassen. Die am 1. Januar erfolgte Errichtung einer
eigenen Parteipostion kann als geglättet betrachtet werden, da
bis jetzt schon 164 „Vorwärts“-Leser gewonnen sind. Bedauer-
lich, daß die angeführte theoretische Weiterbildung der Mit-
glieder in den Jahlabenden infolge der vielen sonstigen Arbeiten
leider nicht in wünschenswertem Maße gefördert werden konnte.
Es werde dieses eine der Hauptaufgaben des neuen Jahres sein.
Auch der vom Kassierer vorgelegte Rassenbericht zeigt eine er-
freuliche Entwicklung des Vereins. Einer Einnahme von 721,54
Mark steht eine Ausgabe von 685,26 M. gegenüber. In die
Arbeitskasse wurden 290 M. abgeliefert. Dem Bericht folgte eine
längere, stellenweise recht stürmische Diskussion. Die Genossen
Lind, Umbreit, Stähler und Blum kritisierten einige Maßnahmen
des Vorstandes. So vor allem, daß der Vorstand seinerzeit den
Genossen Rosenfeld dem Kreis als Delegierten zum Parteitag vor-
geschlagen habe; die Berichterstattung über den Parteitag sei ohne
Grund auf eine unpassende Zeit verschoben, auch seien sowohl die
Jahlabende wie die geselligen Zusammenkünfte nicht auf der-
selben Höhe wie unter dem früheren Vorstand, dem die Genannten
angehörten, geblieben. Feder, Spielied und Förster weisen ein-
gehend an der Hand der Tatsachen die Vorwürfe als unberechtigt
und kleinlich zurück. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden
gewählt als 1. Vorsitzender Feder, 2. Vorsitzender Müller, Kassierer
Förster, Schriftführer Spielied, Revisorin Bäß, Gewinner, Rech-
mann und Genossin Bernhardt. Als Revisoren Bierhäuser und
Pfeischnid.

Pankow.

Die Gemeindevahlen finden am Freitag, den
15. Januar, von 11 Uhr vormittags bis 8 Uhr
abends statt. Da nach den vorjährigen Listen gewählt wird,
um der Arbeiterchaft die erledigten Mandate zu entreißen, er-
suchen wir alle diejenigen, welche im Anfang des Jahres 1908 in
Pankow wohnhaft waren, sich zur Wahl einzufinden. Am Donner-
stag, den 14. Januar, sind zwei öffentliche Versammlungen ein-
berufen, und zwar bei Hochst, Kreuzstr. 3-4, und bei Großfurt,
Berliner Straße 27. Alle Genossen, insbesondere sämtliche An-
weilenden, welche sich für den ganzen Wahltag zur Verfügung
stellen, wollen sich am Donnerstag in der Versammlung bei Groß-
furt einfinden.

Zu den am 15. Januar stattfindenden Gemeindevahlen nahm
eine gut besuchte öffentliche Versammlung im „Kurfürsten“ Stellung.
Referent war Genosse Dr. A. Vernein. In seinem Vortrage
zeigte er, daß der Vorwurf, die Sozialdemokratie leiste keine positive
Arbeit, eine immer wiederkehrende Lüge der bürgerlichen Parteien
sei, die durch die Tätigkeit unserer Vertreter im Reichstag sowohl als
auch in den Kommunen schon längst widerlegt worden ist. Die
bürgerlichen Parteien müssen bei jeder Wahl auf diese Lüge zurück-
greifen, da ihnen einerseits anderes Material, die Sozialdemokratie
zu bekämpfen, nicht zur Verfügung steht, dann aber auch, um ihr
Treiben in den gesetzgebenden Körperschaften zu verdunkeln. Es sei
alles andere als das Gemeinwohl, welches das Leitmotiv bei ihren
Beschlüssen bilde. Der beste Beweis hierfür sei die Annahme des
Wahlrechtsverschlechterungsantrags in Rixdorf, wie auch der von der
bürgerlichen Mehrheit in Pankow gefaßte Beschluß, die bevorstehen-
den Wahlen nach den vorjährigen Listen vorzunehmen. Er zeigte
dann, was auf den verschiedensten Gebieten der kommunalpolitischen
Tätigkeit zu tun ist. So sei z. B. bei der Linderung der Krankenbaukosten, Be-
kämpfung der Tuberkulose sowie der Säuglingssterblichkeit usw. die
Sozialdemokratie der treibende Keil gewesen. Mit der Aufforderung,
mit allen Kräften daran zu arbeiten, daß die Sozialdemokratie am
15. Januar einen vollen Sieg erringe, schloß er seine, mit reichem
Beifall ausgenommenen Ausführungen. In der Diskussion fand
trotz mehrmaliger Aufforderung, insbesondere der Gegner — die
bürgerlichen Gemeindevorteiler waren zu dieser Versammlung ein-
geladen, damit sie ihren Standpunkt zu dem Beschluß der Gemein-
devertretung, die Wahlen nach den vorjährigen Listen vorzunehmen,
vor der Arbeiterchaft klarlegen sollten — keiner den Mut, das
Wort zu nehmen und den Beschluß zu rechtfertigen. Der Vorsitzende
Genosse Höber betonte, den bürgerlichen Vertretern im Pankower
Dorparlament sei das Dreiklassenwahlrecht noch nicht realtätär
genug. Deswegen haben sie den Beschluß gefaßt, nach den vor-
jährigen Listen zu wählen, wonach

Hundertern von Einwohnern

das Wahlrecht genommen werde. Begründet wurde dieser Beschluß
damit, daß die Vereine ihre Vorbereitungen zu den Wahlen schon
nach den alten Listen getroffen haben und daß ihnen die Geld-
ausgabe für die Beschaffung der neuen Listen erspart bleiben würde.
Nicht man in Betracht, daß am 15. Januar, an dem die Wahl statt-
finden soll, die neuen Listen bereits fertiggestellt seien und nach
den Bestimmungen der Landgemeindeordnung vom 15. bis
30. Januar zur öffentlichen Einsichtnahme ausliegen müssen, so
zeigt es sich, daß mit ganz brutaler Offenheit von den bürgerlichen
Vertretern zugegeben wird, daß nicht das Allgemeinwohl, sondern
die Interessen privater Vereine für sie bei Beschlüssen in der
Gemeindevertretung maßgebend sind. Doch die angeführten Gründe
sind nur Scheingründe. In Wirklichkeit dreht es sich darum, die
vier offenen Sitze in ihre Hände zu bekommen. Da dieses im eh-
lichen Kampfe nicht möglich ist, müsse eine große Zahl Einwohner
durch einen unglaublichen Beschluß entrechtet werden. Gegen diese
reaktionäre Tat müsse aufs energischste protestiert werden. Weiter-
wies er darauf hin, daß zehn Vereine, darunter der Rieterverein,
Hand in Hand mit dem Grundbesitzerverein, sich

unter Führung des Reichsverbandes gestellt

haben, um der Sozialdemokratie die vier Sitze zu entreißen.
Es sei daher notwendig, mit aller Macht in die Agitation ein-
zutreten. Ein jeder sei ein Agitator. Und wenn jeder einzelne
seine Schuldbüchse tue, sei und der Sieg gewiss.

Zum Schluß fand folgende Resolution einstimmige Annahme:
„Die von 900 Pankower Gemeindegliedern besuchte Protest-
versammlung am 8. Januar 1909 im Restaurant „zum Kurfürsten“
protestiert gegen den Beschluß der Gemeindevertretung vom 15. De-
zember 1908, nach welchem die bevorstehenden Gemeindevahlen am
15. Januar 1909 nach den vorjährigen Wählerlisten vorzunehmen
sind.“

Sie erklärt in der Durchführung dieses Beschlusses eine Ver-
gewaltigung des arbeitenden Standes, in dessen Reihen den Ge-
sunden des Wirtschaftslebens gemäß eine größere Fluktuation
herrscht, als bei den anderen Ständen.

Ebenso betrachtet die Versammlung den Beschluß als eine Rech-
tlosigkeit derjenigen Gemeindeglieder, welche am 15. Januar
ein Jahr und länger am Orte wohnen, in den alten Listen aber
noch nicht verzeichnet sind.

Die Versammlung ersucht den Gemeindevorstand, die Gemein-
devertretung einzuberufen und ihr diese Resolution nebst Antrag auf

Beziehung der Wahlen bis nach der endgültigen Berichtigung
der diesjährigen Wählerlisten vorzulegen.“

Mit einem bezaubernden Hoch auf die Sozialdemokratie fand
diese Versammlung ihr Ende.

Wottdam.

Die letzte Monatsversammlung des Wahlvereins beschäftigte
sich hauptsächlich mit den örtlichen Bildungsbestrebungen.
Mit dem Gewerkschaftsartikel ist die Vereinbarung getroffen, daß
die gemeinschaftliche Kommission am Anfang jeden Jahres gewählt
werden soll. Der Wahlverein wählte die Genossen Wiemann, Spiel-
ied, Krüger, Vogtlander und Waldt. An Veranstaltungen sind in Aus-
sicht genommen: Mehrere wissenschaftliche Einzelvorträge und event.
ein Aunstabend. Genosse Wiemann sagte darüber, daß die im Vor-
jahre veranstalteten Vortragsreihen nicht die erwartete Teilnahme
gefunden haben. In Bezug auf die Arbeiter-Theatervereine, speziell
den Wottdamer, ist er der Ansicht, daß die dort aufgewendete Mühe
sich nicht lohne: eine Bildungsmöglichkeit für die Arbeiterchaft
könnten die Aufführungen des Vereins, wenn auch die gute Absicht
anzuerkennen sei, nicht bedeuten. — Zum Schluß wurde noch be-
schlossen, Mitte März in eine Agitation für die Presse einzutreten
und in Zukunft die Versammlungen um 8 Uhr beginnen zu lassen.

Schwer verunglückt ist am Sonnabend der bei dem Hoflieferant
Heere in der Rennstraße beschäftigte Arbeiter Weimann. Derselbe
stürzte beim Herausholen eines Bündels Heu nach dem Boden von
der Leiter herab und schlug hierbei so unglücklich mit dem Kopf auf
die Bordschwelle einer Dingergrube, daß er sich die Schädeldecke zer-
trümmerte. In schwerverletztem Zustande wurde er nach dem
St. Josephs-Krankenhaus gebracht.

Das hiesige Arbeiterauskunftsbüro hat im Jahre 1908 gegen-
über dem Jahre 1907 eine Zunahme seiner Besucher von über
100 Proz. zu verzeichnen. Während dasselbe 1907 von 187 Personen
besucht wurde, betrug diese Zahl im vergangenen Jahre 382.
Hierunter befanden sich 31 weibliche Personen. Von den männlichen
Personen waren 150 politisch und gewerkschaftlich organisiert,
während die anderen mit Ausnahme von sechs Inorganisierten nur
der gewerkschaftlichen Organisation angehörten. Die Auskunft er-
folgt seit dem 1. Dezember 1908 werktäglich außer Mittwochs abends
von 6-8 Uhr Vormittag, 4. parterre. Auch wird seit dieser Zeit an
Richtorganisierte Auskunft erteilt.

Unregelmäßigkeiten sollen bei der Bekleidungskammer einer
Garderegiments festgestellt worden sein. Durch die Kriminalpolizei
wurden bei einer Hausdurchsuchung bei einem Schuhwarenhändler ein
ganzes Warenlager von Schaft- und Schnitzwerkzeugen aus den Beständen
des Regiments vorgefunden. Die eingeleitete Untersuchung wird erst
näheres hierüber ergeben.

Vermischtes.

Folgeschwerer Kircheneinsturz.

Eine entsetzliche Katastrophe ereignete sich am Sonntag früh
während des Gottesdienstes in der Kirche des etwa 500 Einwohner
zählenden schweizerischen Dorfes Rog. Ueber das Unglück liegen
folgende Meldungen vor:

Sitten, 10. Januar. Heute vormittag ist während des Gottes-
dienstes das Gewölbe der als ehemaliger Wallfahrtsort bekannten
Kirche des ungefähr 500 Einwohner zählenden Dorfes Rog, drei
Stunden plötzlich von Sitten, eingestürzt. Die ersten Berichte
melden 40 Tote und 60 Verwundete.

Sitten, 10. Januar. Nach neuer Feststellung sind bei dem
Einsturz der Kirche in Rog 28 Personen getötet und 30 zum Teil
schwer verletzt worden. Die Opfer sind ausschließlich Einheimische.
Die Ursache des Einsturzes ist noch nicht festgestellt.

Ein Pilot, das grauenvolle Verhängnis wird. Aus Karls-
bad (Böhmen) wird gemeldet:

Vom Plateau der Stefaniepromenade, aus einer Höhe von
135 Meter, stürzte sich dieser Tage ein Mann herab und blieb tot
liegen. Er hatte sich das Gewild gebrochen. Man fand auf dem
Hute des Selbstmörders einen Brief besetzt, auf dem geschrieben
stand: „Wenn Du aber gar nichts hast, ach, so lasse Dich begraben,
dann ein Recht, zu leben, Lump, haben nur, die etwas haben.“
Text von Heine, in Szene gesetzt von Josef Müller.

Grubenkatastrophe in Amerika. Ueber eine folgenschwere Gruben-
explosion wird aus New York berichtet: Im Kohlenbergwerk Ziegler
bei Illinois (Indiana) wurden gestern durch eine Explosion
25 Arbeiter getötet.

Erschikt. Aus Landshammer wird gemeldet: Im benachbarten
Rauendorf wurden am Sonntag mittag in einer Stube drei Arbeiter
in ihren Betten erstickt aufgefunden. Sie hatten am Abend zuvor
in einem Ofen Feuer angelegt und Drifetts unter demselben auf-
gestapelt, die in Brand gerieten und giftige Gase entwickelten.

Durch Erdentisch verschüttet. Nach einer Meldung aus Genua
wurden auf dem Wege von Genua nach Albisola infolge eines Erd-
rutschs zehn Personen verschüttet, von denen sechs getötet wurden,
während die übrigen Verletzungen erlitten.

Antilcher Marktbericht der städtischen Markthalen-Direktion über
den Großhandel in den Central-Markthalen. Warringer: Fleisch:
Rindvieh hart, Geschäft schleppend, Preise für Rindfleisch anziehend, für
Schaf- und Hammelfleisch nachgebend. Wild: Junger genaug, Geschäft
etwas lebhaft, Preise befriedigend. Geflügel: Junger genaug, Ge-
schäft ziemlich lebhaft, Preise nicht befriedigend. Fische: Junger gering,
Geschäft schleppend, Preise wenig verändert. Butter und Käse:
Geschäft mäßig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Gär-
trüchte: Junger genaug, Geschäft sehr still, Preise wenig verändert.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sachverständigen Anstalt Lindenstraße Nr. 3, 2. Hof-
hof, 2. Hof, 2. Hof, 2. Hof, 2. Hof, 2. Hof, 2. Hof, 2. Hof, 2. Hof, 2. Hof,
wöchentlich abends von 7, bis 9, Uhr. Gestern 7 Uhr
Sonnabend beginnt die Sachverständigen am 6 Uhr. Jeder Auftrag ist ein
Sachfrage und eine Zahl aus Verzeichnissen beizufügen. Preisliche Antworten
werden nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage
vergehen. Bitte fragen trage man in der Sachverständigen vor.

C. J. 333. Der Chef, an den die Verfügung gerichtet ist, nicht Sie
haben die Strafe zu bezahlen. Gläubiger der Chef einen Antragsanspruch
geltend machen zu können, so muß er eine besondere Klage gegen Sie an-
strengen. — C. J. 48. 1. Reim. 2. Nur dann, wenn der junge Mann
nach erreicht Volljährigkeit die Forderung anerkennt. — Weiter, Arbeit,
nehmer wird der Arbeiter genannt, wiewohl eigentlich er die Arbeit gibt. —

C. J. 48. 1. Reim. 2. Nur dann, wenn der junge Mann nach
erreicht Volljährigkeit die Forderung anerkennt. — Weiter, Arbeit,
nehmer wird der Arbeiter genannt, wiewohl eigentlich er die Arbeit gibt. —

C. J. 100. Inwieweit ist es weiter zu sehen. — C. J. 1001.
Sie müssen die Sachen auch ferner aufbewahren und dürfen dieselben nicht
verkaufen. Sie können lediglich auf Übernahme der Sachen beim Amtsgericht
klagen. In der Beschlusse andernfalls, so müssen Sie eine
öffentliche Justizleistung erwirken. — Fran W. 47. Eine Klage wegen Ver-
leumdung wäre möglich. Die Ladung Ihrer Verleumdungen können Sie
schriftlich vor dem Termin beantragen. Sie müssen hierbei angeben, was
die Jungen bekannt sollen. Wird der Antrag auf Ladung
der Jungen abgelehnt, so können Sie ihn im Termin wiederholen.

C. J. 6. Wenn die Frau der Kirche angehört, haben Sie freilich die Hälfte
der Kirchensteuer zu zahlen. — C. J. 8. Sie sind durchaus in Ihrem
Recht und können etwaigen Schriften der Gegenseite mit Ruhe entgegen-
sehen. — H. W. 18. 1. Eine bestimmte Zeit besteht nicht. 2. Der Antrag
auf Eröffnung ist an das Amtsgericht zu richten. — A. G. Berlin. Ja.

— Dabersfeld. Soweit ersichtlich, kann nach dem Inhalt das Bürger-
gewinnrecht verlangt werden. Indessen ist dies ohne Kenntnis des ge-
samten Status schwer zu beantworten. Dem Bescheidenden ist zu raten,
eine Bescheidene an den Magistrat und an den Landrat zu richten.
— 177. J. W. Nicht Sie, sondern Ihre Kinder sind erbrechtigt. Den
Erbschein wählen Sie sich von dem Amtsgericht, in dessen Bezirk die
Schwiegermutter geortet ist, erteilen lassen. Wobin wäre die Aus-
zahlung dadurch zu erwirken, daß sämtliche Erben in die Zahlung des

unstreitig
Das grösste

Spezial-Geschäft

Deutschlands

für Bettfedern ist die erste

Bettfedern - Fabrik

mit elektrischem Betriebe

1753

Gustav Lustig

Berlin, Prinzenstr. 46 u. 47

Die Firma führt nur

Bettfedern

zu 0,55, 1,00, 1,25, 1,50,
1,75, 2,00, 2,25, 2,50,
3,00, 3,50 bis 5 M. per Pfd.

Daunen

zu 2,85, 3,50, 4,50,
5,50, 6,50 bis 8 Mark.

Fertige Betten

bestehend aus Oberbett, Unterbett, 2 Kissen,
zu 12, 15, 19, 22, 25, 28, 36, 43, 51, 60, 75,
90 bis 105 Mark.

Bettinlette und andere Bettartikel.

Besonders empfehlenswerte Bettenfüllung:
Echt chinesische

Monopoldaunen

(gesetzlich geschützt) Pfund M. 2.85.
(3 bis 4 Pfund zum Oberbett genügend)

Der beste Beweis für die
Güte meiner Bettfedern ist der
jährliche Umsatz von über

2000 Zentnern Bettfedern

Kein zweites Bettfedern-Detail-
Geschäft kann einen auch nur an-
nähernden Umsatz nachweisen.

Ausnahmepreise

für

Metall-Bettstellen



Nr. 520
Metall-Bettstelle
mit
Zugfedermatratze
und Messingverzierung.

190x90 cm

M. 17.50

100x90 cm

M. 19.00

Andere Metallbettstellen schon von 5 M. an.
Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet.

Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.

Bureau: Berlin N. 54, Brunnenstr. 188, Restaurant Wille. Amt IIIa, 4835.

Achtung!

50/1*

Wir empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügen usw. den geehrten Vorständen, Komitees und Gastschreibern unseren
kostenlosen Arbeitsnachweis, Brunnenstraße 188.
Geschäftszeit täglich von 10^{1/2}—1 Uhr mittags.
Kapellen vom größten bis kleinsten Orchester stehen jederzeit zur Verfügung. Der Vorstand.
NB. Unsere Mitglieder sind im Besitz einer Kontrollkarte. Dieselbe ist für das 1. Quartal weis und muß mit dem Verbandstempel versehen sein. Alle andere Legitimation ist ungültig und ist sofort anzuhalten.

Tabak-Arbeiter, Fabrikanten, Händler usw.

Donnerstag, den 14. Januar, abends 8^{1/2} Uhr:

Große öffentl. Protestversammlung

in Kellers Festsälen (Zsh. Freyer), Köpenstr. 29.

Tages-Ordnung:

1. Die Vernichtung der Tabakindustrie durch die seitens der Reichsregierung geplante steuerliche Reibelastung des Tabaks. Referent: Reichstagsabgeordneter **Holkenbaur**. 2. Der am 18. Januar cr. stattfindende Kongress der Tabakarbeiter Deutschlands resp. Wahl von Delegierten zu demselben.
Alle Interessenten der Tabakbranche sind zu dieser Versammlung eingeladen.
Die Vertrauensleute: W. Börner, C. Butry.

Wer-Stoff-hat

fertige Herrenanzug 20 M., feinste
Kutaten, zwei Knöpfe, für guten
Sitz beim gold. Webaße. **Ludwig
Engel, Prenzlauer Str. 23 II**
(Alexanderplatz). Begründet 1892.
Nette zu günstigen Preisen. Gelegen-
heitskauf von 5 M. pro Meter an,
reine Wolle, neueste Muster. Spezial:
Winterhose Lebdure 12 M., weich und
warm, und Gehrosengang Napoleons
48 M., seltene Klappen, Tuch-
samungarn unerreicht. Ein Versuch
führt zu dauernder Kundshaft. Ohne
Konkurrenz. 31/10

Stukkateure!

Trotz Anerkennung unseres Tarif-
vertrages bleibt die Firma

Hauer & Langguth,
Kontinentale Kunstmannwerke,
NW. 40, Seidelstraße 15-16,
wegen Wahregelung

gesperrt!

Ortsverwaltung Berlin
des Zentralverbandes der
Stukkateure.

Blumen- und Krautbinderer
von Robert Meyer,
nur Mariannen-Straße 2.

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.

Zum Schluß:

Der

Kompagnieball

Militär-Humoreske von
Wegel. Anfang wochentl.
8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:

Willi Agoston

in der tollen Burleske

Berlin im L. L.

(Berlin im lenkbaren Luftschiff)

und das grandiose:

Januar-Programm.

10 erstklass. Nummern!

Carmen Sylva

Gigaretten

Beste Qualitäten

Calmon's Hansa

leichte, schmiegsame

Gummischuhe

aus festem Gummi hergestellt,
besonders widerstandsfähig.

Wir haften für die
Güte jedes Paares.

Fordern Sie neues Musterbuch V.

Salamander

Schuhes. m. b. H., Berlin



Zentrale: W. 8, Friedrichstr. 182

C. Königstr. 47

SW. Friedrichstr. 221

C. Rosenthalstr. 1

W. Potsdamerstr. 5

NW. Wilanackerstr.

Ecke Turmstr. 9

W. Tauentzienstr. 15

Reichel's echter

Wacholder-Extrakt

Marke „Medico“

und mit vielseitigem Erfolge gegen Rheumatismus, Gicht,
Jochias, Hämorrhoiden, Magenstärke, Frauenleiden, Blasen-
und Nierenleiden, Hustenleiden, Asthma etc. gebraucht. Ist schmerz-
lösend auf Brust und Lunge, treibt Gelfassungen aus dem Körper,
regt Appetit u. Verdauung an und ist ein Winterreinigungsmittel
sonderergleichen. Unerreicht in seiner, für alle Teile des Organismus
wohlthätigen Wirkung. Tenjaube verdanken ihm ihre Gesundheit!
In Flaschen a 75 Pf., 1,50 und 2,50, große Blechdose 20 G.,
einzig echt von

Otto Reichel,
Eisenbahnstr. 4. IV. 4751, 4752, 4753.

So in den Orogenien und Apotheken nicht erhältlich, hier frei Haus
Man verlange aus- und nehme leinmedios
Warnung: drücklich Marke Medico andere Fälschungen.

Allen Verwandten, Freunden
und Bekannten die traurige Nach-
richt, daß am Sonnabend unsere
liebe gute Mutter, Großmutter
und Schwiegermutter

Marie Wendisch

geb. Romisch

sanft entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Mitt-
woch, den 13. d. M., um 1/4 4 Uhr
von der Halle des Zentral-
friedhofes in Friedrichsfelde aus
statt. 5055

Witwe Ida Mellin nebst Kindern.

Dauaufgabung.

Sagen hiermit allen Teilnehmern
an der Beerdigung meines lieben
Vaters und unseres guten Vaters
und für die zahlreichen Kranzspenden
unseren herzlichsten Dank. 5076

Witwe Ida Mellin nebst Kindern.

Dauaufgabung.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme beim Begräbnis meines
Sohnes **Wili** sage allen Freunden,
Kollegen und Bekannten meinen
herzlichsten Dank. 5056

Karl Koch und Familie.

Dauaufgabung.

Allen Bekannten und Freunden,
sowie den Mitgliedern des Holz-
arbeiterverbandes, des Arbeiter-
Rudolf, der Krankenkasse der Tischler
Brü, sowie den Angehörigen der
Firma Hutter und dem Staffstab
„Kull“ sage ich für die Teilnahme an
der Beerdigung meines lieben Vaters
hierdurch meinen innigsten Dank.

Wm. Kralke, geb. Welter.

Dauaufgabung.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme beim Begräbnis meines
lieben untergehligen Vaters

Max Giese

sage allen Freunden, Kollegen und
Bekanntem sowie dem Zentral-
Kranken-Unterstützungsverein der
Schmiede meinen herzlichsten Dank
Die trauernde Witwe

Berta Giese.

Orts-Krankenkasse

der Tischler zu Spandan.

Mittwoch, den 20. Januar 1909,
abends 8 Uhr:

General-Versammlung

im Lokale von Gottwalt,
Schönwalder Straße Nr. 50.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes.

2. Jahreswahl für ausstehende Vor-
standsmitglieder (ein Arbeitsgeber, zwei
Nicht-Arbeitsgeber).

3. Wahl einer Rechnungsprüfungs-
kommission.

4. Verschiedenes. 270/7

Der Vorstand.

Marzinger, Vorsitzender.

General-Versammlung

der

Sterbe- u. Krankenunterstützungs-

kasse No. 55 zu Berlin

am Mittwoch, den 20. Januar,
abends 8 Uhr, im Kasinofaal,
Linienstraße 8.

Tages-Ordnung:

1. Rechenschaftsbericht der Neu-
wahlen. 2. Wahl eines Vorstands.

3. Wahl eines Aufsichtsrats. 4. Be-
sprechung über das technische Gut-
achten. 5. Besprechung über § 34
der Satzung. 5005

Der Vorstand.

Dr. Schünemann

Spezial-Arzt für 56232*

Haut- und Harnleiden,
Frauenkrankheiten.

Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.

10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

Leihhaus

Gegenentkauf vorkall Gold-
und Silberachen, Brillanten etc.
Seit 25 Jahren Prinzenstr. 28

Ecke Ritterstr.

Stempel-Papier
von 50/10*

Robert Hecht,
Berlin S.,
Oranienstr. 142,
liefern schnell und
billig alle Arten

Stempel in bester
Ausführung.

Kautschuk-Typen „Perfekto“
zum Aufstempeln einzelner Wörter
sowie ganzer Sätze von 1,50 M. an

Allen Verwandten, Freunden
und Bekannten die traurige Nach-
richt, daß mein lieber Mann,
unser guter Vater

Rudolph Preller

im 65. Jahre verstorben ist.

Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 13. Januar, nach-
mittags 3 Uhr, vom Emmaus-
Kirchhofe, Rigdors, Hermannstraße,
aus statt. 5046

Der Vorstand.

Adalbert Fieritz

im Alter von 74 Jahren ver-
storben ist.

Dies geht mit der Bitte um
Hilfe Teilnahme an

Witwe W. Fieritz nebst Kindern.

Die Beerdigung findet heute
nachmittags 3 Uhr von der Halle
des neuen Pauls-Kirchhofes aus
statt. 5066

Dr. Simmel

Spezial-Arzt

für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, Moritzplatz,

10-2, 5-7, Sonntags 10-12 2-4

Sozialdemokrat. Wahlverein

für den

4. Berliner Reichstagswahlkreis.

Frankfurter Viertel.

Bezirk 298.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Buch-
drucker

Robert Hahn

gehoben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 13. Januar,
nachmittags 2^{1/2} Uhr, von der
Leichenhalle des Zentral-Fried-
hofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
215/3

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein

für den

Bezirk Lichtenberg.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Gemeinde-
arbeiter

Ferdinand Semmling

verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 12. d. M., nach-
mittags 2^{1/2} Uhr, vom Krauer-
hause Nummelsburger Straße 2
aus statt. 14/1

Rege Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Kranken-Unterstützungs- und

Begräbnis-Verein für Bau- und

gewerbliche Hilfsarbeiter Berlins

und Umgegend.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser langjähriges Mitglied

Reinhold Schlichtinger

(Welle-Allianzstr. 94)

verstorben ist.

Die Beerdigung findet heute,
Dienstag, den 12. Januar, nach-
mittags 2^{1/2} Uhr, von der Kapelle
des Heilig-Kreuz-Kirchhofes, Fels-
straße 118 in Mariendorf, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
37/1

Der Vorstand.

Zentral-Verband

der Steinsetzer (Pflasterer)

und Berufsangehörigen Deutschlands.

Groß-Berlin

(Unterbezirk Nordost).

Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Ehrenmitglied, der
Steinsetzer

Karl Pietz

verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute
Dienstag, den 12. Januar,
nachmittags 2 Uhr, von der
Königlichen Klinik aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
175/1

Der Vorstand.

Allgemeiner

deutscher Gärtner-Verein

Ortsverwaltung Gr.-Berlin.

Bezirk Westen.

Am 8. Januar verschied unser
Mitglied

Peter Wolf

im 34. Lebensjahre.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Dienstag,
den 12. Januar, von der Leichen-
halle des neuen Schönberger
Friedhofes aus statt.

Um rege Beteiligung bitten
280/9

Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten

die traurige Nachricht, daß mein
Bruder, der Maschinenbauer

Rudolph Preller

im 65. Jahre verstorben ist.

Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 13. Januar, nach-
mittags 3 Uhr, vom Emmaus-
Kirchhofe, Rigdors, Hermannstraße,
aus statt. 5046

Der Vorstand.

Allen Verwandten, Freunden

und Bekannten die traurige Nach-
richt, daß mein lieber Mann,
unser guter Vater

Rudolph Preller

im 65. Jahre verstorben ist.

Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 13. Januar, nach-
mittags 3 Uhr, vom Emmaus-
Kirchhofe, Rigdors, Hermannstraße,
aus statt. 5046

Die Frauen von Raddob.

Nel schöne Worte der Selbstberäucherung vernahm man anlässlich der für die Opfer von Raddob veranstalteten Sammlungen. Es sind durch die diversen Spenden zirka 1 1/2 Mill. Mark zusammengelommen. Aber wo ist das Geld, wer disponiert darüber? Es ist eigentlich verwunderlich, daß solche Frage gestellt werden kann, aber sie muß aufgeworfen werden!

In vergangener Woche beschäftigte sich eine von den Witwen der Getöteten von Raddob stark besuchte Versammlung in Gamm mit der Angelegenheit. Es kam da manche Beschwärde über schroffe Behandlung bei Geldermachung von Ansprüchen zutage. Den allerschärfsten Protest forderte der Versuch heraus, uneheliche Kinder und nicht offiziell angetraut gewesene Frauen der Getöteten, die mit jenen jahrelang in Harmonie und strenger Erfüllung elterlicher Pflichten zusammen gelebt haben, vollständig auszuschalten.

Schulern und ungesund empfindenden Menschen her? Nur solche könnten bei ihren Gaben dergleichen unchristliche, brutale und unbillige Gedanken gehabt haben, wie sie das Hilfskomitee zur Geltung bringen will. Mit vollem Recht protestierten gegen solche Praxis der Getöteten Witwen, wie auch dagegen, daß man die arbeitslos Gewordenen vollständig ausschließt und sie selbst ganz ungefragt bevormundet. Die Opfer von Raddob glauben durch Flucht in die Dessenitätlichkeit zu einer Anerkennung ihrer Rechte an den Gaben zu gelangen. Bisher hat man es nicht einmal für nötig gehalten, sie davon zu benachrichtigen, in welcher Weise sie entschädigt werden sollen. Der Skandal von Raddob ist anscheinend noch nicht groß genug.

Gerichts-Zeitung.

Der Wert der Aussage eines Kriminalbeamten.

Der Gastwirt Schiefer betreibt in der Hauptstr. 4 zu Kummelsburg eine Gastwirtschaft, bestehend aus Garten, Saal und anderen Räumlichkeiten. Sonntags fand früher Tanz statt. Dem Schiefer wurde Anfang Oktober die Tanzerglaubnis entzogen. Weshalb? Leider hat der Gastwirt ein Verwaltungsverfahren nicht angestrengt, in dem vielleicht festzustellen gewesen wäre, ob Mangel an patriotischer Klümmelsucht oder welches Spiel hinter den Kulissen schuld an der Tanzentziehung war.

Am Sonntag, den 4. Oktober fanden sich wie gewöhnlich die beiden Musiker, denen von der Entziehung der Tanzerglaubnis noch nichts bekannt war, zur Ausführung ihrer Kunst ein, außerdem etwa noch sechs bis acht Personen. Um 5 Uhr wollten die Musiker mit dem Tanz beginnen, der Wirt verbot jedoch nach dem ersten Tanz das Weiterspielen. Der Kriminalbeamte Lemke kontrollierte das Lokal und erstattete Anzeige. Das Resultat: Schiefer soll 30 Mark bleihen. In der Verhandlung am 27. November vor dem Amtsgericht in Lichtenberg, das sich mit dem Antrage Schiefers

auf gerichtliche Entscheidung zu beschaffen hatte, beschwor der Beamte, daß zirka 100 Personen im Saale gewesen und daß nach den Tänzen 10 Pf. von den Tänzern erhoben seien. Vier Zeugen, darunter die beiden Musiker, sagten übereinstimmend aus, daß nur 6-8 Personen anwesend waren und daß am Ende des Tanzes nicht kassiert wurde. Das Gericht vertagte den Termin, um weitere Zeugen zu hören. Am 7. Dezember fand wiederum eine Verhandlung statt, in der der Beamte bei seinen Aussagen blieb. Drei andere Zeugen beendeten in Uebereinstimmung mit den vier früher vernommenen das Gegenteil. In diesem Termine beantragte der angeklagte Gastwirt Schiefer die Protokollierung der Aussagen des Beamten. Das Gericht vertagte abermals, um noch weitere Zeugen zu vernehmen. Am 7. Januar fand der dritte Termin in dieser Sache statt. Zwei vom Angeklagten benannte Zeugen sagten genau so wie die schon vernommenen sieben unbeamteten Zeugen aus. Der Beamte hatte auch vier Zeugen benannt: vier uniformierte Schutzleute und ein junges Mädchen, das am Tanz teilgenommen haben sollte. Die Schutzleute bekundeten, daß eine Anzahl Gäste das Lokal verließ; ob dieselben aus dem Garten oder den anderen Räumlichkeiten kamen, könnten sie aber nicht bekunden. Das junge Mädchen sagte aus, sie sei im Saale anwesend gewesen, habe aber nicht getanzt, weil nur einmal zum Tanze aufgespielt, dann das Spielen vom Wirt verboten worden sei, auch sei nicht kassiert. Auf den Zwischenruf des Beamten, sie hätte ihm gegenüber doch zugegeben, daß öfter getanzt und auch kassiert sei, mußte sich der Beamte von der Zeugin lassen, daß er es ja gemessen, der versuchte ihr zuzureden, sie hätte am Tanz teilgenommen, während sie in Wahrheit nicht getanzt habe. Das Gericht kam nun zur Freisprechung Schiefers und zur Uebernahme der Kosten auf die Staatskasse. Und was geschieht mit dem Beamten?

Billige Verkaufsmesse

Dauer von heute bis zum 25. Januar.

Preise teilweise bis 70% billiger als früher

Table with 2 columns of clothing items and prices. Items include Jackett-Anzüge, Rock-Anzüge, Gehrock-Anzüge, Gummi-Regen-Mäntel, Kaiser-Mäntel, Winter-Joppen, Winter-Paletots, Winter-Ulster, Knaben-Stoff-Anzüge, Knaben-Stoff-Hosen, Herren-Westen, Herren-Filz-Hüte.

Feine Anzüge, Hosen, Westen aus Resten unserer Maß-Abteilungen bedeutend unter Preis In allen Abteilungen große zurückgesetzte Posten.

Baer Sohn

Spezial-Haus größten Maßstabes Chausseestraße 29/30 11 Brückenstraße 11. Gr. Frankfurterstr. 20 Der Haupt-Katalog No. 35 und der Livree-Katalog No. 36 kostenlos und portofrei

Haemacolade

ist das beste, preiswerteste, bekömmlichste Frühstücksgetränk und wahrhaft blutbildende Kraftnahrung für Blutarme, Nervöse, Rekonvaleszenten und schwächliche Kinder, wie

tausende unbezahlte Gutachten

von Professoren, Aerzten und Laien bewiesen haben und täglich aufs neue beweisen. 1 Pfund 2.- M. Konsumdose (5 Pfund) 9.- M.

Husten

5500 not. begl. Zeugnisse über Kaiser's Brust-Caramellen beweisen den vorz. Erfolg b. Husten, Heiserkeit, Keuchhusten etc. Aerztl. erprobt. Paket 30 Pfg. Kaiser's Brust-Extrakt Flasche 90 Pfg. Zu haben in Apotheken und Drogerien.

Soeben erschien in neuer Auflage das

Vereinsgesetz vom 19. April 1908.

Erläutert von Wolfgang Grine. R. d. R. Dritte revidierte und ergänzte Auflage. Preis broschiert 50 Pf., gebunden 75 Pf.

Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW, 65, Lindenstr. 69 (Gaden).

Hygienische

bedarfsartikel. Neuest. Katalog 10. Empfehlung viel Aerzte u. Prof. grad. u. d. H. Unger, Gummiwarenfabrik Berlin NW, Friedrichstraße 91/92

Schwächlichen Kindern

gibt man am besten HYGIOPON, das neue auf elektrischem Wege hergestellte Eisenpräparat, das von ärztlichen Autoritäten als hervorragendstes blutbildendes Kräftigungsmittel warm empfohlen wird. Hygiopon regt den Appetit intensiv an. Originalflaschen M. 1,75 und M. 3.- in den Apotheken erhältlich.

General-Depot für Deutschland: Dr. Wasserrug, Frankfurt a. M., Theaterplatz 1.

- List of depots: Viktoria-Apothek, Dr. Laboschin, Friedrichstr. 19. Apotheke zum gekr. schwarzen Adler, Auguststraße 60. Jung's Apotheke zum schwarzen Adler, Neue Königstr. 50. Dr. Kortum St. Georgen-Apothek, L. Wollenberg, Landsberger Straße 39. Reland-Apothek, N. Bormann, Turmstr. 18. Adler-Apothek, Artur Auerbach, am Weddingplatz. Humboldt-Apothek, Potsdamer Straße 29. Elefant-Apothek, Leipziger Straße 74, am Dönhofsplatz. Hertha-Apothek, Schöneberg, Hauptstraße 162. Hehenzeller-Apothek, Dr. Hans Virchow, Königin-Augusta-Straße 50. Elisabeth-Apothek, Dr. E. Klemann, Reichenberger Straße 172. Admiral-Apothek, Dr. H. Wresinski, Admiralstraße 31/32. Apotheke zum goldenen Adler, Alexandrinenstr. 41. Flora-Apothek, Ernst Aißlinger, Invalidenstr. 94. Diana-Apothek, Turmstr. 28, Ecke Stromstraße. Mohren-Apothek, J. Gebhardt, Grimmstr. 9. Apotheke zum weißen Kreuz, Dr. Hugo Caro, Chausseestr. 13. Luisenstädtische Apotheke, Dr. Manfred Hapel, Köpenicker Str. 119. Murggraffs Rote Apotheke, Dr. Wilhelm Wartenberg, Rosenthaler Str. 45/47. Simons' Apotheke, Spandauer Straße 33. König Salomon-Apothek, Charlottenstr. 54. Westend-Apothek, Kurfürstenstr. 80. Schweizer-Apothek, Friedrichstr. 173. Dennewitz-Apothek, Bülowstr. 35a. Stein-Apothek, Rosenthaler Straße 61, Ecke Steinstraße. Dr. Otto Schwendler Nachf., Charlottenburg, Berliner Str. 123. Apotheke zum weißen Schwan, Spandauer Straße 77.

Entscheidend ist,

daß Rathreiners Malzkaffee als wohlschmeckendes und bekömmliches Familien-Getränk nicht nur angepriesen wird, sondern sich seit fast 20 Jahren vorzüglich bewährt hat.

Man hüte sich vor Nachahmungen! — Nur echt in geschlossenen Paketen mit Bild und Namenszug des Pfarrers Kneipy und der Firma Rathreiners Malzkaffee-Fabriken.

